ISSN 0005-7045 I www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 5. März 2009 I 60. Jahrgang I Nummer 5

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK I WIRTSCHAFT I RECHT I TECHNIK I PRAXIS

Zum Empfang anlässlich des 60. Geburtstags von Oberbürgermeister Hans Schaidinger kam am Rosenmontag „alles was Rang und Namen hat" in den Historischen Reichssaal der Donaustadt. Unser Bild zeigt (v. l.): Bürgermeister Gerhard Weber, Ministerpräsident Horst Seehofer, Jubilar Schaidinger und Münchens OB Christian Ude. ❐

60. Geburtstag von Hans Schaidinger:

Kapitän und Lordsiegelbewahrer

Feierlicher Empfang in Regensburg Ministerpräsident Seehofer unter den Gratulanten

Rund 400 geladene Gäste waren in den Historischen Reichssaal zu Regensburg gekommen, um bei einem Empfang den 60. Geburtstag des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, zu feiern. Zwar ist es dem Jubilar nach eigenem Bekunden nicht leicht gefallen, die Sechs vor der Null zu akzeptieren, doch nahm er diese Tatsache letztlich mit Humor, konnte er sein Wiegenfest doch an einem Rosenmontag begehen.

Stellvertretend für die Mitglieder des Deutschen und des Bayerischen Städtetags waren zahlreiche Oberbürgermeister und Bürgermeister aus ganz Deutschland nach Regensburg gekommen. Gratulationsansprachen für Hans Schaidinger hielten unter anderem Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, der Präsident des Deutschen Städtetags und Münchner Oberbürgermeister Christian Ude sowie Regensburgs Bürgermeister Gerhard Weber.

Politisches Engagement seit Jugendtagen

Der Jubilar, am 23. Februar 1949 in Freilassing geboren, verpflichtete sich nach dem Abitur in Traunstein für zwei Jahre bei der Bundeswehr als Zeitsoldat. Danach studierte er an der Universität Regensburg Volkswirtschaft. Politisch engagierte sich Schaidinger 1967 in der Jungen Union, der CSU und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten. 1978 begann er als Sachbearbeiter beim Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Regensburg, dessen Leiter er 1983 wurde. 1990 wechselte er zur DIBAG Industriebau AG in München, bis er 1996 wieder nach Regensburg ging.

OB seit 1996

Seit 1996 ist Schaidinger Oberbürgermeister der Stadt Regensburg. Er gehört seitdem dem Vorstand des Bayerischen Städtetages an. Am 2. Februar 2005 wurde er zum Vorsitzenden des Bayerischen Städtetages gewählt. Schaidinger ist auch Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages.

Schaidingers Stellvertreter, Bürgermeister Gerhard Weber, würdigte in einer launigen Rede die Verdienste seines langjährigen Weggefährten und Freundes. Wer 1949 geboren sei, könne mit der Bundesrepublik und dem Grundgesetz Geburtstag feiern;

(Fortsetzung auf Seite 4)

E.ON Bayern Umweltpreis:

Bewerbungen bis 31. März

Finanzielle Unterstützung für energiesparende und umweltschonende Projekte

Der E.ON Bayern Umweltpreis zählt zu den bundesweit höchsten Preisen für ökologisches Handeln. Bewerben können sich bayerische Kommunen und deren Einrichtungen, Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Vereine, Initiativen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen mit Sitz in Bayern. Am 31. März endet die Bewerbungsfrist.

Der Preis soll der Einführung und Umsetzung innovativer energiesparender und umweltschonender Projekte dienen. Dabei geht es beispielsweise um Reduzierung des Primärenergieverbrauchs, Verminderung von Schadstoffen, den Schutz natürlicher Ressourcen und um ökologisch orientiertes Bauen. Im Fokus stehen Projekte, die ohne Förderung nicht oder nur sehr schwer realisierbar sind. Auch die Erweiterung abgeschlossener Projekte kann eingereicht werden. Das Preisgeld ist zweckgebunden.

Die Bewerbungsmodalitäten und Unterlagen sind im Internet unter www.eon-bayern-vertrieb.com abrufbar. ❐

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Kommunales Gewicht stärken!

„Das Konjunkturpaket macht dann Sinn, wenn es sich rasch auf die Wirtschaft entfalten kann. Nur was schnell wirkt, wirkt auch gut. Die Kommunen müssen die Mittel aus dem Konjunkturpaket zeitnah abrufen können, um sie zielgerecht im Sinn des Konjunkturpakets einsetzen zu können", erklärte Hans Schaidinger, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, vor Journalisten in München.

Nach Einschätzung Schaidingers geht der größte Teil des Konjunkturpakets in Ordnung. „Wir erwarten aber, dass bei der Umsetzung in Bayern keine zusätzlichen Hindernisse aufgebaut werden. Das Kleingedruckte muss kommunalfreundlich ausgelegt werden, damit es im Detail nicht zu Schwierigkeiten im Vollzug kommt."

Einfache Regeln

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags sieht die Gefahr, dass die Regelungen so kompliziert gestrickt werden, dass die sieben Bezirksregierungen gar nicht mehr in der Lage sind, die Anträge der Kommunen rasch zu bearbeiten. Die Informationsveranstaltungen von Staatsminister Siegfried Schneider in den einzelnen Regierungsbezirken seien auf Kritik gestoßen. Anstatt Klarheit zu bringen, haben sie nach Auffassung des kommunalen Spitzenverbandes eher Verwirrung gestiftet.

Unbürokratischer Vollzug

Beispiel Anträge: „Drei Seiten Antrag für ein Projekt müssen genügen, das müssen nicht 30 Seiten samt Plänen sein. Wir brauchen eine unbürokratische Abwicklung. Da dürfen nicht zu viele Fachstellen einbezogen sein, die ein Projekt zu begutachten haben. Das muss schnell gehen. Zeitraubende Verfahren können wir uns nicht leisten", meinte Schaidinger hierzu und ergänzte: „Die Kommunen wissen selbst am besten, wie sie Geld

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Bildung und Konjunkturpaket

Das Konjunkturpaket II stand – wie könnte es anders sein - im Fokus der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Detaillierte Ausführungen hierzu machte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL.

Zunächst jedoch richtete der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle, sein Augenmerk auf das von der KPV im vergangenen Jahr gestartete Projekt „Jedem Kind ein Instrument - JeKi". Dieses stoße auf immer mehr Interesse bei den bayerischen Städten und Gemeinden.

Neben den drei Grundschulen der Stadt Donauwörth, an denen ein Pilotprojekt gestartet wurde, und den Grundschulen der Gemeinden Mertingen, Bäumenheim, Monheim/Buchdorf, Oberndorf und Tagmersheim/Rögling (alle im Landkreis Donau-Ries) wolle auch die Stadt Weißenhorn vom kommenden Schuljahr an mit dem Projekt ihren Grundschulkindern den Zugang zur Musik erleichtern. Ebenso hätten die Städte Kaufbeuren und Buchloe das Projekt JeKi seit Herbst 2008 eingeführt. Die Stadt Erlangen biete eine ähnliche Initiative an.

Persönlich freute es Rößle besonders, „dass sich nicht nur der

(Forsetzung auf Seite 4)

Das Podium während der KPV-Landesvorstandssitzung (v. l.): Landrat Georg Huber, Bürgermeister Gerhard Weber, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, Landrat Stefan Rößle, Bürgermeister Heinrich Lenz und KPV-Landesgeschäftsführer Florian Hahn. Bild: Kirchner

Neues von Sabrina

Paul Claudel hat es so ausgedrückt: „Nichts kann den Menschen mehr stärken, als das Vertrauen, das man ihm entgegen bringt." So sieht es die Vorzimmerperle, deren Chef lieber auf die Verlässlichkeit seiner Mitarbeiter setzt und damit dem Betriebsklima im Rathaus einen vortrefflichen Dienst erweist. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Am Bildungsgipfel scheiden sich die Geister 2
Kampf gegen EU-Bürokratie 2

GZ-Kolumne Gerhard Weber:
Kommunaler Bildungsgipfel bringt Bayern voran 3

Konjunkturpaket II: Die Bauwirtschaft profitiert 3
Mobilfunk achtet auf Wirtschaftlichkeit 5

GZ-Fachthemen:
Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen . . . . . .6 - 14
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV 14/15
Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen 16/17

Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 18 - 20

Am Bildungsgipfel scheiden sich die Geister

CSU und FDP begrüßen Einigung von Staat und Kommunen über Ganztagsschulen - Opposition verlangt Konnexität

Der „Bildungsgipfel“, auf dem Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände u. a. übereingekommen sind, in Partnerschaft Ganztagsschulen beschleunigt einzuführen und die Hauptschule zu verbessern, ist im Landtag erwartungsgemäß unterschiedlich kommentiert worden. CSU und FDP begrüßten das noch von der Regierung Beckstein vorbereitete Abkommen. SPD, Grüne und Freie Wähler erachteten es als nicht ausreichend und forderten insbesondere eine stärkere Kostenbeteiligung des Staates im Sinne der Konnexität zugunsten der Kommunen.

Im Dringlichkeitsantrag der beiden Regierungsfraktionen wurde hervorgehoben, dass der Freistaat an seinen Schulen nicht nur die Trägerschaft für die „gebundenen“ Ganztagsschulen (mit Nachmittagsunterricht), sondern auch für die „offenen“ (mit Nachmittagsbetreuung) übernimmt und für die Personalausstattung sorgt. Damit könnten Finanzierung und Organisation beider Schultypen angeglichen werden. Im Gegenzug übernehmen die Kommunen den zusätzlichen Sachaufwand und beteiligen sich am Personalaufwand mit einem pauschalen Zuschuss von 5.000 Euro je Ganztagsklasse bzw. Gruppe und Schuljahr.

Walter Taubeneder (CSU) war der Meinung, die Regelung sei für Kommunen und Eltern gleichermaßen erfreulich. Bisher mussten Städte und Gemeinden 40 % der Kosten für Ganztagsschulen tragen, die Eltern 20 %. Dass die Konnexität, also die volle Kostenübernahme durch den Staat nicht erreicht wurde, sei von den kommunalen Spitzenverbänden akzeptiert worden. Dr. Georg Barfuß (FDP) verwies auf die Initiativen seiner Fraktion; „Wir haben geschafft, was Sie - SPD und Grüne - nicht geschafft haben.“

Staatliche Aufgabe

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) erläuterte den Gegenantrag seiner Fraktion: Betrieb und Ausbau von Ganztagsschulen seien keine kommunale, sondern eine staatliche Aufgabe. Der Bildungsgipfel habe den Namen nicht verdient. Wenn bis 2011 Ganztagsangebote für 21 % der Schulen geschaffen werden sollen, bleibe das meilenweit hinter dem Bedarf zurück. Dr. Hans Jürgen Fahn (FW) stimmte mit der SPD weitgehend überein. Thomas Gehring (Grüne) vermisste klare Eckpunkte und eine gesicherte Finanzierung für die Ganztagsschulen.

Kultusstaatssekretär Dr. Marcel Huber sprach von einer organisatorischen und finanziellen Herkulesaufgabe für Staat und Kommunen. Er verwies auf die Zustimmung der Spitzenverbände auch zur Kostenregelung. Welche Ganztagsschule eingeführt werde sei Sache der Wahlfreiheit.

Nicht nur die Ganztagsschule, sondern auch die Hauptschule selbst wurde zwischen CSU und Opposition kontrovers diskutiert. SPD und Grüne forderten die FDP auf, gemäß ihres Parteiprogramms für die Zusammenführung von Haupt- und Realschule einzutreten. Die vorgesehene „Gelenkklasse“ 5 an der weiterführenden Schule, der die FDP zustimme, sei keine Lösung des Übertrittsproblems. Übereinstimmung von rechts bis links bestand im Landtag, auf dem flachen Land möglichst viele Grund- und Hauptschulen zu erhalten. **rm**

Führerschein für Katastrophenschutzfahrzeuge:

Kampf gegen EU-Bürokratie

Im Kampf gegen eine sich immer mehr verselbständige EU-Bürokratie, gerade auch zu Lasten der Kommunen, ist der Landtag in einem konkreten Fall initiativ geworden. Die Staatsregierung soll die Bundesregierung dazu veranlassen, dass die Standardfahrzeuge von Feuerwehr, Rettungs- und Katastrophen-Diensten weiterhin auch von Fahrern gelenkt werden dürfen, die nur den Pkw-Führerschein der Klasse 3 haben.

Durch Neueinteilung der Fahrerlaubnisklassen nach einer EG-Richtlinie von 1991 müssen jetzt neue, ehrenamtliche Nachwuchskräfte den Führerschein der Klasse C oder C 1 erwerben, um die Gerätewagen lenken zu dürfen. Das betrifft u. a. die rund 3300 örtlichen, ehrenamtlichen Feuerwehren in Bayern. Sie verwenden überwiegend Fahrzeuge mit 4,25 bis 7,5 Tonnen Gesamtgewicht.

Altgediente Fahrer haben eine Ausnahmegenehmigung. Auf bayerische Initiative hatte der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, sie auch auf neue Fahrer von Feuerwehr und Rettungsdiensten auszudehnen. Das geschah nicht, wie im Landtag festgestellt wurde. Hier nachzustoßen, war Inhalt von Anträgen aller fünf Fraktionen.

Innenminister Joachim Herrmann sprach vom Ergebnis einer sich verselbständigenden Brüsseler Bürokratie. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee habe die Umsetzung des Bundesratsbeschlusses mit Hinweis auf Brüssel abgelehnt.

Für die Regierungsparteien forderten Josef Zellmeier (CSU) und Dr. Andreas Fischer (FDP), den Druck auf den Bundesverkehrsminister zu verstärken. Stefan Schuster (SPD) nahm Tiefensee zwar mit Hinweis auf das EU-Recht in Schutz, war aber auch für eine neue Initiative zugunsten der Feuerwehrfahrer. Alexander Muthmann (FW) verwies auf das Interesse aller Mitbürger, in Notfällen rasch Hilfe zu bekommen. Susanna Tausendfreund (Grüne) meinte, es sei ein langer Weg zu befürchten. Alternative wäre ein Förderkonzept, das es den ehrenamtlichen Kräften der Feuerwehr- und Rettungsdienste rasch und kostengünstig ermögliche, den Führerschein C 1 und C zu erwerben.

Alle Fraktionen stimmten entsprechenden Dringlichkeitsanträgen von CSU und FDP sowie dem der Freien Wähler zu. Die Grünen sagten Ja, nachdem ihr eigener Antrag wegen einiger Formulierungen von der Regierungsmehrheit abgelehnt worden war. **rm**

Freie Wähler starten ins Superwahljahr:

Armin Grein wieder Bundesvorsitzender

Die Freien Wähler starten durch in das Superwahljahr 2009. In Frankfurt wählten sie mit einem einstimmigen Votum den ehemaligen Landrat des Landkreises Main-Spessart, Armin Grein, erneut zum Bundesvorsitzenden. Zuvor entschieden die Delegierten der Landesverbände zur Europawahl am 7. Juni anzutreten. Stellvertreter wurden der bayerische FW-Chef Hubert Aiwanger, Annette Nussbaumer (Hamburg) und Marina Weber (Schleswig-Holstein).

„Wir wollen mehr Bürgerrechte und in den Parlamenten mitreden“, so Bundesvorsitzender Armin Grein in Frankfurt. „Es gibt keine Demokratie, in der die Bürger so wenig zu sagen haben wie in Deutschland. Das werden wir ändern“. Die Menschen müssten vor Ort entscheiden dürfen, so Grein weiter: „Was man unten machen kann, muss man nicht oben entscheiden“.

Bürgern etwas zutrauen

Zuvor sah Gastredner Hans-Olaf Henkel „die Zeit der Freien Wähler gekommen“. Der ehemalige BDI-Präsident will „den Bürgern wieder etwas zutrauen und sie nicht bevormunden. Wer am Wasser lebt, weiß selbst am besten, wie hoch der Deich sein muss“, so Henkel. „Parteien kungeln Posten aus und bedienen sich frei beim Steuerzahler“, wandte sich Henkel gegen „Versorgungsstationen für abgehalfterte Parteipolitiker, für die der Steuerzahler blecht“. Henkel nannte die Stiftungen der Parteien als Beispiel. Und: die Freien Wähler wollen „keine unverschämten Polit-Versprechen“ mehr: „Wenn die Bundesregierung einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2020 verspricht, ist das frech“. ❐

Kommunen fordern mehr Mitsprache in Brüssel

Aktuelle Europathemen wie EU-Reformvertrag, Daseinsvorsorge und Bürokratieabbau waren Gegenstand des Gesprächs der vier kommunalen Spitzenverbände Bayerns, des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes sowie des Europabüros der bayerischen Kommunen mit Europaministerin Emilia Müller.

Angesichts der gegenwärtigen Konjunkturkrise sprachen die kommunalen Vertreter das Thema „Vergaberecht“ an: „Wir müssen auf EU-Ebene kurzfristig Maßnahmen ergreifen können, um die nationalen Konjunkturprogramme mit ihrer hohen kommunalen Betroffenheit zügig umzusetzen“, so der Gesprächsleiter, der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, mit Blick auf die EU-Schwellenwerte im Bau- und Dienstleistungsbereich.

Interkommunale Zusammenarbeit

Mit Sorge betrachten die Kommunen auch die Bewertung der interkommunalen Zusammenarbeit auf EU-Ebene: „Sie darf nicht unter das europäische Vergaberecht fallen, die Kommunen müssen frei sein darüber zu entscheiden, in welcher Organisationsform sie ihre Aufgaben erfüllen,“ mahnte Oberbürgermeister Hans Schaidinger als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags in Übereinstimmung mit seinen Verbandskollegen an. Dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, war es ein Anliegen, die Europaabgeordneten in noch viel stärkerem Maße für kommunale Anliegen zu gewinnen. Fritz Körber, Vizepräsident des Verbandes der bayerischen Bezirke hat insbesondere vor einer zunehmenden Ausdehnung des Europäischen Binnenmarktrechts auf die soziale Daseinsvorsorge gewarnt.

Einig waren sich alle kommunalen Spitzenverbände sowohl in Fragen des ÖPNV (keine Verschärfung europarechtlicher Vorgaben) als auch beim „Einheitlichen Ansprechpartner“ nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie (kommunale Zuständigkeit), so dass Präsident Zellner der bayerischen Europaministerin abschließend mit auf den Weg geben konnte: „Die bayerischen Kommunen müssen stärker in den Prozess der Willensbildung auf der europäischen Ebene einbezogen werden!“ Zellner wies zugleich auf die gemeinsame Veranstaltung der kommunalen Spitzenverbände und des Europabüros der bayerischen Kommunen am 20. Mai 2009 in Nürnberg hin.

Diese wird in Anwesenheit der bayerischen Europaministerin Emilia Müller, Europaabgeordneten und Mitgliedern des Ausschusses der Regionen die Stellung der bayerischen Kommunen in der EU und den Bereich Daseinsvorsorge beleuchten. ❐

Info-Veranstaltungen des Gemeindetags zum Konjunkturpaket

Mehr als 1.700 Anmeldungen verzeichnet der Bayerische Gemeindetag für seine Informationsveranstaltungen, die in diesen Tagen im ganzen Freistaat stattfinden.

Anlass ist die Bekanntgabe der Förderrichtlinien für die Verteilung der 1,4 Milliarden Euro im Rahmen des Konjunkturprogramms II. Jetzt sind die bayerischen Kommunen gefordert, zur Stärkung der Konjunktur die vom Bund und vom Freistaat bereitgestellten Mittel insbesondere für energetische Sanierungsmaßnahmen in Schulen und Kindergärten zu investieren.

Hilfestellung zur Antragsstellung

Der Bayerische Gemeindetag gibt den kreisangehörigen Städten, Märkten und Gemeinden derzeit Hilfestellung zur Antragsstellung für die Fördermittel. Aus diesem Anlass finden für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Informationsveranstaltungen in allen Regierungsbezirken Bayerns statt. ❐

Bund der Steuerzahler zur BayernLB:

Skandal ohne Ende

Umstellung der Bayerischen Schuldenuhr erforderlich
Bayerische Steuerzahler haften für Debakel

Jeder bayerische Bürger, vom Baby bis zum Greis, stehe bereits heute mit ca. 10.000 € für die Missstände bei der Bayerischen Landesbank in Haftung, so Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Diese Zahl könne erst dann richtig eingeschätzt werden, wenn man wisse, dass die Pro-Kopf-Verschuldung ohne die Krise der BayernLB nur 1.805 € betrage.

Mit Stolz konnte erst vor kurzem festgestellt werden, so der bayerische Steuerzahlerpräsident, dass Bayern keine neuen Schulden mehr mache und sogar in den letzten Jahren Schulden zurückgeführt habe. Diese richtungweisende Politik, seit Jahren vom Bund der Steuerzahler gefordert und unterstützt, werde nun von heute auf morgen auf brutale Art und Weise und in einem in Bayern noch nie da gewesenen Ausmaß über den Haufen geworfen.

Pro Sekunde 269 Euro

Die bayerische Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler wird aus Anlass des BayernLB-Debakels, am 2. März, 10.30 Uhr, umgestellt. Die Verschuldung in Bayern steigt nunmehr pro Sekunde um 269 Euro an. Insgesamt nehmen die Schulden in 2009 um 8,493 Milliarden Euro zu. Damit summieren sich die Schulden Bayerns auf 32,565 Milliarden Euro. Ende des Jahres wird die Pro-Kopf-Verschuldung Bayerns von ehemals 1.805 Euro um 800 Euro auf dann 2.605 Euro ansteigen, so der bayerische Steuerzahlerbund.

Während die bayerische Justiz bei kleinsten Verfehlungen mit gnadenloser Härte zuschlage, weigere sich gemäß Süddeutscher Zeitung die Bayerische Staatsministerin der Justiz Beate Merk, Untersuchungen gegen die Vorstände der Landesbank einzuleiten, die für dieses nie da gewesene Finanzdebakel die Verantwortung tragen. Bereits am 2. 12. 2008 habe der Bund der Steuerzahler Anzeige gegen die ehemaligen und aktuellen Vorstände der Landesbank erstattet. Bis zum heutigen Tag wurde dem Verband noch nicht einmal ein Aktenzeichen zugeleitet, was dafür sprechen könnte, dass die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben werden solle. Der Bund der Steuerzahler fordert die Bayerische Staatsministerin der Justiz Beate Merk deshalb auf, sich im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bayerischen Justiz aktiv an der Aufklärung der Missstände um die Landesbank zu beteiligen. Der Bund der Steuerzahler wird nicht eher ruhen, bis all diese Vorgänge aufgeklärt sind.

Weitere Hintergrundinformation des Bundes der Steuerzahler in Bayern zum BayernLB Skandal sind unter www.steuerzahler-bayern.de zu finden. ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Pichlmeier
84326 Falkenberg-Zell
am 17.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Nefele
82281 Egenhofen
am 10.3.

Bürgermeister Armin Gerl
93104 Riekofen
am 10.3.

Bürgermeister Ludwig Günther
91447 Bibart
am 16.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Emil Kötzel
91605 Gallmersgarten
am 11.3.

Bürgermeister Silvester Enzinger
83454 Anger
am 13.3.

Bürgermeister
Friedrich Amler
91790 Burgsalach
am 14.3.

Bürgermeister Karlheinz Albert
97788 Neuendorf
am 17.3.

Bürgermeister Josef Demar
97633 Großbardorf
am 18.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Duscher
86480 Aletshausen
am 11.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Rößle
86609 Donauwörth
am 16.3.

Bürgermeister Peter Dotzler
92274 Gebenbach
am 21.3.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer:

Bayerische Unternehmen effektiver unterstützen

Obergrenze für LfA-Bürgschaften soll verdoppelt werden

„Bayerische Unternehmen sollen angesichts der Konjunkturkrise effektiver unterstützt werden. Die Staatsregierung beabsichtigt deshalb, eine auf das Bundesprogramm zur Konjunkturförderung sowie auf die durch die EU-Kommission in Aussicht gestellten temporären Verbesserungen im Beihilferecht abgestimmte Richtlinie zu erlassen, um eine optimale Nutzung der zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Instrumentarien durch die LfA-Förderbank Bayern zu ermöglichen“, kündigte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer an.

Die Obergrenze für LfA-Bürgschaften soll, so Pschierer, in den Jahren 2009 und 2010 von derzeit fünf auf zehn Millionen Euro verdoppelt werden. Diese Bürgschaften sollen in den Bayerischen Mittelstandsschirm einbezogen werden. Zur Ausgestaltung des Bayerischen Mittelstandsschirms sei beabsichtigt, eine eigene Richtlinie zu schaffen, in der eine Vereinfachung bei der Übernahme von Staatsbürgschaften ab 10 Millionen Euro sowie die von der EU-Kommission verabschiedeten Vereinfachungen im Beihilferecht enthalten sind, kündigte Pschierer an. Damit soll, angesichts der kritischen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine ausreichende Kreditversorgung der Unternehmen sichergestellt werden. ❐

Konjunkturpaket II:

Die Bauwirtschaft profitiert

Deutliche Handschrift der Kommunen

Vor kurzem hat die Bayerische Staatsregierung den Startschuss für zusätzliche Investitionen in Höhe von 1,96 Milliarden Euro in Bildung und Infrastruktur gegeben. In enger Abstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden wurden die Grundlagen der Mittelverwendung erarbeitet. Staatskanzleichef Siegfried Schneider dankte der kommunalen Seite ausdrücklich für die „konstruktive Zusammenarbeit bei diesem für Bayerns Wirtschaft und Arbeitsplätze enorm wichtigen Paket". „Unser Konjunkturpaket trägt die Handschrift unserer Kommunen", so Schneider.

Bayern nutzt das Investitionsprogramm für zielgerichtete und bedarfsgerechte Investitionen. Entsprechend des Beschlusses vom Ministerrat am 10. Februar 2009 werden beispielsweise Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Schulen, Kindergärten und anderen kommunalen Gebäuden gefördert. Hierfür steht ein Programmvolumen in Höhe von insgesamt 893 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu kommen 54 Millionen Euro aus dem so genannten Investitionspakt, der nun auch 2009 fortgeführt wird.

Energetische Modernisierung

Zur energetischen Modernisierung von Gebäuden zählen insbesondere

- Maßnahmen zur Verringerung von Transmissionswärmeverlusten wie z. B. die Verbesserung der Wärmedämmung von Außenwänden, Fenstern, Dächern, obersten Geschoßdecken zu nicht ausgebauten Dachräumen, Kellerdecken, erdberührten Außenflächen beheizter Räume, Wänden zwischen beheizten und unbeheizten Räumen, Heizungs-, Warmwasser- und Kühlrohrleitungen,
- die energetische Verbesserung durch Einbau, Erneuerung oder Optimierung von Heizungsanlagen, Lüftungsanlagen, Fenstern, Sonnenschutzeinrichtungen, einschließlich Einbau von Sonnenschutzverglasungen, Beleuchtung, Kühleinrichtungen, Pumpen und Regeleinrichtungen,
- der Einbau von oder Anschluss an Anlagen, die der Verminderung des Primärenergiebedarfs, insbesondere des Bedarfs an fossiler Energie dienen oder mit erneuerbaren Energien betrieben werden (z. B. solarthermische Anlagen, Pellet- oder Hackschnitzelheizungen, Erdwärmesonden),
- der hydraulische Abgleich der Heizungsanlage,
- die hierfür notwendigen Planungsleistungen sowie energetische Beratung und
- die für eine zügige Realisierung erforderlichen Maßnahmen (z. B. Behelfsbauten).

Dabei können sonstige Maßnahmen mitgefördert werden, soweit sie im Vergleich zur energetischen Modernisierung untergeordnet sind; dazu gehören insbesondere Erneuerung der Anstriche und Böden, notwendige Brandschutzmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Barrierefreiheit. Darüber hinaus können bei Schulen dringend notwendige und bedarfsgerechte Ausstattungen, insbesondere IT-Ausstattungen, mitgefördert werden, soweit sie im Vergleich zur energetischen Modernisierung untergeordnet sind.

Sondermaßnahmen der Städtebauförderung

Daneben stehen für Sondermaßnahmen der Städtebauförderung im Konjunkturpaket zusätzlich 18 Millionen Euro Finanzhilfen zur Verfügung. Gefördert werden insbesondere Erschließungsmaßnahmen und Gemeinbedarfseinrichtungen als städtebauliche Einzelvorhaben.

Bis zum 31. März 2009 sollen die Anträge der Gemeinden zumindest in Form von Projektbeschreibungen bei den Regierungen vorliegen. Mit diesen kann ein Nachreichen ergänzender Unterlagen vereinbart werden. Nach dem 30. April 2009 eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Regierungen geben den Gemeinden umgehend nach Abstimmung mit den dort eingerichteten Beiräten Bescheid, ob und welche Förderung erfolgt.

Bis zum 31. Dezember 2009 soll möglichst die Hälfte der Mittel abgerufen werden. Bis 31. Dezember 2010 müssen alle Maßnahmen begonnen und Mittel gebunden sein. Auszahlungen sind längstens bis 31. Dezember 2011 möglich.

100 Millionen Euro für die Staatsstraßen

100 Millionen Euro zusätzlich für die Staatsstraßen bringt das Konjunkturpaket II in den nächsten drei Jahren. Laut Innenminister Joachim Herrmann „profitieren davon die Autofahrer und die mittelständischen Baufirmen". Herrmann hat die Staatlichen Bauämter angewiesen, umgehend geeignete Straßenbaumaßnahmen in Angriff zu nehmen. 75 Millionen Euro stellt der Bund aus dem Konjunkturpaket II für den Bau und die Sanierung der bayerischen Staatsstraßen zur Verfügung, 25 Millionen schießt der Freistaat dazu.

Impulse für den Bau

Ziel der Straßenbauverwaltung ist es, die zusätzlichen Mittel zügig in Baumaßnahmen umzusetzen und damit möglichst schnell Impulse für die bayerische Bauwirtschaft zu geben. So sollen von den insgesamt 100 Millionen Euro heuer bereits 63 Millionen ausgegeben werden, die restlichen Mittel in den Jahren 2010 und 2011. „Wir werden dieses Jahr in den Straßenbau investieren wie lange nicht mehr. Mit einem Volumen in Höhe von 217 Millionen Euro für die Staatsstraßen können wir an das hohe Niveau von 2008 anknüpfen. Die Straßenbaufirmen können sich auf volle Auftragsbücher freuen. Ich habe die Bauämter angewiesen, sofort mit den erforderlichen Ausschreibungen zu beginnen, damit es im Frühjahr, sobald es das Wetter zulässt, los gehen kann."

Zwei Drittel der zusätzlichen Mittel sind für die Erhaltung, also für Sanierungen und Deckenbauarbeiten vorgesehen, ein Drittel soll in den Neubau und Ausbau der Staatsstraßen fließen. „Damit stellen wir sicher, dass die Gelder schnell ausgegeben werden können, da für Sanierungsvorhaben meist keine aufwendigen Genehmigungsverfahren erforderlich sind. Außerdem haben wir in der Bestandserhaltung einen erheblichen Nachholbedarf", betonte der Innenminister.

Neue Maßstäbe

Insgesamt zeigen sich die Vorstände der kommunalen Spitzenverbände in Bayern mit dem Investitionspaket II zufrieden. Landrat Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistags, erwartet sich vom Konjunkturprogramm nicht nur einen wichtigen und effektiven Beitrag zur wirtschaftlichen Förderung, sondern auch neue Maßstäbe zur energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude, insbesondere der Schulen. Zellner: „Allein 999 Millionen Euro werden in die energetische Sanierung fließen. Dies zeigt, dass es sich hier nicht um einen kurzfristigen Geldregen, sondern um die Förderung nachhaltiger Investitionen handelt, die in Zeiten der Energieknappheit in die Zukunft weisen."

Gerade der Verteilungsschlüssel ist so ausgelegt worden, dass auch die wirtschaftlich schwächeren Regionen profitieren können. Hier zeigt sich, dass die Spitzenverbände im Vorfeld eingebunden waren und ihre Vorstellungen durchsetzen konnten. Der Bayerische Landkreistag hofft, dass der Freistaat Bayern beim Bund durchsetzen kann, dass bei der Umsetzung des Kriteriums „Zusätzlichkeit" auf das einzelne Projekt der Kommune und nicht auf eine allgemeine Betrachtung des Investitionshaushaltes abgestellt wird.

Nachbesserungen im Detail

„Das Konjunkturpaket macht dann Sinn, wenn es sich rasch auf die Wirtschaft entfalten kann", hob der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger, hervor. „Die Städte wollen nicht nachtarocken. Aber die Diskussion im Vorstand des Bayerischen Städtetags hat ergeben: Zahlreiche Städte hätten sich pauschalierte Beträge gewünscht. Jetzt steht im Vordergrund, die Mittel zielgenau und zügig in Vorgaben umsetzen und ausgeben zu können." Schaidinger zufolge besteht jedoch die Gefahr, dass die Regelungen so kompliziert gestrickt werden, dass die sieben Bezirksregierungen gar nicht mehr in der Lage sind, die Anträge der Kommunen rasch zu bearbeiten.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl forderte seinerseits noch Nachbesserungen im Detail. „Die Vorabverteilung der Mittel auf die Regierungsbezirke unter Berücksichtigung der Einwohner und der Finanzkraft der Gemeinden ist ganz in unserem Sinne. Damit wird einem wesentlichen Ziel des Zukunftsinvestitionsgesetzes Rechnung getragen, dass auch finanzschwächere Kommunen in die Lage versetzt werden, zu investieren und damit zur Konjunkturbelebung beizutragen."

„Die Frage der 'Zusätzlichkeit' als Fördervoraussetzung muss aber noch genauer geklärt werden.

Keine fertigen Projekte

In den Förderrichtlinien muss dieser Begriff zweifelsfrei definiert sein, um die Gemeinden vor späteren Rückforderungen zu schützen." Brandl wies darauf hin, dass der jetzt beschlossene Zeitplan, wonach die Kommunen ihre Anträge bis Ende März 2009 zu stellen haben, viele, insbesondere kleinere Gemeinden, in Schwierigkeiten bringen werde, ausreichend detaillierte Unterlagen für Investitionsprojekte zu erstellen. „Wir werden deshalb bei den weiteren Verhandlungen großen Wert darauf legen, dass die Förderanträge in einer möglichst einfachen, pauschal gehaltenen Form ausreichen. Anders als die Großstädte mit ihren personalstarken Planungsstäben haben eben kleine Gemeinden keine fertigen Projekte in der Schublade", stellte Brandl abschließend fest. **KI**

GZ Kolumne Gerhard Weber

Kommunaler Bildungsgipfel bringt Bayern voran

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Kommunale Bildungsgipfel vom 11. Februar 2009 mit Ministerpräsident Horst Seehofer, mehreren Kabinettsmitgliedern und den Vorsitzenden der Kommunalen Spitzenverbände bescherte dem Bildungsland Bayern einen guten Tag. Wichtige Ergebnisse, auf die die Kommunen schon lange gewartet haben, konnten festgezurrt werden.

So sollen die Ganztagsschulen massiv ausgebaut werden. Der Freistaat Bayern übernimmt künftig an staatlichen Schulen die Trägerschaft sowohl der gebundenen als auch der offenen Ganztagsangebote. Die Kommunen werden den zusätzlichen Sachaufwand der Ganztagsschulen tragen und sich am Personalaufwand durch einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 5.000 € je Ganztagsklasse oder Gruppe und Schuljahr beteiligen.

Besonders wichtig für die Kommunen ist die Zusage, dass sich der Staat an den Investitionen für den Ausbau einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Ganztagsschule durch ein Sonderprogramm zur Förderung von Baumaßnahmen mit erhöhten Fördersätzen beteiligt.

An Ganztagsschulen und Grundschulen mit verlängerter Mittagsbetreuung wird für bedürftige Kinder ein Mittagessen eingeführt. Freistaat und Kommunen wenden je 200 Euro pro bedürftigem Kind und Schuljahr dafür auf.

Die Hauptschule soll unverzichtbarer Bestandteil des differenzierten bayer. Schulsystems bleiben. Aus pädagogischer Sicht hat dabei der bedarfsgerechte Ausbau der Hauptschulen zu Ganztagsschulen Priorität. Eine generelle Aufgabe einzügiger Hauptschulstandorte ist nicht beabsichtigt. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten werden Dialogforen eingerichtet, die Konzepte zur Fortentwicklung und Standortsicherung der Hauptschulen entwickeln sollen.

Die Eigenverantwortung der Schulen wird gestärkt. Dazu sollen mehr Entscheidungen vor Ort getroffen und den Schulen künftig vermehrt Verantwortung für Budgets im Bereich des Sachaufwands übertragen werden.

Für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren sollen in den Jahren 2009 bis 2013 zusätzlich 50.000 Plätze geschaffen werden, wobei sich der Freistaat Bayern mit rund einer Milliarde Euro an den Betriebs- und Investitionskosten beteiligt. Die Staatsregierung wird die Bundesmittel für die Betriebskosten mit einem Volumen von rd. 615 Millionen Euro in voller Höhe an die Kommunen weitergeben.

Der Aufgabe der Jugendsozialarbeit an Schulen wollen sich Staat und Kommunen verstärkt widmen. Der Haushaltsvorbehalt wird gestrichen. Um die Prävention möglichst frühzeitig ansetzen zu können, wird auch die Einbeziehung von Grundschulen in das Regelförderprogramm angestrebt. Langfristiges Ziel sind 1000 Stellen, wobei sich Staat und Kommunen die Kosten teilen wollen.

Der Kommunale Bildungsgipfel hat Bewegung in die bayer. Bildungspolitik gebracht. Nun gilt es, das Staat und Kommunen die Ergebnisse möglichst schnell in die Tat umsetzen und für unsere jungen Menschen wirksam werden lassen. Eine bessere Investition in die Zukunft ist nicht vorstellbar!

Ihr Gerhard Weber

Bildung und Konjunkturpaket ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, der bekanntlich ja die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen hatte, sondern auch sein Nachfolger Horst Seehofer für das Projekt begeistern ließen".

Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen in der Schulpolitik stellte Vorsitzender Rößle ein aktuelles Konzept des Bayerischen Realschullehrerverbandes vor. Dieses „Kooperationsmodell mit Intensivierungsangeboten" ist dadurch gekennzeichnet, dass Realschule und Hauptschule eigenständig bleiben, mit eigener Schulleitung/Verwaltung und eigenem Lehrerkollegium aber eng zusammen arbeiten.

Baukasten-/Bausteinsystem

Das Modell ist nach einem Baukasten-/Bausteinsystem (Module) aufgebaut mit folgenden Elementen: Hauptschule, Realschule, HS 9+2, RS 9+2, ggf. HS-M-Zug und ggf. Gymnasium. Der klassische M-Abschluss der Hauptschule (Jahrgangsstufen 7 bis 10) bleibt bestehen, ein späterer Umstieg (spätestens nach Jahrgangsstufe 9) mit Intensivierungskursen hin zum Realschulabschluss oder zum M-Abschluss an der Hauptschule ist möglich.

Der M-Bereich der Hauptschule bliebe dadurch wohnortnah erhalten und würde nach zehn Jahren zum Abschluss führen. Eltern würden nach Auffassung des Realschullehrerverbandes das wohnortnahe Angebot nutzen, weil sie später immer noch in das Intensivierungsangebot (z. B. 9+2-Modell an der Realschule) einsteigen könnten. Das Modell kann sowohl an einem Standort als auch im großstädtischen Bereich und auch im Schulverbund (eine Realschule in Kooperation mit nahe gelegenen Hauptschulen) geführt werden. Die Module lassen sich an unterschiedlichen Standorten installieren. Ziel dabei ist, ein flächendeckendes und wohnortnahes Bildungsangebot (wohnortnahe Bildungsinfrastruktur) aufzubauen.

Schülerorientierung

Das Konzept ist laut Realschullehrerverband gekennzeichnet durch eine ausgeprägte Schülerorientierung, eine hohe Durchlässigkeit, Individualisierung, mehr höherwertige Abschlüsse, weniger Übertrittsdruck, mehr Chancen für sog. Spätentwickler und eine hohe Flexibilität. Die Zusatzangebote 9+2 sind im zweijährigen Bildungsgang gleichwertig zu M-Zweig und RS-Abschluss (kaum Qualitätsverluste).

Startschuss für zusätzliche Investitionen

Was die Umsetzung des Konjunkturpakets II in Bayern anbelangt, so hat die Bayerische Staatsregierung nunmehr den Startschuss für zusätzliche Investitionen in Höhe von 1,96 Milliarden Euro in Bildung und Infrastruktur gegeben. In enger Abstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden wurden Finanzstaatssekretär Pschierer zufolge die Grundlagen der Mittelverwendung erarbeitet.

Bayern nutzt das Investitionsprogramm für zielgerichtete und bedarfsgerechte Investitionen. Das bayerische Programm sieht 2009 bis 2011 die Förderbereiche Kommunale Bildung, Kommunale Infrastruktur und Staatlicher Bereich vor.

Schwerpunkte der Kommunalen Bildung sind: Energetische Sanierung von Schulen (rund 620 Millionen Euro), energetische Sanierung von sonstigen Bildungseinrichtungen wie Kindergärten und Weiterbildungseinrichtungen (rund 179 Millionen Euro) sowie Behinderteneinrichtungen und Heime (rund 48 Millionen Euro).

Kommunale Infrastruktur

Die Kommunale Infrastruktur wiederum beinhaltet die Schwerpunkte Krankenhausbaumaßnahmen und Energieeinsparung in den Krankenhäusern (110 Millionen Euro), die energetische Sanierung kommunaler Verwaltungsgebäude und sonstiger Infrastruktur (90 Millionen Euro), Städtebau und Dorferneuerung (60 Millionen Euro), Breitbandförderung (50 Millionen Euro), Lärmsanierung von kommunalen Straßen (45 Millionen Euro) und Hochwasserschutz (40 Millionen Euro).

Investitionsschwerpunkte

Als Investitionsschwerpunkte im staatlichen Bereich wurden schließlich genannt: die Modernisierung der Hochschulen (rund 240 Millionen Euro) sowie der Staatsstraßenbau mit rund 100 Millionen Euro. Weitere Förderbereiche sind beispielsweise die Modernisierung der Polizeifahrzeuge, die Energiesanierung staatlicher Polizei- und Justizgebäude, die Sanierung des Deutschen Museums in München und des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, die Förderung der beruflichen Weiterbildung und eine Reihe von Forschungsprojekten.

Verteilungsschlüssel

Insgesamt fließen laut Pschierer rund 570 Millionen Euro (30 Prozent der Gesamtsumme) in staatliche Maßnahmen. Die Mittel werden auf die Regierungsbezirke verteilt nach einem Schlüssel, der zu 75 Prozent die Einwohner und zu 25 Prozent die Finanzkraft zugrunde legt. Mit diesem fairen Verteilungsschlüssel sei ausdrücklich ein Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände aufgegriffen worden. So werde sichergestellt, dass gerade auch wirtschaftlich schwächere Regionen von dem Paket besonders profitieren.

Dass Bayern das Investitionsprogramm kommunalfreundlich umsetzt, zeige der Umstand, dass in Bayern die Gesamtmittel des Pakets von 1,96 Milliarden Euro zu 70 Prozent oder deutlich über 1,3 Milliarden Euro für Investitionen der Kommunen eingesetzt werden. Hinzu komme, so Pschierer, eine staatliche Beteiligung von rund 12 Prozent an der Kofinanzierung. Insgesamt stelle der Freistaat seinen Kommunen alleine im Rahmen des Konjunkturpakets knapp 170 Mio. Euro aus Landesmitteln zusätzlich zur Verfügung. Dabei sollen finanzschwache Kommunen besonders berücksichtigt werden. Ihr Eigenanteil kann auf bis zu 10 Prozent gesenkt werden.

Entscheidung Ende April

Bayern setzt die Investitionsförderung schnell und effektiv über die Regierungen um. Bis spätestens Ende März wird eine Frist für Anträge der Kommunen eröffnet. Die Frist Ende März ist allerdings keine Ausschlussfrist. Sollten die Kommunen mehr Zeit für den Antrag benötigen, kann dieser auch noch im April nachgereicht werden. Für die Antragsstellung ist die Vorlage von Detailplanungen nicht erforderlich; die Einreichung aussagekräftiger Projektbeschreibungen und sonstiger Unterlagen, aus denen ersichtlich wird, ob und wie die jeweiligen Förderkriterien erfüllt werden, sind ausreichend. Die Entscheidung über die Projektanträge wird bis spätestens Ende April erfolgen. Dabei wird auf eine möglichst einfache Handhabung, etwa die pauschalierte Förderung ausgewählter Projekte geachtet werden. **DK**

Neues Standardwerk:

Kommentar zur Bayerischen Verfassung

Der neue Kommentar bietet eine ebenso aktuelle wie praxisgerechte Erläuterung der Bayerischen Verfassung. Das Werk orientiert sich an der Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und zeigt die Unterschiede zum Verfassungsrecht des Bundes auf. Es kommentiert die Artikel entsprechend ihrer unterschiedlichen Praxisrelevanz und setzt Schwerpunkte bei aktuellen Themen.

Geschrieben wurde das Standardwerk für Rechtsanwälte, Richter, kommunale Entscheidungsträger, Behörden, den Landtag samt Landtagsfraktionen, für Parteien, Studierende und Rechtsreferendare.

Dr. Josef Franz Lindner / Prof. Dr. Markus Möstl / Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff, Verfassung des Freistaates Bayern, Verlag C. H. Beck, 2009, XIX, 1180 Seiten, in Leinen € 110,--, ISBN 978-3-406-57595-2
Weitere Informationen: www.beck-shop.de

Kapitän und Lordsiegelbewahrer ...

(Fortsetzung von Seite 1)
und er durfte eine Zeit miterleben, die von Aufbruch geprägt war, betonte Weber. „Vielleicht, lieber Hans, hat der Geist der Aufbaujahre nach dem Krieg Deinen Elan, Deine Entschlossenheit, Deine positive Grundstimmung mit beeinflusst, die Du Dir bis heute erhalten hast."

Der Ruf der Berge

Wer Hans Schaidinger kenne, wisse um seine Zielstrebigkeit. Dem Ruf der Berge könne er bis heute nicht widerstehen - im wörtlichen wie im übertragenen Sinn. „Du hast aber auch schon früh gelernt, dass der Weg nach oben Kraft und Anstrengung fordert. Wir alle wissen, dass Dir daran liegt, zu gestalten und die Initiative in der Hand zu haben", betonte Bürgermeister Weber.

Vernetzt regional

In den fast 13 Jahren, die Schaidinger an der Spitze Regensburgs steht, habe die Stadt einen gewaltigen Sprung nach vorne getan. Stets habe der Jubilar regional vernetzt gedacht und frühzeitig die Weichen Richtung Zukunft gestellt.

Dies bestritten nicht einmal seine politischen Gegner. Dass Regensburg sich zu einer Stadt mit unumstritten besten Zukunftschancen entwickelt habe, sei seiner Zielstrebigkeit, seiner fachlichen Kompetenz, seiner Fähigkeit unermüdlich zu arbeiten und nicht zuletzt seinem „konstruktiven Durchsetzungsvermögen" zu verdanken.

Lieb und teuer

„Für Regensburg und die anderen bayerischen Städte hast Du immer wieder erfolgreich um Zuschüsse gekämpft", fuhr der Parteifreund fort. Tiefe Seufzer wie „Der Schaidinger ist uns lieb und teuer!" habe man immer wieder aus München vernehmen können. Weber abschließend: „Deine Stärke liegt im Handeln, in der zielsicheren Entscheidung an den Weggabelungen. Zögern und Zaudern - das passt nicht zu Dir. Dein 'Ich will keine Probleme, sondern Lösungen!' ist allen bestens bekannt." Für die Stadt Regensburg überreichte Weber dem Oberbürgermeister ein Kreuz, das der niederbayerische Künstler Josef Michael Neustifter geschaffen hat.

Macher und Kraftpaket

Ministerpräsident Horst Seehofer knüpfte an Webers Rede an und bezeichnete Schaidinger als „politisches Schwergewicht, Macher und Kraftpaket". Außerdem wies er auf seine „erstaunliche Erfolgsbilanz" hin. „Er schwimmt nie mit dem Strom - er macht die Strömung selbst", hob Seehofer hervor. Hans Schaidinger sei ein für die Staatsregierung unbequemer, aber für die Kommunen erfolgreicher Funktionär. „Es ist nicht ganz leicht, mit Hans Schaidinger am Verhandlungstisch zu sitzen", so Seehofer. Und: „Für mich ist Hans Schaidinger der Lordsiegelbewahrer der kommunalen Selbstverwaltung."

Schaidinger habe Regensburg zu einer „liebenswerten Heimat gemacht", machte Seehofer deutlich. Im Anschluss an seine Rede überreichte der Ministerpräsident einen Bayerischen Löwen aus Porzellan mit der Widmung: „Als Auszeichnung für Ihre herausragenden Verdienste".

Erfolgreicher Städtechef

Auch der Münchner Rathauschef Christian Ude bescheinigte Schaidinger eine erfolgreiche Amtszeit an der Spitze des Städtetages. „Sie machen einen guten Job", bemerkte Ude, der auch darauf anspielte, dass Schaidinger als ein Macher-Typ gilt, der andere Meinungen nur schwer ertragen kann: „Er weiß, Diskussion muss sein und ist legitim, so lange heraus kommt, was vorgesehen war."

Dass Hans Schaidinger für sein atemberaubendes Tempo bekannt sei, werde schon durch die Tatsache deutlich, dass er seit seiner Wahl zum Vorsitzenden des Bayerischen Städtetages bereits drei Antrittsbesuche bei wechselnden bayerischen Ministerpräsidenten absolviert habe - etwas, wozu sein Vorgänger, Josef Deimer, 30 Jahre gebraucht habe, fuhr Ude augenzwinkernd fort.

Ude betonte aber auch, sein Regensburger Amtskollege sei ein „sehr kompetenter, mit allen Details vertrauter, willensstarker, durchsetzungsfähiger Kommunalpolitiker, dessen reichhaltige kulturelle Interessen man oft erst auf den zweiten Blick erkennt" und fuhr fort: „Eigentlich muss man ihm nichts mehr wünschen außer robuster Gesundheit und Ausdauer, denn politischen und persönlichen Erfolg hat er ja schon." Als Geschenk des Städtetages durfte Schaidinger eine Karikatur von Dieter Hanitzsch entgegennehmen, die ihn als wegweisenden Kapitän des Städtetags-Schiffes zeigt.

Rosenmontagsstimmung

Dem Rosenmontag angemessen, umrahmte das Theater Regensburg die Geburtstagsfeier mit Melodien aus der Operette „Die Fledermaus". Generalmusikdirektor Raoul Grüneis hatte es sich nicht nehmen lassen und begleitete selbst am Flügel. Für Stimmung sorgten auch Brass Unlimited und das Jazzgitarren-Duo Kagerer & Nieberle.

Dass Hans Schaidinger noch lange nicht zum alten Eisen gehört, bewies er auch, als das Jugendblasorchester St. Konrad gemeinsam mit den Böllerschützen am Rathausplatz ihm zu Ehren ein Konzert gab. Da zögerte der OB nicht und dirigierte mit viel Schwung den Bayerischen Defiliermarsch. **Do.**

Kommunales Gewicht stärken ...

(Fortsetzung auf Seite 4)
zielgerecht einsetzen können."

Deshalb sollen die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in den Vergabegremien der sieben Bezirksregierungen nicht nur beratend, sondern auch entscheidend mitwirken können. Schaidinger: „Der Praxisbezug kann nur helfen: Kommunalpolitiker haben tägliche Erfahrung, Investitionsentscheidungen zu treffen."

Auf Augenhöhe

Was die Zukunft der Jobcenter anbelangt, so „dürfen wir nicht das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften, die ja gut funktionieren, an die Wand fahren lassen", mahnte Schaidinger. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger erhielten unter einem Dach Hilfe. „Das war Konsens und bleibt auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts der richtige Weg." Der Vorschlag von Bund und Ländern für die Neuorganisation der Jobcenter habe aus Sicht der Kommunen durchaus positive Grundelemente, aber die Kommunen müssten eine Rolle „auf Augenhöhe mit dem Bund" erhalten.

Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen

Der Städtetag will die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen in den neu organisierten Jobcentern gewährleistet sehen. Die Kommunen müssten in den vorgesehenen Kooperationsausschüssen vertreten sein und gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligt werden. Sie müssten das Recht haben, eigenes Personal in die Jobcenter zu entsenden. Die Rechte der Kommunen in der Trägerversammlung seien zu stärken. Schaidinger: „Die Kommunen haben Kompetenzen, die sie gerne in den gemeinsamen Jobcentern einbringen. Es kann aber nicht sein, dass wir nur gefordert sind, wenn es darum geht, Leistungen zu erbringen. Wir müssen nicht nur mitzahlen dürfen, sondern auch mitbestimmen können."

Wenn keine Einigung zu Stande kommt, werden die Arbeitsgemeinschaften von Bund und Kommunen zum 31. Dezember 2010 aufgelöst. Dann müssen die Kommunen ihr Personal aus den Arbeitsgemeinschaften abziehen; das Personal der Bundesagentur hat die Arbeit für die Beratung und die Bearbeitung der Anträge allein zu bewältigen. Bei getrennten Trägern müsste jeder Träger für eigenständig Anträge, Unterhaltsfeststellungen, Widerspruchsverfahren, Klageverfahren, Strafanzeigen oder Ordnungswidrigkeiten bearbeiten.

Quo vadis Nichtraucherschutz?

Die Frage „Quo vadis?" stellt sich auch beim Nichtraucherschutz. „Das Büchergeld und das Rauchverbot sind zwei Paradebeispiele dafür, was passieren kann, wenn eine Regierung nicht auf kommunalen Rat hört. Man kann sich eine Menge Ärger sparen, wenn man praktisches Fachwissen nicht einfach vom Tisch kehrt, sondern ernst nimmt", meinte Schaidinger hierzu. Bei der Novellierung des Gesetzes zum Nichtraucherschutz zeichne sich mit der Definition der „einfachen Speise" wieder eine Klippe ab, die es Kommunen schwer mache, das Gesetz zu vollziehen. Schaidinger: „Was heute wie ein Faschingsscherz klingt, wird morgen für die Vollzugsbehörden zum Problem."

Wirte entscheiden

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags machte deutlich, dass er die Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes begrüßt. Schaidinger: „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber das Kriterium der Speisenzubereitung muss wegen Nichtvollziehbarkeit wegfallen." Positiv sehen die Städte, dass die Raucherclubs abgeschafft werden. Ausnahmen sollen laut Gesetzentwurf möglich sein, wenn Gaststätten weniger als 75 Quadratmeter Gastfläche und keinen abgetrennten Nebenraum haben - aber nur, falls kalte oder einfach zubereitete warme Speisen zum Verzehr an Ort und Stelle serviert werden. Damit sollen Wirte aus Eckkneipen entscheiden, ob Gäste in ihrer Kneipe rauchen dürfen.

Wie aber soll nun eine Vollzugsbehörde entscheiden, was eine einfach zubereitete Speise ist? Schaidinger: „Schauen wir mal in die Zeitungen, was die Köche aus dem Kabinett zubereiten, wenn sie nach der einfachen Speise gefragt werden. Wirtschaftsminister Zeil nennt warme Würstl, aber keinen Schweinsbraten. Gesundheitsminister Söder nennt erwärmte Speisen aus der Fritteuse, aus dem Kleinkochtopf und aus der Mikro-Welle." Was aber ist zum Beispiel mit Catering und Systemgastronomie? Schaidinger: „Heute arbeiten viele Gaststätten mit eingefrorenen Fertigmenüs nach dem Motto: Beutel auf und ab in die Mikrowelle. Ein Fertigmenü wäre doch dann auch eine einfache Speise!"

Fehlende Vollzugserfahrung

Das Ministerium stellt keine Liste zur Definition der einfachen Speisen zur Verfügung und verweist nur auf die Regelung zur „Straßenwirtschaft". „Wie aber soll das in Bayern einheitlich vollzogen werden?", fragte sich der Städtetagschef. Gehört die fränkische Bratwurst in die Eckkneipe, ebenso wie die Münchner Weißwurst? Was ist mit dem kalten und warmen Leberkäse, vor allem wenn ein Spiegelei drüber kommt? Das Ministerium unterstelle den Behörden jedenfalls eine Vollzugserfahrung, die sie gar nicht haben können.

Komplizierte Rechtsprechung

Begründet wird die Kompliziertheit mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Aus Sicht des Bayerischen Städtetags ist das Kriterium „einfache Speisen" keineswegs zwingend, damit das Gesundheitsschutzgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hat. Das Bundesverfassungsgericht habe sich in seinem Urteil nur darauf beschränkt, für welche Art von Gaststätten in jedem Fall eine Ausnahme vorgesehen werden muss. Zur Frage, ob für andere Gaststättenarten zusätzliche Ausnahmen vom Rauchverbot zugelassen werden dürfen, hatte das Gericht keinen Anlass, eine Aussage zu treffen. Die Differenzierung des Speisenangebots sei somit kein zwingendes Kriterium und sollte nach Auffassung des Bayerischen Städtetags fallen gelassen werden. **DK**

Mobilfunker achtet auf Wirtschaftlichkeit

Bayerische Gemeindezeitung im Gespräch mit der E-Plus Gruppe

Bereits im Jahre 2008 berichtete die Bayerische Gemeindezeitung über den Status des Netzausbaus bei der E-Plus Gruppe, die ihr Netz von der Firma Alcatel Lucent Network Services GmbH (ALNS) bauen und betreiben lässt. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Entwicklungschancen ländlicher Räume und der dortigen Investitionen der Telekommunikationsbranche fragen wir bei E-Plus Pressesprecher Martin Reinicke und Referent Hilmar Möhlmann nach den wirtschaftlichen Aspekten des Netzausbaus und den Erfahrungen bei der kommunalen Abstimmung von neuen Senderstandorten.

GZ: Der Wirtschaftspresse zufolge hat die E-Plus Gruppe im Jahr 2008 der Wirtschafts- und Finanzkrise trotzen können. Was waren die Erfolgsfaktoren und was haben Sie sich für 2009 vorgenommen?

Reinicke: *Erfolgreich waren wir vor allem in der zielgenauen Ansprache unserer Kunden über Marken wie E-Plus, BASE, SIMYO und Partnermarken wie z.B. AldiTalk. Deren einfache und preisgünstige Tarifangebote bewähren sich bislang auch in einem wirtschaftlich schwieriger werdenden Umfeld. Diese Strategie setzen wir fort.*

GZ: Was hat der Netzausbau dazu beigetragen? Wo stehen Sie damit in Bayern?

Reinicke: *Wir verfolgen den Ansatz des nachfrageorientierten Netzausbaus, d.h. wir bauen das Netz noch weiter aus, sofern die Nachfragesituation dies unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erlaubt. Nur dann bleiben wir für unsere Kunden preislich attraktiv. Dies gilt einerseits hinsichtlich der reinen Empfangsmöglichkeit, andererseits aber auch hinsichtlich weitergehender technischer Möglichkeiten, wie z.B. der Geschwindigkeit bei der Datenübertragung. Was die Verbesserung des Empfangs angeht, investieren wir im ländlichen Raum Bayerns derzeit zielgerichtet in Projekte, nahezu flächendeckend hingegen aktivieren wir noch im laufenden Jahr den sogenannten EDGE-Standard an unseren Stationen. Dieser erlaubt eine schnellere Datenübertragung im klassischen GSM-Netz.*

Vielfältigste Anwendungsmöglichkeiten in der Mobilfunktechnologie erfordern funktionsfähige Netze - auch im ländlichen Raum. Die Kommunen sind gefordert. ❐

GZ: Welche Auswirkungen hat dies auf die Abstimmung von neuen Senderstandorten?

Möhlmann: *Der Bayerische Mobilfunkpakt bleibt das bewährte Verfahren, um kommunale Belange in unsere Standortentscheidungen einfließen zu lassen. Unsere Konzentration auf die wesentlichsten Projekte bringt es mit sich, dass wir uns dort besondere Mühe geben, um die Chancen und Grenzen der Standortabstimmung unter wirtschaftlichen und funktechnischen Gesichtspunkten zu vermitteln. In einigen Fällen müssen wir auch darauf hinweisen, dass sich die Wirtschaftlichkeitsdiskussion rund um die Telekommunikationsinfrastruktur im ländlichen Raum nicht auf das intensiv diskutierte Thema DSL beschränkt. Auch bei der Mobilfunktechnologie, die übrigens immer komfortablere Möglichkeiten der mobilen Internetnutzung ermöglicht, müssen wir die Wirtschaftlichkeit stärker betonen, wenn wir kommunale Stand-ortvorschläge diskutieren und bewerten. In Einzelfällen haben wir Projekte aus diesen Gründen auch schon auf Eis gelegt.*

GZ: Wie sehen Sie die Versorgungsperspektive für ein Flächenland wie Bayern hinsichtlich des Themas Breitband und schnelles Internet?

Möhlmann: *Wenn wir etwas weiter in die Zukunft blicken, eröffnet das Thema „Digitale Dividende“ sicherlich die größten Chancen für den ländlichen Raum. Damit ist gemeint, dass durch die Einführung des digitalen Rundfunks einige Frequenzen mit größerer Reichweite derzeit nicht mehr genutzt werden. Wenn sich die Landes- und Bundespolitik dazu entschließen würde, diese Frequenzen teilweise für den Mobilfunk zu öffnen, wäre eine Breitbandversorgung für stationäre und mobile Nutzungen kurzfristig sowohl technisch wie wirtschaftlich umsetzbar – auch für die kommunale Abstimmung von Senderstandorten ergäben sich etwas größere Freiheiten.*

GZ: Geben Sie damit nicht ein Versprechen auf Kosten des Rundfunks ab?

Reincke: *Keinesfalls, denn Rundfunk, Mobilfunk und die Nutzer würden alle zu den Gewinnern einer solchen Entwicklung gehören. Die Internetangebote des Rundfunks würden mehr Menschen erreichen und interaktive Programminhalte könnten sich weiter entwickeln. Hinsichtlich der notwendigen Dimensionierung eines mobilen Breitbandnetzes auf den Frequenzen der „Digitalen Dividende“ führt die E-Plus Gruppe bereits einen Praxistest mit 50 Haushalten und mit kommerziell verfügbarer Technik des Netzausrüsters Ericsson in Grabowhöfe in Mecklenburg-Vorpommern durch.*

Damit wollen wir der Diskussion mit den Vertretern des Rundfunks eine sachliche Grundlage geben, denn deren technische und wirtschaftliche Interessen sind natürlich zu berücksichtigen. ❐

Sendestandort „Grabowhöfe“. ❐

Praxistest-Station in Betrieb genommen:

Hochgeschwindigkeits-Internet über Rundfunkfrequenzen

Verteilung der Endgeräte an ausgewählte Testnutzer
Highspeed-Internet auch in ländliche Regionen

Die E-Plus Gruppe, Ericsson und das Land Mecklenburg-Vorpommern bringen Breitband-Internet testweise über Rundfunkfrequenzen in Haushalte und Betriebe im ländlichen Raum. Ab Anfang März werden 50 repräsentativ ausgewählte Firmen und private Nutzer die neue digitale Datenautobahn einem Praxistest unterziehen.

Während dieses Probelaufs surfen sie mit HSPA-Technologie gratis und kabellos im E-Plus Netz. Dabei werden Übertragungsraten von bis zu 7,2 Megabit pro Sekunde im Downlink* und bis zu 1,4 Mbit/s im Uplink* erreicht. In Sekundenschnelle kommen so Webseiten auf den Bildschirm, Musiktitel auf den Rechner oder E-Mails selbst mit größeren Anhängen wie Präsentationen oder Fotos ohne Verzögerung zum Empfänger. Die ebenfalls kostenfreien Endgeräte und SIM-Karten werden kurzfristig an die Nutzer verteilt. Bereits Anfang 2009 wurde der Sendestandort in Grabowhöfe bei Waren an der Müritz mit der notwendigen Sende- und Empfangstechnik von Ericsson ausgerüstet.

Freie Kapazitäten

Ziel des Projekts ist es, unter Alltagsbedingungen zu zeigen, wie abgelegene Regionen über die so genannte Digitale Dividende mit Breitband-Internet versorgt werden können. Außerdem erwarten sich die Projektbeteiligten Aufschlüsse zum Nutzungsverhalten der Tester und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Netzleistung. Die Digitale Dividende bezeichnet den Frequenzbereich, der durch die zunehmende Digitalisierung von Fernsehen und Radio aktuell über freie Kapazitäten verfügt.

Effizient, schnell und kostengünstig

Der Testlauf in Mecklenburg-Vorpommern soll bestätigen, dass Breitband-Internet über die Digitale Dividende ein effizienter, schneller und kostengünstigster Weg ist, um auch weniger dicht besiedelten Regionen in Deutschland zu attraktiven Preisen die Teilhabe an digitalen Hochgeschwindigkeits-Netzen zu ermöglichen. Der große Vorteil dieser Lösung: Die eingesetzten Sendefrequenzen haben eine größere Reichweite als die bisher für den Breitband-Mobilfunk zur Verfügung stehenden Frequenzen.

Konjunkturpaket II

Damit käme Deutschland auch einem Ziel des Konjunkturpakets II einen wichtigen Schritt näher: bis Ende 2010 allen Haushalten und Unternehmen den Zugang zu schnellem Internet zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesländer und die Landesmedienanstalten die entsprechenden Frequenzen rasch Anbietern von Mobilfunklösungen zur Verfügung stellen. Dafür haben sich Bundesregierung, das Bundeswirtschaftsministerium sowie die Telekommunikationsanbieter und –ausrüster zuletzt mehrfach stark gemacht.

*Im Mobilfunk wird mit Downlink die Senderichtung von der Basisstation zur Mobilstation bezeichnet. Aus Sicht des Handynutzers ist der Downlink der Empfangskanal. Die Gegenrichtung heißt Uplink. ❐

Deutscher Landkreistag:

Ja zur Breitbandstrategie der Bundesregierung

Wichtiger Schritt zu einer flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat die vom Bundeskabinett verabschiedete Breitbandstrategie der Bundesregierung begrüßt. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Die Breitbandstrategie mit ihrem Bündel von Maßnahmen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu einer flächendeckenden Versorgung mit schnellen Breitbandverbindungen auch für den ländlichen Raum. Jetzt sind alle Beteiligten aufgefordert, die angekündigten Maßnahmen rasch und kraftvoll umzusetzen. Ein schnelles Datennetz ist existentiell, gerade auch für die mittelständisch geprägte Wirtschaft im ländlichen Raum. Investitionen in den Aufbau dieses Netzes setzen zugleich wirksame Impulse für den konjunkturellen Aufschwung.“

Es sei richtig, so Duppré, dass sich die Bundesregierung ambitionierte, aber realisierbare Ziele setze. Das Wichtigste sei jetzt, dass jedermann innerhalb der nächsten Monate eine schnelle Zugangsmöglichkeit zum Internet erhalte. Dabei dürfe aber nicht übersehen werden, dass innovative Internetdienste wie eGovernment, eHealth oder eLearning in absehbarer Zukunft stetig steigende Übertragungsraten erfordern werden. „Wir dürfen deshalb nicht bei einer Grundversorgung stehen bleiben. Auch im ländlichen Raum müssen Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde selbstverständlich sein. Sonst bleibt es dauerhaft bei einer ‚digitalen Spaltung’ zwischen Stadt und Land“, machte er deutlich. „Die Zusage der Bundesregierung, hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse nach 2014 möglichst bald flächendeckend verfügbar zu machen, verstehen wir deshalb so, dass dieses Ziel schon vor dem ursprünglich angekündigten Zeitpunkt 2018 erreicht werden solle.“

Zu den Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung den Breitbandausbau forcieren will, gehört insbesondere auch eine Verbesserung der finanziellen Förderung der Kommunen. „In Gebieten, in denen der Markt aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, bestehende Versorgungslücken zu schließen, ist der Staat gefordert. Wir freuen uns, dass die Bundesregierung die Landkreise und Gemeinden in ihren Bemühungen zur Sicherstellung einer Breitbandversorgung für Unternehmen und Bürger vor Ort auch finanziell stärker als bislang unterstützen will. Dazu gehört auch die Förderung der Leerrohrverlegung.“ Wichtig sei jetzt, die Mittel möglichst schnell und unbürokratisch bereitzustellen. Auch die Länder seien aufgefordert, im Rahmen des Konjunkturpakets II den Kommunen Mittel für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Digitale Dividende

Das gelte auch für die Nutzung der „Digitalen Dividende“ bei Funkfrequenzen, die wegen der Digitalisierung der Übertragungstechnik nicht mehr für den Rundfunk benötigt werden. Dadurch lassen sich vergleichsweise kostengünstig Funknetze einer neuen Generation betreiben, die hohe Übertragungsraten ermöglichen. „Die Nutzung der ‚Digitalen Dividende’ für moderne Telekommunikationsnetze ist unverzichtbar, wenn das Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung zeitnah erreicht werden soll. Wir appellieren daher an die Länder, diese Frequenzen freizugeben.“

Baustellendatenbank

Die Landkreise, so Präsident Duppré weiter, würden alles tun, damit die in der Breitbandstrategie formulierten Ziele so bald wie möglich erreicht werden könnten. „Wir begrüßen insbesondere auch den Aufbau eines Infrastrukturatlasses und einer Baustellendatenbank. Durch Meldung aller relevanter Straßenbauarbeiten werden die Landkreise ihren Beitrag dazu leisten, dass diese sinnvolle Maßnahme ein Erfolg wird.“

Allerdings seien die Unternehmen gefordert, diese Informationsmöglichkeiten wie auch die von der Bundesregierung angestrebten, begrüßenswerten Verbesserungen des Regulierungsrahmens – zu nutzen, um den Breitbandausbau rasch voranzutreiben. „Jetzt gibt es keine Entschuldigung mehr für weitere Verzögerungen!“, appellierte der DLT-Präsident abschließend an alle Beteiligten.

Zum Hintergrund

Das Bundeskabinett hat ein Bündel von 15 Maßnahmen beschlossen, um bis spätestens Ende 2010 die noch bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung zu schließen und flächendeckend leistungsfähige Breitbandanschlüsse zur Verfügung zu stellen. Bis 2014 sollen bereits 75 Prozent der Haushalte Anschlüsse von Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde besitzen, mit dem Ziel, solche hochleistungsfähigen Breitbandanschlüsse möglichst bald flächendeckend verfügbar zu haben. ❐

Wasserkraft könnte viel mehr Strom liefern

Barack Obama will Milliarden in erneuerbare Energien stecken. Ein Konjunkturpgroamm, das Europa beflügeln dürfte. In Deutschland hätte es der neue Präsident noch leichter. Er müsste lediglich Hunderte längst geplanter Wasserkraftanlagen rasch genehmigen. Diese entstünden dann weitgehend ohne Staatsgeld. Aber mit Arbeitsplätzen für Tausende. Und mit Milliarden Kilowattstunden heimischem, klimafreundlichen und staubfrei gewonnenem Strom als Folge. Diesen 'selbsttragenden' Wirtschaftsaufschwung bremsen in Deutschland aber noch Bürokratie und Politik.

Die UNO hat ihn schon verkündet: den „Green New Deal". „New Deal", die Parole des Franklin D. Roosevelt, dem von Barack Obama verehrten US-Präsidenten. Mit seiner „Tennessee Valley Authority" ließ Roosevelt Staudämme und Wasserkraftwerke in den Tennessee-Fluss bauen. Zum Hochwasserschutz und zur Stromgewinnung. Einen beachtlichen Teil der dafür notwendigen Kosten erbrachten die neuen Wasserkraftwerke dann aus dem Stromverkauf. Wasserkraft - erneuerbare Energie. Solche regenerative Energien eignen sich als Wirtschafts-Förderinnen besonders stark, weil ihr verkaufbarer Energieertrag die eingesetzten Gelder wieder bringt. Außerdem machen heimische erneuerbare Energien unabhängiger von Energieeinfuhren.

Chance für den Mittelstand

Tennessee Valley - wäre das heute auch in Deutschland möglich? Auf großenteils privatwirtschaftlicher und mittelständischer Ebene: ja. Also weitgehend ohne Steuergelder. Schließlich arbeiteten zwischen Waterkant und Watzmann um 1900 rund 80.000 Wassertriebwerke. Im Jahr 2000 waren es noch etwa 8.000. Also ein Zehntel. Von den übrigen 90 % 'erloschenen' Wasserkraftanlagen stehen oft noch die Stauwehre. An solchen Stellen wäre moderne Wasserkraft-Technik also wieder einzubauen.

Dabei entstünden Tausende von Arbeitsplätzen - vor allem im Bau- und Elektrogewerbe. Ergebnis solcher Bemühungen: Etwa 15 bis 20 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr mehr aus heimischen, sauberen Quellen. 15 Milliarden Kilowattstunden übers Jahr - so viel verbraucht etwa die Bevölkerung Baden-Württembergs privat. Folge: Das Geld für diese Energie bliebe im Land. Es würde hier wieder für Investitionen zur Verfügung stehen. Umso besser, denn Strom aus Wasserkraft entsteht, ohne ein Gramm des Klimagases Kohlendioxid, Stickstoff, Schwefel oder Stäube in die Luft zu blasen. Mit einer Technik, die seit 2.000 Jahren immer wieder verbessert wurde. So bietet Wasserkraft heute den höchsten Energieertrag.

Bedenkenträger

Bisher meldeten Naturschutzverbände da und dort Bedenken gegen Wasserkraft an. Kritik, die meist jedoch auf mangelnde Kenntnis der genauen Verhältnisse vor Ort zurück geht. So hat die „Deutsche Umwelthilfe" in einer Studie 2006 festgestellt, dass sich Kleinwasserkraft und Gewässerökologie nicht zu stören brauchen. Das Landratsamt Lörrach stellte 2008 sogar fest, die Gewässerökologie des Flüsschens Wiese im Südschwarzwald sei ein Jahr nach Einbau einer Wasserkraftanlage in einem alten, bestehenden Wehr besser geworden. Um Stau-Barrieren, die bisher für Wassertiere unüberwindbar schienen, lassen sich nämlich im Rahmen von Wasserkraftbauten kleine Umgehungsbäche anlegen, „Fischtreppen" oder „Fischpässe" genannt. Die Kosten solcher „Ökologisierung" können im Lauf der Jahre durch Stromverkauf wieder wettgemacht werden. Im Regelfall zwischen 7,67 und 12 Cent pro Kilowattstunde. Wasserkraft kommt preislich damit in etwa an den Durchschnitts-Herstellerpreis in Deutschland heran: circa 7 Cent pro Kilowattstunde an der Leipziger Strombörse.

Diese erfreulichen Erkenntnisse haben sich bei vielen Behörden aber noch nicht herumgesprochen. Wer in Deutschland ein Wasserkraftwerk genehmigen lassen möchte, wartet im Durchschnitt rund sieben Jahre auf die notwendigen Amtsstempel. Mancher Antragsteller in Bayerisch-Schwaben soll gar seit über 20 Jahren der behördlichen Zustimmung harren. Eine Familie habe über 30 Jahre um die Baugenehmigung für ihr Kraftwerk gekämpft. Solch behördliche Blockaden betreffen nicht allein den 'kleinen' Mittelstand. So warten die kommunalen „Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm" (SWU) seit rund 20 Jahren darauf, zwei Wasserkraftanlagen in Donau und Iller genehmigt zu bekommen. Mit deren Strom sollen bis zu 10.000 Privatpersonen versorgt werden.

Blockaden und Behinderungen

Blockaden und Behinderungen - sie bremsen in Deutschland ein umweltfreundliches, selbst tragendes Konjunkturprogramm über den Ausbau erneuerbarer Energien. Hermann Scheer, Präsident von „Eurosolar" und des „Weltrates für erneuerbare Energien" nennt solche amtlichen Bremsen gegen Wasserkraft „mehr denn je kafkaesk". Dabei böte die Wasserkraft als lange stärkste Lieferantin erneuerbar gewonnenen Stroms alle Chancen für eine starke Stütze im erhofften Wirtschaftsaufschwung.

Quelle: Julian Aicher 2009, Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV (AWK) 2009. ❐

Barroso mahnt EU-Staaten angesichts leerer Erdgaspipelines:

EU muss von Energieimporten unabhängiger werden

Der Diplomatie sind zumindest in der Energiepolitik enge Grenzen gesetzt. Mehrmals hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit Ministerpräsident Putin (Russland) und Präsident Juschtschenko (Ukraine) telefoniert und Zusagen für eine Wiederaufnahme der Erdgaslieferungen erhalten. Die Pipelines blieben dennoch leer. Die EU hat ein Recht auf eine ordnungsgemäße Lieferung, doch sie kann wenig Druck ausüben. Angesichts des weiter schwelenden exterritorialen Gasstreits bleibt wieder mal nur die Erkenntnis: Die EU-Staaten müssen ihre Energieabhängigkeit verringern und ihren Energieverbrauch senken.

Als „inakzeptabel und unglaublich" hat Präsident Barroso im Europäischen Parlament das Boykottverhalten der russischen und ukrainischen Erdgaslieferanten bezeichnet. Sollten die beiden Länder ihre Verpflichtungen weiter nicht erfüllen, werde die EU-Kommission den betroffenen Energieversorgern in den Mitgliedstaaten raten, vor Gericht zu gehen. Russland und die Ukraine hätten ihren Ruf als verlässliche Partner in der Energieversorgung aufs Spiel gesetzt. In der Tat ist nach den Erklärungen der russischen Gazprom sowie der ukrainischen Naftogaz schwer nachvollziehbar, warum am Mittwoch insbesondere die Menschen in Südosteuropa immer noch frieren mussten. „Wir werden bald sehen, ob es sich hier um ein technisches Problem handelt oder ob es keinen politischen Willen gibt, das Abkommen über die Wiederaufnahme der Lieferungen einzuhalten", so Barroso vor den Europaabgeordneten in Straßburg.

Der Kommissionspräsident sagte weiter, er werde die EU-Staaten auch zu „konzertiertem Handeln" aufrufen, „um alternative Wege der Energiebeschaffung und des Energietransits zu finden." Das sind ganz sicher keine neuen Appelle. Regelmäßig stehen die Mitgliedstaaten vor der Erkenntnis, dass ihre Abhängigkeit von Energiequellen, die sich außerhalb ihres Einflussbereichs befinden, riskant hoch ist. Ihre Schlussfolgerungen aus diesem Umstand in eine langfristige Strategie zur besseren Eigenversorgung mit Energie innerhalb des Binnenmarktes umzusetzen, ist jedoch ein langwieriger Prozess.

Gemeinsam aus der Energiekrise

Diesmal hatten weltweit fallende Energiepreise sowie das Vertrauen darauf, dass Russland auf den Erlös aus Erdgasexporten angewiesen ist, in Europa dafür gesorgt, dass der Problemdruck nachließ. Nun hat es einige Mitgliedstaaten im wahrsten Sinn des Wortes eiskalt erwischt. Wie der Kommissionspräsident betont, liegt die Lösung in einem gemeinsamen Handeln der EU-Regierungen. Das Reaktivieren alter Kernreaktoren, die nicht dem EU-Standard entsprechen, um dem Energieengpass zu entkommen, wie das die Slowakei überlegt, kann allerdings keine Lösung sein. Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude dagegen schon. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs hatte nach einer Krisensitzung der EU-Energieminister nicht nur angemahnt, mehr Vielfalt bei den Energielieferanten und Lieferwegen zu schaffen, sondern auch die Bemühungen zum Energieeinsparen zu verstärken. **(ur)**

Neue dena-Broschüren zum Energieausweis und Contracting

Ratgeber für die öffentliche Hand und private Eigentümer von Nichtwohngebäuden

Am 1. Juli 2009 wird der Energieausweis auch für Nichtwohngebäude wie Schulen, Krankenhäuser oder Bürobauten Pflicht. Mit der Broschüre „Energieausweis für Nichtwohngebäude – der Einstieg in die Modernisierung" bietet die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) öffentlichen und privaten Eigentümern eine praxisnahe Hilfe bei der Umsetzung der gesetzlichen Neuerung.

Der Energieausweis hilft die Energieeinsparpotenziale offenzulegen und zeigt, welche Modernisierungsmaßnahmen sinnvoll sind. Energieverbrauch senken und Kosten sparen lässt sich dann ganz ohne zusätzliche Investitionen zum Beispiel mit Hilfe von Contracting. Wie Bund, Länder und Kommunen Contracting-Projekte vorbereiten und durchführen können – das zeigt der neue „Contracting-Lotse für Kommunen" der dena.

„Die öffentliche Hand, aber auch private Eigentümer sollten im Energieausweis nicht nur eine Pflicht sehen, sondern ihn als Chance nutzen, die Einsparpotenziale beim Energieverbrauch in ihren Liegenschaften aufzudecken", sagt dena-Bereichsleiter Thomas Kwapich. „Bis zu 30 Prozent ihrer Energiekosten kann die öffentliche Hand allein durch die Umsetzung von Contracting einsparen."

Praxisbeispiele

„Energieausweis für Nichtwohngebäude – der Einstieg in die Modernisierung": Welche Gebäude benötigen einen Energieausweis? Ist der bedarfs- oder verbrauchsbasierte Energieausweis sinnvoll? Die Broschüre enthält Antworten auf die zentralen Fragen zum Energieausweis, Empfehlungen der dena für das Vorgehen bei seiner Erstellung sowie Tipps rund um die Vertragsgestaltung zwischen Gebäudeeigentümer und Aussteller von Energieausweisen. Darüber hinaus zeigt diese Publikation anhand von Praxisbeispielen, wie der Energieausweis als Einstieg in die Modernisierung von Nichtwohngebäuden genutzt werden kann und welche Schritte bei einer energetischen Modernisierung sinnvoll sind.

Contracting-Lotse

Contracting-Lotse für Kommunen: Die Arbeitshilfe unterstützt Mitarbeiter in den Ländern und Kommunen bei der Entwicklung von Contracting-Projekten. Sie zeigt, welche Gebäude für Contracting in Frage kommen, welches Contracting-Modell sich für welche Anforderungen eignet, welche Einsparungen beim Energieverbrauch erzielt werden können und wo Beratung zu finden ist. Einige Beispiele aus der Praxis sowie typische Fragen zum Contracting runden den Leitfaden ab.

Bezug übers Internet

Die Broschüre „Der Energieausweis für Nichtwohngebäude" kann gegen eine Gebühr von 9,90 Euro bestellt werden. Für Mitarbeiter aus Ländern und Kommunen ist der „Contracting-Lotse für Kommunen" kostenlos bei Übernahme der Versandkosten zu beziehen, für Firmen und Privatpersonen beträgt der Kaufpreis 19,95 Euro. Beide Publikationen sind über das Internet zu beziehen: www.zukunft-haus.info/publikationen.

Mehr Informationen zum Energieausweis und Contracting im Internet sowie bei der kostenlosen Energie-Hotline der dena unter 08000-736 734.

Erneuerbare Energien decken 2020 fast die Hälfte des deutschen Strombedarfs:

Versorgung jederzeit gewährleistet

Die Erneuerbaren Energien decken im Jahr 2020 mit einem Anteil von rund 47 Prozent fast die Hälfte des deutschen Strombedarfs. Gleichzeitig ist eine sichere Stromversorgung auch zur Zeit der höchsten Stromnachfrage gewährleistet. Das geht aus der aktuellen Ausbauprognose der Branche „Stromversorgung 2020" hervor, die der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) und die Agentur für Erneuerbare Energien in Berlin vorgelegt haben.

„Energie aus Wind, Biomasse, Wasser, Sonne und Geothermie wird 2020 das prägende Element unserer Stromversorgung sein. Herkömmliche Kraftwerke ergänzen dieses Angebot nur noch bei Bedarf, Brennstoffimporte und CO2-Emissionen werden entsprechend reduziert. Damit stellen wir die Stromversorgung vom Kopf auf die Füße", kommentierte Dietmar Schütz, Präsident des BEE, die Ergebnisse der Prognose. Sowohl die aus Erneuerbaren Energien produzierte Strommenge als auch die installierte Leistung zugehöriger Anlagen werde sich bis 2020 gegenüber heute etwa verdreifachen.

Strommix

Die Experten der Branche betonten, dass die Stromversorgung in Deutschland auch mit dem künftigen Strommix an 365 Tagen im Jahr zu jeder Uhrzeit und bei jedem Wetter sichergestellt werden könne. Die so genannte gesicherte Leistung übertreffe die Jahreshöchstlast sogar um zehn Prozent. Anders als jüngst wieder von Protagonisten der konventionellen Energiebranche behauptet, seien dafür auch keine zusätzlichen Gasimporte notwendig. Im Gegenteil verringere sich der Erdgasverbrauch für die Stromerzeugung in der Branchenprognose bis 2020 sogar um zwölf Prozent. Das bestehende Stromversorgungssystem sei bereits viel flexibler als allgemein bekannt.

Bioenergie-Kraftwerke

„Schon heute stehen für das deutsche Stromnetz rund zehn Gigawatt Speicher- und Pumpspeicherwasserkraftwerke zur Verfügung. Das entspricht der Leistung von zwölf Kohlekraftwerken", erläuterte Ralf Bischof, Mitglied im BEE-Vorstand und zuständig für Netz- und Systemintegration. In Zeiten hoher Stromproduktion und geringer Nachfrage könnten Wasserspeicher über Pumpen aufgefüllt und im Bedarfsfall kurzfristig für zusätzliche Stromproduktion genutzt werden. „Dazu kommen über neun Gigawatt Bioenergie-Kraftwerke, die auf Basis der Brennstoffe Biogas oder Holz einspringen können, wenn Wind und Sonne ausbleiben", so Bischof.

Die positiven Auswirkungen der Erneuerbaren Energien auf Klimaschutz, Brennstoffimporte und Arbeitsmarkt sind nach der aktuellen Branchenprognose erheblich. Schon heute trage die Branche höchst wirkungsvoll zum Klimaschutz bei. 2008 habe sie allein im Strombereich fast 87 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermieden. Dieser Betrag steige bis 2020 auf über 200 Mio. Tonnen pro Jahr. Analog sinke der Bedarf an fossilen Brennstoffen und mit ihm die hohen Kosten für Importe sowie externe Kosten für Klima- und Umweltschäden. Die daraus folgenden Einsparungen in Milliardenhöhe übertreffen die Ausgaben für den Ausbau der Erneuerbaren Energien bei weitem. Hinzu komme der positive Effekt auf den Arbeitsmarkt. So werde sich die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien von heute 250.000 auf mindestens 500.000 im Jahr 2020 verdoppeln.

Klimaschonend und bezahlbar

„Die Stromversorgung im Jahr 2020 ist dank des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sicher, klimaschonend und bezahlbar", schlussfolgerte BEE-Präsident Dietmar Schütz aus den Eckdaten der Branchenprognose. Um den Strombedarf zuverlässig zu decken, seien weder zusätzliche Kondensationskraftwerke, noch eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke erforderlich. „Wer dennoch Sonderregelungen für Kohlekraftwerke schafft oder den Atomausstieg rückgängig machen will, greift automatisch den gesetzlich fixierten Vorrang für die Erneuerbaren Energien an und zerstört damit die Investitionssicherheit der Branche", warnte Schütz.

Um auch nach 2020 ein weiteres Wachstum der Erneuerbaren Energien im Stromsektor zu ermöglichen, müsse die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehöre insbesondere der Vorrang für Erneuerbare Energien, die Förderung von Kombikraftwerken und Speichern, ein intelligentes Lastmanagement sowie ein intensiverer Stromaustausch mit den Alpen- und den skandinavischen Ländern mit ihren großen Wasserspeichern.

Hintergrundmaterial mit weiteren Grafiken im Internet unter www.bee-ev.de oder www.unendlich-viel-energie.de. ❐

Stadtwerke Würzburg:

Modernisierung des Heizkraftwerks

Inversionslage über Würzburg: Wenn Luftschichten über dem Talkessel wärmer sind als die Luft darunter, dann können Schadstoffe nicht abziehen. Die Stadtwerke wollen deshalb das bereits schadstoffarme Ferndampf-Netz des Heizkraftwerks am Main für 20 Millionen Euro auf ein Heißwasser-System umrüsten. Das Verlegen neuer Leitungen unter der Straßendecke soll sich dabei mehrfach rechnen. So sind bei der neuen Technik die Emmissionswerte geringer und der Wirkungsgrad der Anlage, mit der die Stadt 80 Prozent ihrer Energie selbst erzeugt, höher. Zudem kann im Sommer mittels der Absorbtionstechnik auch Kälte erzeugt und über das Leitungsnetz Klimaanlagen zugeführt werden. **wkn**

Siemens AG und E.ON Kraftwerke GmbH:

Pilotanlage zur CO2-Abscheidung aus Kohlekraftwerken

Siemens und E.ON Kraftwerke errichten am E.ON-Kraftwerk Staudinger in Großkrotzenburg bei Hanau eine Pilotanlage zur CO2-Abscheidung. Damit treiben die beiden Unternehmen die Entwicklung eines Verfahrens zur klimaverträglichen Stromerzeugung aus Kohle weiter voran. Am steinkohlebefeuerten Block 5 des Kraftwerks soll unter realen Einsatzbedingungen ein bereits im Labor erprobtes Verfahren eingesetzt werden. Die Pilotanlage soll im Sommer 2009 in Betrieb gehen.

Auch in Zukunft wird der weiterhin rasch wachsende Strombedarf nicht ohne fossile Energieträger wie Kohle oder Erdgas gedeckt werden können. Die Herausforderung besteht darin, die mit fossilen Brennstoffen einher gehenden CO2-Emissionen erheblich zu reduzieren. Technologien zur CO2-Abscheidung und -Speicherung kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Sie müssen für den Einsatz in Großanlagen erprobt, weiterentwickelt und zur Marktreife gebracht werden.

Technologischer Vorteil

Bei dem Post-Combustion-Capture-Verfahren von Siemens wird das CO2 nach der Verbrennung durch spezielle Reinigungssubstanzen aus dem Rauchgas eines Kraftwerks entfernt, bevor die Gase über den Schornstein in die Atmosphäre gelangen. Ein Vorteil dieser Technologie liegt darin, dass sie sich gut mit dem bekannten und weit entwickelten Dampfkraftwerksprozess kombinieren lässt. Siemens entwickelt diese Technologie bereits seit mehreren Jahren im Industriepark Frankfurt-Hoechst. Dieses Verfahren zeichnet sich unter anderem durch gute Umwelteigenschaften, einen vergleichsweise niedrigen Energieverbrauch und nur geringen Verlust bei der eingesetzten Reinigungssubstanz aus. Mit der Pilotanlage kommen jetzt die chemische Langzeitstabilität dieser Substanz und die Effektivität des Prozesses unter realen Kraftwerksbedingungen auf den Prüfstand. Parallel dazu wird die Technologie hinsichtlich ihres Energiebedarfes weiter optimiert.

Betrieb bis Ende 2010

Die Pilotanlage wird mit einer Teilmenge aus dem Rauchgas von Block 5 gefahren. E.ON Kraftwerke und Siemens beabsichtigen, die Testanlage am Standort des Kraftwerks Staudinger bis Ende 2010 zu betreiben.

Das Vorhaben wird vom Bundeswirtschaftsministerium im Rahmen der COORETEC-Initiative gefördert. Sie ist Teil des 5. Energieforschungsprogramms „Innovation und Neue Energietechnologien“ der Bundesregierung und fördert die Forschung und Entwicklung CO2-emissionsarmer Kraftwerkstechnologien.

Beste Voraussetzungen

„Aufgrund der umfassenden Erfahrung sowohl bei der chemischen Prozessentwicklung als auch im Kraftwerksbau verfügt Siemens über beste Voraussetzungen für die erfolgreiche Entwicklung eines effizienten CO2-Abscheideverfahrens“, sagte Michael Süß, CEO der Division Fossil Power Generation von Siemens Energy. „Die Ergebnisse und Betriebserfahrungen aus der Pilotanlage bilden die Basis für große Demonstrationsanlagen, die ab Mitte des nächsten Jahrzehnts den Betrieb aufnehmen sollen.“

Wichtiger Schritt

„Als einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz plant E.ON die großtechnische CO2-Abscheidung und -Speicherung für Kohlekraftwerke ab 2020. Der Betrieb dieser Pilotanlage gemeinsam mit Siemens ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg“, sagte Gerhard Seibel, der für den Neubau bei E.ON Kraftwerke verantwortliche technische Geschäftsführer.

Der Siemens-Sektor Energy ist der weltweit führende Anbieter des kompletten Spektrums an Produkten, Dienstleistungen und Lösungen für die Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung sowie für die Gewinnung, die Umwandlung und den Transport von Öl und Gas. Im Geschäftsjahr 2008 (30. September) erwirtschaftete der Sektor Energy einen Umsatz von rund 22,6 Mrd. EUR und erhielt Aufträge in einem Umfang von rund 33,4 Mrd. EUR. Das Ergebnis betrug 1,4 Mrd. EUR. Im Sektor Energy arbeiteten zum 30. September 2008 rund 83.500 Mitarbeiter.

Spezialist im Konzern

E.ON Kraftwerke ist im E.ON-Konzern der Spezialist für Planung, Bau und Betrieb von Kraftwerken auf Kohle- und Gasbasis. Die rund 4.500 Mitarbeiter von E.ON Kraftwerke und ihren Tochterunternehmen erwirtschafteten 2007 einen Umsatz von fast drei Milliarden EUR. Das Unternehmensziel ist, elektrische Energie klimaschonend, sicher und gleichzeitig wirtschaftlich zu erzeugen. Als großer und verantwortungsvoll handelnder Stromerzeuger arbeitet E.ON Kraftwerke daher beständig an der technischen Weiterentwicklung der Kohle- und Gaskraftwerke im Konzern. Eine kontinuierliche Verringerung der Emissionen ist ein Ergebnis dieser Anstrengungen. Derzeit betreibt E.ON Kraftwerke fast 50 Kraftwerksblöcke. Insgesamt verfügen diese Kraftwerke über eine Leistung von etwa 14.000 Megawatt und speisen jährlich rund 50 Milliarden Kilowattstunden in das öffentliche Stromnetz ein. Derzeit verfolgt E.ON Kraftwerke 20 Kraftwerksprojekte in Europa mit einer projektierten Kraftwerksleistung von rund 15.000 MW.

Weitere Informationen unter: www.eon-kraftwerke.com ❐

Telekom und E.ON Bayern:

Gefragter Service für Bauherren

Die Deutsche Telekom AG und die E.ON Bayern AG arbeiten bei der Erstellung von gemeinsamen Strom- und Telefonhausanschlüssen eng und erfolgreich zusammen. Mittlerweile konnten die Partner den 50.000. Anschluss verbuchen. Bauherren erhalten zu ihrem Stromanschluss auch den Telekom-Anschluss sozusagen „aus einer Hand“ vom regionalen Energiedienstleister E.ON Bayern geliefert. Alle Anschlüsse im Rahmen dieses Kooperationsvertrages erfolgen über Erdverkabelung.

Die im Jahr 2002 geschlossene Vereinbarung gilt für das gesamte Netzgebiet der E.ON Bayern AG in den Regionalleitungen Oberbayern, Oberfranken, Ostbayern und Unterfranken. E.ON Bayern verlegt parallel zum eigenen Stromkabel die Telekom-Erdkabel von der Straße oder Grundstücksgrenze bis ins Haus und montiert auch die Telefonbuchse in Absprache mit dem Bauherrn. Der Kunde muss später beim Einzug nur noch den Auftrag für die Freischaltung des Anschlusses erteilen. Die Bauherren bzw. Bauträger ersparen sich mit dieser Dienstleistung durch E.ON Bayern die oft aufwendige Koordination Stromanschluss/Telekommunikation. ❐

E.ON Bayern

Umweltpreis 2009

E.ON Bayern
Umweltpreis 2009

E.ON Bayern Vertrieb fühlt sich dem Umweltschutz und insbesondere einer umweltgerechten Energieversorgung verantwortlich. Daher fördern wir ökologische Leistungen von Kommunen, Kirchen, Vereinen, Initiativen und Unternehmen in Bayern. Ziel ist es, innovative, energiesparende und umweltschonende Projekte zu unterstützen.

Der von E.ON Bayern Vertrieb mit 250.000 Euro dotierte Umweltpreis wird 2009 zum fünften Mal vergeben.

Einsendeschluss ist der 31. März 2009.

Bewerbungsunterlagen und weiterführende Informationen finden Sie unter www.eon-bayern-vertrieb.com.

e·on | Bayern

Energiesparen:

Modernste Erdgas-Anwendungs-Technik macht's möglich!

erdgas schwaben unterhält fast 5000 Kilometer Erdgas-Netz in Schwaben; 165 Städte und Gemeinden profitieren davon und können ihren Bürgern, Betrieben und Gewerbetreibenden Erdgas anbieten. Rund 13 Millionen Euro fließen 2009 in den Ausbau und die Sanierung des Erdgasnetzes. Bis zu 20 Gemeinden sollen 2009 neu an das Erdgasnetz angeschlossen sein. Denn Erdgas ist bei Bauherren nach wie vor die Wunschenergie Nummer eins.

Dank modernster Erdgas-Anwendungstechnik kann Energie und Geld gespart und dabei die Umwelt geschont werden. erdgas schwaben gibt hierzu folgende Tipps:

- Ersetzen Sie eine veraltete Heizungsanlage durch moderne Erdgas-Brennwerttechnik und sparen Sie bis zu 40 %!
- Klare Kostenvorteile bei der Warmwasserbereitung bietet die Kombination von Erdgas und Solar. Durch Nutzung von Sonnenkraft sparen Sie bei der Warmwasserbereitung bis zu 60% Energie.
- Machen Sie Ihr Haus zum Erdgas-Komfort-Haus, und betreiben Sie außer Ihrem Herd auch Wäschetrockner, Grill, Kamin und Sauna kostengünstig mit Erdgas aus der Erdgassteckdose. Voraussetzung ist ein Leitungsnetz, das auch nachträglich verlegt werden kann.
- Ein Muster an Energieeffizienz ist die Erdgas-Wärmepumpe. Mit ihr wird die Umgebungswärme zum Heizen und Kühlen genutzt.
- Ab der Größenordnung 2- bis 3-Familienhaus sollten Sie prüfen lassen, ob ein Blockheizkraftwerk (BHKW) für Sie Sinn macht. Ein Erdgas betriebenes Mini-BHKW garantiert extrem niedrigen Energieverbrauch. BHKWs sind kleine Kraftwerke, die Wärme für Heizung und Warmwasser produzieren, während ein integrierter Generator Strom erzeugt. Keine Heiztechnik arbeitet wirtschaftlicher, deshalb fördert erdgas schwaben Ihr BHKW und der Staat bietet das Förderprogramm der BAFA.

Vorbildliche Öko-Bilanz

Jede Erdgas-Technik ist mit CO2-neutralem Bio-Erdgas kombinierbar. Zu Erdgasqualität veredeltes Biogas kann wie fossiles Erdgas eingesetzt werden und hat eine vorbildliche Ökobilanz: Biogas entsteht durch Vergärung, dabei wird nur so viel CO2 freigesetzt wie von den Pflanzen während ihres Wachstums aufgenommen wurde. So wird Energie gewonnen, ohne die Umwelt mit zusätzlichem CO2 zu belasten. Dies trägt zum Klimaschutz bei.

In und für die Region

Auf Bio-Erdgas, produziert in der Region für die Region, setzt auch erdgas schwaben und investiert jährlich über 10 Millionen Euro in Bio-Energieprojekte. Aus heimischen Rohstoffen vor Ort gewonnene Bio-Energie kommt der Umwelt zugute, schafft Arbeitsplätze und garantiert mehr Unabhängigkeit von Importen. ❐

Landgericht urteilt zu Gunsten von erdgas schwaben:

Klage im § 315-Prozess erfolgreich

Die zweite Kammer für Handelssachen des Landgerichts Augsburg beurteilte die Preiserhöhungen vom 01.10.2004 bis 01.10.2006 als korrekt.

Zehn Beklagte haben auf Grundlage von § 315 BGB die Preiserhöhungen nicht bzw. teilweise nicht bezahlt. Am 27.01.2009 verurteilte das Landgericht die Beklagten zur Zahlung der offenen Beträge. Das Urteil ist wirksam und in einem Monat rechtskräftig.

In der Urteilsbegründung heißt es, dass mit der auszugsweisen Offenlegung des Gaslieferungsvertrags erdgas schwaben über die Anforderungen an die Offenlegungspflicht hinaus geht, die der Bundesgerichtshof (BGH) aufgestellt hat. Somit hat erdgas schwaben schlüssig bewiesen, dass die Preiserhöhungen korrekt waren. ❐

N-ERGIE Aktiengesellschaft:

Neue Wege bei der Energiebeschaffung

Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise ist Vertrauen ein entscheidender Erfolgsfaktor. Die N-ERGIE Aktiengesellschaft ist ein erfahrener und verlässlicher Partner auf Augenhöhe, der flexible, passgenaue Energiebeschaffungskonzepte für Unternehmen und Weiterverteiler entwickelt. Damit gelingt es, die Chancen des liberalisierten Energiemarktes zu nutzen und Risiken zu kontrollieren.

SPOT INDEX: Stromeinkauf auf dem Spotmarkt

Bei der E-world 2009 in Essen präsentierte der Nürnberger Energieversorger erstmals SPOT INDEX. In der Vergangenheit lagen die Strompreise am Spotmarkt oft unter denen des Terminmarkts. SPOT INDEX ermöglicht Unternehmen mit einem Jahresbedarf von über 20 Gigawattstunden den komplett vom Terminmarkt abgekoppelten Stromkauf.

Transparente Preisformel

Die N-ERGIE beschafft die erforderliche Strommenge am Spotmarkt handelstäglich jeweils einen Tag vor der Belieferung. Diese ist als Fahrplan, Vollstrom- oder auch als Reststromversorgung möglich. Die transparente Preisformel basiert auf den Durchschnittswerten der veröffentlichten Base- und Peaknotierungen.

Unternehmen, die nicht einseitig auf den Spotmarkt setzen wollen, haben bei der N-ERGIE die Möglichkeit SPOT INDEX mit stark risikostreuenden Angeboten zu kombinieren. Beispielsweise mit SMART INDEX: Hier wird der Strom am Terminmarkt nicht zum Stichtag, sondern innerhalb eines vereinbarten Zeitraums zu vielen Zeitpunkten beschafft. Dabei richtet sich die gekaufte Strommenge nach dem Preis. Bei niedrigem Preisniveau wird also eine größere Menge beschafft als bei hohen Marktpreisen. Ein Baukastensystem sieht eine ganze Palette individueller Steuerungsmöglichkeiten vor, wie z.B. die Festlegung der täglichen maximalen und minimalen Beschaffungsmenge oder aber die Beschaffung einer Teilmenge über den Spotmarkt.

ERDGAS PLUS: Chancen der Gasbörse nutzen

Seit 2008 eröffnet die Gasbörse neue Wege der Gasbeschaffung. Jedoch gelingt es mit den dort verfügbaren Produkten meist nicht, die zu beschaffende Erdgasmenge flexibel dem Produktionsbedarf anzupassen. Hier setzt ERDGAS PLUS an, das für Unternehmen mit einem Jahresverbrauch ab 20 Gigawattstunden konzipiert wurde: Bei ERDGAS PLUS bezieht der Kunde bis zu 50 Prozent seines Lastprofils als Jahres- oder Quartalsbänder an der Börse. Dabei entscheidet er, ob er die Bänder in Eigenregie, über einen Händler oder über das Handelstelefon der N-ERGIE beschaffen will. Auch den Zeitpunkt der Beschaffung bzw. die Termine des Einkaufs, die bis zu drei Jahre vor der Belieferung liegen können, wählt der Kunde nach eigenem Ermessen. Dabei sind sogar geringfügige Überdeckungen zulässig.

Die Beschaffung der stark strukturierten Restmenge übernimmt die N-ERGIE ebenso wie das gesamte Bilanzkreis- und Fahrplanmanagement. Beim Arbeitspreis für die Restmenge wählt der Kunde zwischen den Alternativen Festpreis und Ölpreisformel. Mit ERDGAS PLUS nutzt der Kunde die neuen Chancen der Erdgasbörse ohne auf die Sicherheit der Vollversorgung zu verzichten.

Risiken bei der Strombeschaffung kontrollieren

Zur E-world 2008 führte die N-ERGIE für Unternehmen ab 20 Gigawattstunden Jahresbedarf SMART FOLIO ein. Drei Bausteine sorgen hier für Risikostreuung: Niedrige Strompreise an der Börse gehen über „Limit Order" in das Portfolio ein. Der Kunde hat dabei Zugang zum Intradayhandel der Börse. Ein Kohleband sichert Unabhängigkeit von den Preisschwankungen der Strombörse. Der dritte und größte Baustein sieht die Beschaffung innerhalb eines vereinbarten Zeitraums zu vielen unterschiedlichen Zeitpunkten vor, und zwar so, dass bei niedrigem Preisniveau eine größere Menge gekauft wird als bei hohen Marktpreisen.

Ein weiteres innovatives Produkt – LIMIT INDEX – verbindet für Kunden mit einem Strombedarf ab 50 Gigawattstunden die variable Strombeschaffung je nach Preisentwicklung der Strombörse mit einer nach oben limitierten Preisgrenze. Damit erhält der Kunde Preis- und Planungssicherheit ganz ohne Aufpreis.

Zugang zur Strombörse

Die N-ERGIE bezieht ihren Strom über das Energiehandelsunternehmen SYNECO GmbH und Co. KG, an dem sie auch beteiligt ist. Das erfolgreiche Handelshaus besitzt den Status eines zertifizierten Finanzdienstleisters. Diese Allianz verschafft den Kunden der N-ERGIE den Zugang zu allen europäischen Börsen. ❐

Zweite Preissenkung in diesem Jahr bei E.ON Bayern Vertrieb

Gesamtentlastung für Privatkunden um durchschnittlich rund 336 Euro brutto pro Jahr

Regensburg - Die E.ON Bayern Vertrieb GmbH senkt zum zweiten Mal in diesem Jahr die Erdgaspreise für Privat- und kleinere Gewerbekunden: Nach rund 4 Prozent zum 1. Februar fallen die Preise am 1. April um weitere 16 Prozent.

Der Preis pro Kilowattstunde reduziert sich ab Februar zunächst um 0,35 Cent brutto pro Kilowattstunde und sinkt im April um weitere 1,33 Cent brutto - insgesamt also ein Preisrückgang um 1,68 Cent brutto pro Kilowattstunde. Die Entlastung für Erdgaskunden von E.ON Bayern Vertrieb durch die beiden Preissenkungen liegt bei rund 19,4 Prozent und entspricht ab dem 1. April einer jährlichen Ersparnis von rund 336 Euro brutto für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden.

„Wie versprochen geben wir niedrigere Beschaffungskosten unmittelbar an unsere Kunden weiter", sagte Otmar Zisler, Geschäftsführer von E.ON Bayern Vertrieb. Hintergrund dafür sei die Ölpreisbindung, nach der die Gaspreise der Ölpreisentwicklung mit einer Verzögerung von durchschnittlich sechs Monaten folgen. „Die seit dem letzten Herbst andauernde Entspannung am Ölmarkt schlägt im Frühjahr voll auf unsere Beschaffungskosten für Erdgas durch. Und selbstverständlich nutzen wir die Vorteile im Einkauf, um unsere Kunden deutlich zu entlasten", so Zisler.

Zudem komme die Entlastung für Kunden von E.ON Bayern Vertrieb deutlich früher als bei zahlreichen Wettbewerbern. „Mit der ersten Preissenkung zum 1. Februar gehören wir zu den Vorreitern im Markt. Und auch im Hinblick auf die deutliche Preissenkung im April sind wir mit die ersten", hob Zisler hervor.

Die Ölpreisbindung schützt vor kurzfristigen extremen Preisausschlägen, wie sie beispielsweise durch die Verknappung des Gasangebotes während der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine zu erwarten gewesen wären. Ohne die Ölpreisbindung wäre eine Verteuerung der Endkundenpreise bei Lieferengpässen sehr wahrscheinlich. „Die Ölpreisbindung wird oft gescholten, aber gerade die Situation zu Jahresbeginn zeigt deutlich, dass sie unsere Kunden vor kurzfristigen Preisausschlägen wirksam schützt."

Verlass auch in Krisenzeiten

Zisler wies darüber hinaus darauf hin, dass Kunden von E.ON Bayern Vertrieb sich auch in Krisenzeiten auf eine sichere Versorgung mit Erdgas verlassen könnten. Das habe der Januar gezeigt, in dem Erdgas in Europa ein sehr knappes Gut gewesen sei. „Unsere Kunden haben von dem so genannten Gasstreit nichts gespürt, weil wir eng mit den großen Erdgasimporteuren, insbesondere E.ON Ruhrgas, zusammenarbeiten, die unsere Erdgasversorgung durch langfristige Lieferverträge mit Produzenten aus mehreren Ländern sichern, und weil wir über große Speicherkapazitäten verfügen", so Zisler. ❐

Windkraft trotzt der Wirtschaftskrise

OSTWIND startet mit neuem Großprojekt ins Jahr 2009

Die in Regensburg, Straßburg und Prag ansässige OSTWIND-Gruppe hat sich für 2009 viel vorgenommen. „Wir werden alles tun, damit das Windjahr 2009 kein 'Jahr der schlechten Nachrichten ' wird", kündigten Gisela Wendling-Lenz und Ulrich Lenz, die OSTWIND-Unternehmensleitung, bei der Vorstellung ihres neu ans Netz gegangenen Windparks „Cottbus Halde" an.

In der traditionsreichen Kohleregion Brandenburgs hat das Regensburger Familienunternehmen ein Stück Energiezukunft realisiert: 14 Windkraft-Anlagen mit 28 MW Leistung geben der vom Bergbau geprägten Landschaft ein modernes Gesicht - und neue Energie.

Mit dem Projekt hat OSTWIND gleichzeitig die 500-MW-Marke überschritten. In den 15 Jahren ihres Bestehens hat die Firmengruppe 50 Windparks mit insgesamt 376 Anlagen und einer Leistung von 503 MW geplant, gebaut und an das öffentliche Stromnetz angeschlossen. 300.000 Haushalte können daraus mit klimafreundlichem Strom versorgt werden.

Konkrete Genehmigungen

Doch OSTWIND will nicht nachlassen: Immerhin hat das Unternehmen derzeit in Deutschland, Frankreich und der Tschechischen Republik mehr als 1.000 MW in Planung. Für Windparks mit über 100 MW liegen konkrete Genehmigungen vor, so dass in absehbarer Zeit mit deren Baubeginn zu rechnen ist.

Planungssicherheit

„Wir sind guten Mutes, dass die Windkraft der Wirtschaftskrise trotzen kann", folgerte Gisela Wendling-Lenz aus dem erfolgreichen Start ins neue Jahr. Dazu trage auch das Inkrafttreten des neuen EEG zum 1. Januar und die dadurch geschaffene Planungssicherheit bei.

„Gleichzeitig entdecken immer mehr Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden, Städte und Regionen, dass die Nutzung der Windkraft eine neue Energiequelle direkt vor der Haustür und 'in eigener Hand' darstellt", ergänzte die OSTWIND-Unternehmerin. ❐

„Energieeffiziente Modernisierung der Straßenbeleuchtung“:

Paradebeispiel Friedberg

Moderne Straßenbeleuchtung soll dem Klimaschutz dienen, das Stadtbild verbessern, und am Besten auch noch die chronisch leeren Gemeindekassen entlasten. Wie das geht? Dieser Frage ist das Augsburger bifa Umweltinstitut in einem Pilotprojekt am Beispiel der Stadt Friedberg bei Augsburg nachgegangen. Projektpartner waren der Lampenhersteller OSRAM, der Leuchtenhersteller SITECO und der Stromversorger LEW.

Die Zusammenarbeit am konkreten Beispiel führte alle Beteiligten zu neuen Einsichten, von denen jeder profitieren wird. Zugleich haben sie während des Projekts begonnen, gemeinsam an neuen Produktentwicklungen zu arbeiten, die künftig noch bessere Möglichkeiten für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung bieten werden. Herausgekommen ist der bifa-Leitfaden für Kommunen, der jetzt im Rathaus vorgestellt wurde. Danach müssen Straßenlaternen, die älter als 33 Jahre sind, unbedingt durch neue Modelle ersetzt werden, bei jüngeren Lampen ist häufig eine Umrüstung ausreichend.

Unter Zugzwang

Die Veranstaltung „Energieeffiziente Modernisierung der Straßenbeleuchtung“ stand ganz im Zeichen der weltweiten Diskussion um Energieeinsparung und damit verbundenen Klimaschutz. Der erste Bürgermeister der Stadt Peter Bergmair zitierte in seiner Begrüßungsrede Thomas Edison: „Wenn es einen Weg gibt, etwas besser zu machen - finde ihn.“ Er appellierte an die zahlreichen Gäste, sich um die Erneuerung der Straßenbeleuchtung Bayerns verdient zu machen. An der Technik der Glühbirne habe sich seit Edisons bahnbrechender Erfindung fast nichts mehr verändert. Deshalb sei es an der Zeit, die Abschaffung der klassischen Glühbirnentechnik zu forcieren und auf effizientere Leuchtmittel umzusteigen.

Die Veranstaltung stieß bei Bürgermeistern aus der Region auf große Resonanz. Sie alle stehen unter Zugzwang, weil nach einer EU-Verordnung (EuP-Richtlinie) bis spätestens 2015 veraltete Technologien wie Quecksilberdampflampen vom Markt genommen werden müssen. In seiner Eröffnungsrede bedankte sich Dr. Hans-Christian Steinmetzer vom Umweltministerium bei der Stadt Friedberg dafür, dass sie deshalb „Versuchskaninchen“ gespielt habe.

Das Licht soll weiß bleiben

In der Friedberger Altstadt wurden bis jetzt 30 Leuchten für ca. 17.000 Euro umgerüstet. Für 2009 hat der Stadtrat weitere 200.000 Euro bereitgestellt. Eine Kompletterneuerung der öffentlichen Beleuchtung ist zwar nicht finanzierbar, doch insgesamt 2.735 der knapp 3.900 Lichter müssen in den nächsten Jahren ausgetauscht werden.

„Bei der Wahl der neuen Leuchten stand von Anfang an fest: Das Licht soll weiß bleiben“, erzählte Baureferent Carlo Haupt. Durch Umsetzung des Modernisierungskonzepts wird die Stadt jährlich 320.000 Kilogramm CO2 weniger erzeugen und 560.000 Kilowattstunden Strom sparen.

Hohes Einsparpotenzial

Siegfried Kreibe, Geschäftsführer des bifa-Umweltinstituts und Projektleiter gibt sich überzeugt: „Wenn alle Kommunen eine Beleuchtung wie in Friedberg hätten, dann ergäbe sich in Bayern ein jährliches Einsparpotenzial von 130.000 Tonnen Kohlendioxid.“ Die EU-Richtlinie, die baldige energetische Sanierungsmaßnahmen von ineffizienter Straßenbeleuchtung fordere, werde zur Herausforderung für Kommunen.

Kreibe kommt zu folgendem Projektergebnis: „Wir konnten voneinander lernen und ein besseres Verständnis für die Sichtweise des jeweiligen Partners gewinnen.“ Wichtig sei für alle Beteiligten gewesen, dass neben der Erzielung von Einsparungen auch die Qualität der Beleuchtung verbessert werden musste.

Alfred Wacker von OSRAM erklärte die europaweiten Einsparpotentiale, die sich aufgrund der neuen Gesetze für die Kommunen ergeben, anhand einiger Beispiele. Bei moderner Bürobeleuchtung (1 Mrd. Lampen) könne die jährliche CO2-Entlastung acht Mio. Tonnen betragen, bei Einbau von Energiesparlampen statt der 2,1 Mrd. verkauften Glühlampen 23 Mio. Tonnen. Wacker verwies dabei auf die Vorteile der LED-Technologie. Sie ist quecksilberfrei, hat eine lange Lebensdauer und verfügt über ein riesiges Einsparpotential (bei Umrüstung 40 % Einsparung, bei Erneuerung 70 %).

LED-Leuchten

Karl Schneider von SITECO Beleuchtungstechnik widmete sich der Frage, wie Kommunen durch moderne Lampen und Leuchten sparen können: Ein Drittel der Straßenbeleuchtung in Deutschland ist älter als 20 Jahre, ineffiziente Lampen und Leuchten sind weit verbreitet. „Das Licht strahlt nach oben ab, wird aber auf der Straße benötigt.“ Ziel ist die Senkung des Energieverbrauchs um zwei Drittel. Dies sei realistisch, wenn man sich von der herkömmlichen natriumbedampften Lampe hin zum hochmodernen LED-Lichtmanagementsystem, der Zukunftstechnologie bei der Straßenbeleuchtung, bewege.

Bei LED-Leuchten ist jeder Lichtpunkt einzeln ansteuerbar und bringt Licht nach Bedarf. Das Licht kann präzise gelenkt werden, es gibt grenzenlose Möglichkeiten der Lichtgestaltung (sowohl gelbes wie auch weißes Licht), LED-Leuchten sind vibrations- und stoßfest und bieten insektenfreundliches Licht. Durch moderne Spiegeltechnik lässt sich die Straße gleichmäßig ausleuchten. Schneider weist auf einen weiteren wichtigen Punkt hin: „Gutes Thermomanagement ist überlebenswichtig für LED-Leuchten. Die Temperatur ist entscheidend“. Bei 95 °C habe die Leuchte eine Lebensdauer von 19.000 Stunden, während diese bei 75 °C schon auf 58.000 Stunden gesteigert werden könne. Welches Leuchtensystem letztendlich verwendet werde, bleibe dem Kunden überlassen.

Friedberg jedenfalls ist von der neuen zukunftsweisenden, aber noch sehr teuren Technologie überzeugt. Um sich mit ihr vertraut zu machen, sollen vor dem Hallenbad und der Stadthalle LED-Leuchten getestet werden. Die Stadt plant auch die Einführung eines Lichtmanagement-Systems, mit dem jede einzelne Leuchte individuell gesteuert werden kann und sofort gemeldet wird, wenn eine Lampe ausfällt.

Amortisation als Ziel

„In Friedberg sind heute schon mehr als 500 Leuchten älter als 35 Jahre, bei weiteren 400 Laternen ist es bald soweit“, beschreibt Andreas Marschall von der LEW Netzservice die Situation vor Ort. Dabei machen Quecksilberdampflampen in der Stadt noch immer einen Beleuchtungsanteil von 45 % aus. Diese gelte es zu ersetzen mit dem Ziel, eine Amortisation durch Energieeinsparung innerhalb von zehn Jahren zu erreichen. Marschall kann in diesem Zusammenhang auch mit aktuellen Zahlen des LEW-Energieeffizienzprogramms aufwarten: Bis heute wurden im Netzgebiet in 125 Gemeinden 20.800 Straßenleuchten mit Energiesparlampen ausgerüstet. Dies führt zu einer jährlichen Einsparung von rund 5 Mio. KWh und einer Vermeidung von 2.850 Tonnen CO2.

Individuelle Klärung nötig

Bernhard Gerstmayr vom bifa-Institut beschäftigt sich mit der Finanzierung. „Es lässt sich festhalten: ohne externe Begleitung ist eine Umrüstung fast nicht möglich.“ Contracting sei aber kein Königsweg. Es müsse immer individuell geklärt werden, ob die Finanzierung aus dem Haushalt oder über Contracting erfolge. Manchmal sei es auch besser, nur Teilbereiche wie Beleuchtung, Lichtlieferung oder Einsparung einem Contracter zu überantworten. Bei der Partnersuche sollten möglichst viele Gespräche geführt werden. Wichtig bei der Bewertung sei die Berücksichtigung des Restwertes der Leuchten, die im Schnitt eine Lebensdauer von 33 Jahren hätten. **dsp**

V. l.: Bernhard Reith, Landrat Leo Schrell, Stephan Jessl, Roswitha Dehler, Günther Ballis und Wolfgang Gall. Bild:-jdt-

Spatenstich für Biomasseheizwerk in Höchstädt:

Keine „Öko-Romantik“

Vertrag mit AG Biber Biomasse GmbH / Erdgas Südbayern Wärme GmbH - Kosten: 1,8 Millionen Euro

Höchstädt (jdt). Weiter vorangekommen ist der Landkreis Dillingen in dem seit Jahren verfolgten Ziel, seine Kreiseinrichtungen nach und nach bei der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen.

Landrat Leo Schrell hob beim Start zum Biomasseheizwerk für das neue Schülerheim der Berufsschule Höchstädt und die Berufsschule selbst den besonderen Rang dieser Schwerpunktaufgabe des Landkreises hervor. Hier handle es sich, so Schrell mit besonderem Nachdruck, um „Öko-Romantik“. Vielmehr werde der Landkreis mit seinen wichtigen Beiträgen zum Umwelt- und Klimaschutz seiner Vorbildfunktion gerecht.

Bei dem Spatenstich zum Biomasseheizwerk bekräftigte Landrat Schrell: „Regenerative Energie ist aus ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen die Energie der Zukunft“. Die neue Anlage in der Schulstadt Höchstädt mit ihren teilweise überregional bedeutsamen schulischen Einrichtungen wird von der Arbeitsgemeinschaft Biber Biomasse GmbH/Erdgas Südbayern Wärme GmbH errichtet und betrieben. Rund 1,8 Millionen Euro betragen die Investitionskosten.

Landrat Schrell konnte zu dem Beginn der großen Baumaßnahme Geschäftsführer Stephan Jessl von der Biber Biomasse GmbH (Geiselhöring), Geschäftsführer Bernhard Reith (Erdgas Südbayern Wärme GmbH, München), in Vertretung der Höchstädter Bürgermeisterin Hildegard Wanner den Kreisrat Günther Ballis, Schulleiter Wolfgang Gall und Internatsleiterin Roswitha Dehler begrüßen.

Schrell wies auf die für den Landkreis günstige Verwirklichung des Holzheizwerkes mit einer Gesamtleistung von 1100 kW und modernster Technik hin. Dazu gehört auch ein Elektrofilter zur Rauchgasreinigung. Der Brennstoffbedarf beträgt jährlich rund 530 Tonnen Holz. Betont wurde, dies sei ein örtliches Konjunkturprogramm, mit der Nutzung von Wald- und Sägerestholz aus der Region; bei der Energieerzeugung aus Hackschnitzeln.

Die Geschäftsführer Stephan Jessl und Bernhard Reith erläuterten das Projekt, bei dem zukunftsweisende Wege beschritten würden. Zugleich werde gerade auch der jungen Generation beispielgebend demonstriert, wie man heimische Energiequellen zum Umwelt- und Klimaschutz verwenden könne.

Vertrag auf 20 Jahre

Der Wärmelieferungsvertrag mit der Arbeitsgemeinschaft „Biber-Biomasse + Erdgas Südbayern Wärme GmbH“ gilt für 20 Jahre mit dem Landkreis Dillingen . Der umfassenden Umstellung der Heizungen der Kreiseinrichtungen für erneuerbare Energien liegen gründliche Untersuchungen über einen längeren Zeitraum zugrunde. Damit beauftragt war vom Landkreis die Firma Karmann Facility Management Consulting, Wertingen, in den Bereichen Höchstädt, Lauingen und Dillingen. ❐

Neu bei esb.de:

Online-KundenCenter und Online-Tarif

Sparen Sie sich warm! Unter diesem Motto bietet Erdgas Südbayern ihren Kunden erneut eine Möglichkeit für preiswertes Erdgas: Über das neue Online-KundenCenter kann ab sofort auch ein günstiger Online-Tarif klick&spar gewählt werden.

Seit Anfang Januar hat das neue Online-KundenCenter von Erdgas Südbayern geöffnet – und bleibt jetzt auch 365 Tage im Jahr rund um die Uhr servicebereit. Das interessanteste Angebot: Der Online-Tarif klick&spar, mit dem sich pro Jahr 24 Euro vom Grundpreis sparen lassen.

klick&spar kann von allen ESB-Kunden genutzt werden, egal ob in der Grundversorgung, im Vario-Preissystem oder im kürzlich aufgelegten Festpreisangebot ESB-SparFix. Martin Heun, Leiter Handel und Vertrieb bei der ESB: „Wenn ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 25.000 Kilowattstunden, seinen Vario-Vertrag mit einem fünfjährigen Partnerbonus und dem Online-Tarif klick&spar kombiniert, spart er gegenüber der Grundversorgung über 250 Euro im Jahr.“

Der Weg zum neuen Online-Tarif dauert nur wenige Klicks. Zunächst unter www.esb.de/privatkunden im Online-KundenCenter anmelden, dann den persönlichen Zugang aktivieren lassen und schließlich den Online-Tarif klick&spar wählen.

Außer dem Online-Tarif bietet das neue Online-KundenCenter noch weitere nützliche Funktionen. Neben der Verwaltung eigener Daten und der Meldung des Zählerstands können zum Beispiel auch aktuelle Verbrauchsdaten eingesehen werden. „Unsere Kunden haben hier Zugang zu allen ihren Rechnungen. Darüber hinaus kann der aktuelle Verbrauch mit Hilfe einer übersichtlichen Grafik mit dem der Vorjahre verglichen werden. Zum Beispiel sollte nach einer energetischen Sanierung deutlich weniger Erdgas verbraucht werden“, erläutert Heun.

Seit dem Start des Online-KundenCenter im Januar haben sich bereits rund 1.000 Kunden dort angemeldet und über 3.000 Transaktionen durchgeführt. „Viele dieser Kunden haben unseren zusätzlichen Internetservice gelobt. Begrüßt wird zum Beispiel die noch einfachere Übermittlung des Zählerstandes. Das zeigt uns, dass wir unsere Hausaufgaben richtig gemacht haben“, freut sich Heun.
Mit dem neuen Online-KundenCenter hat Erdgas Südbayern auf die Wünsche ihrer Kunden reagiert. Bei einer Umfrage über den Internetauftritt wurde dieser grundsätzlich gut bewertet, jedoch regten die Teilnehmer auch mehr Online-Service an. Heun: „Diesen Verbesserungsvorschlag haben wir aufgegriffen und mit klick &spar gleich noch eins drauf gesetzt.“ ❐

Kathi surft mit Papas Strom …

… aus dem Erdgas-Heizkraftwerk im Keller!

Die neuen Blockheizkraftwerke im Miniformat versorgen Sie nicht nur mit Wärme, sondern auch mit Strom.

Werden auch Sie Ihr eigener Stromversorger!

Alle Informationen und Beratung zum kleinen Kraftwerk mit großer Leistung erhalten Sie von Ihrem Kundenberater unter: **01801/56 57 58**

(3,9 Cent/Minute im deutschen Festnetz der Telekom, abweichender Mobilfunktarif)

ESB Erdgas Südbayern

Erdgas Südbayern GmbH • Ungsteiner Straße 31 • 81539 München • E-Mail: info@esb.de • Internet: www.esb.de

Kernkraftwerk Gundremmingen:

Energieversorgungsmix sichern

Rückblick im Kernkraftwerk Gundremmingen auf ein „sehr gutes Jahr“
Vor dem 25. Jubiläum der Blöcke B und C

Gundremmingen (jdt). Auf die hervorragende Bedeutung des Kernkraftwerks Gundremmingen für die sichere Energieversorgung und als krisensicherer Arbeit- und Auftraggeber wurde während der Pressekonferenz mit der Vorstellung der Jahresbilanz 2008 von den Geschäftsführern Dr. Helmut Bläsig und Christoph Quick hingewiesen.

Hervorgehoben wurde, mit der klimafreundlichen Stromerzeugung in Gundremmingen seien rund 27 Prozent der bayerischen Stromproduktion gedeckt worden. Die beiden Blöcke hätten im Jahr 2008 rund 20.6 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt. Mit Genugtuung betonte der Technische Geschäftsführer Dr. Bläsig bei den Periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ) der Gesamtanlage sei ein ausgezeichnetes Sicherheitsniveau festgestellt worden: „Beide Blöcke liegen über dem von der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) international definierten Sicherheitslevel von Kernkraftwerksneubauten.“

Von Dr. Bläsig wurde das 25. Jubiläum der Blöcke B und C, die 1984 in Betrieb gingen, herausgestellt. Im Mittelpunkt stehen die offizielle Festveranstaltung am Freitag, 13. März im Günzburger Forum sowie ein „Nachbarschaftsfest“ am 12. Juli auf dem Sportgelände beim Kraftwerk. Zu diesem Ereignis werden die Einwohner der Region eingeladen.

Hohe Verfügbarkeit

Im Blick auf das gute Produktionsergebnis und die hohe Verfügbarkeit sprach Bläsig von einem „sehr guten Jahr 2008“. Erreicht habe man einen „Spitzenwert auch im internationalen Vergleich. Der Umwelt seien nicht weniger als etwa 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid (C0 2) erspart worden. Um einen ähnlichen positiven Effekt zu erzielen, müssten alle knapp sieben Millionen in Bayern zugelassenen Pkw fast eineinviertel Jahre stillgelegt werden.

Mit besonderem Nachdruck bekräftigte Dr. Bläsig, die aktuelle Diskussion über die Versorgungssicherheit zeige erneut, „dass wir uns einen Ausstieg aus unserem über viele Jahrzehnte bewährten Energieversorgungsmix in Deutschland nicht leisten können. Um ihn beizubehalten, brauchen wir zuverlässige und sichere Kernkraftwerke“.

Kräftige Investitionen

Für Revisionen, Wiederkehrende Prüfungen, Modernisierungen, vorbeugende Instandhaltungen und den Austausch von insgesamt 425 Brennelementen in beiden Blöcken des Kernkraftwerkes „habe man im Jahr 2008 über 60 Millionen Euro (ohne Brennstoffkosten) aufgewendet. Dr. Bläsig registrierte, dass im Block B im Vorjahr in 7568 Betriebsstunden bei einer Verfügbarkeit von 86,2 Prozent 10,2 Milliarden Kilowattstunden erzeugt worden seien. Im Block C seien es bei einer Verfügbarkeit von 88,1 Prozent 10,4 Milliarden Kilowattstunden gewesen.

Festgestellt wurde unter anderem, dass das Bundesverfassungsgericht Ende November 2008 die Verfassungsbeschwerden gegen das Standortzwischenlager verworfen habe. Damit sei endgültig die Rechtmäßigkeit von Genehmigung und Betrieb des Standortzwischenlagers in Gundremmingen auch durch das höchste deutsche Gericht bestätigt worden.

Als „von höchster Bedeutung für das Werk“ stufte Geschäftsführer Bläsig die kontinuierliche strahlenhygienische Überwachung des Kraftwerkes und der Umgebung ein. Wörtlich fügte er hinzu: „Die von unseren Kraftwerken abgegebenen Emissionen unterschreiten die zulässigen Grenzwerte jederzeit deutlich. Um das einmal einzuordnen: Bei jeder längeren Reise im Flugzeug werden die Passagiere einer deutlich höheren Strahlung ausgesetzt, als dies durch unsere Gesamtemissionen verursacht wird.“

Technologiezentrum

Dann ging Bläsig auf die Rückbauarbeiten im Reaktorgebäude des 1977 stillgelegten Blocks A ein. Diese seien 2008 mit der Demontage von Rohrleitungs- und Kabelsystemen sowie der Dekontamination von Gebäudestrukturen planmäßig fortgesetzt worden. Parallel zum Rückbau von Block A entstehe im ehemaligen Maschinenhausbereich ein Technologiezentrum. Dort werden etwa 25 Mitarbeiter beschäftigt.

Abschließend betonte Dr. Bläsig nochmals: „An der Kernenergie führt kein Weg vorbei.“ Wer auf den Schutzschild eines breiten Energiemix verzichte, gefährde den Industriestandort Deutschland und mache sich erpressbar. Neben dem Ausbau der Windenergie und der Biomasse-Nutzung müssten Kernenergie und Kohle weiterhin wichtige Energie-Säulen bleiben. Unverzichtbar blieben sachliche Diskussionen. In Deutschland müsse das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Von der Wirtschaftskraft des Kernkraftwerks Gundremmingen profitiere die nähere und weitere Umgebung, betonte Geschäftsführer Christoph Quick. Die am Standort Beschäftigten sorgten allein für ein Kaufkraftvolumen von über 50 Millionen Euro, das vorwiegend in die Region fließe. Hinzu kämen während der zwei Jahresrevisionen zusätzlich jeweils bis zu 2000 Fachleute in das Unternehmen, die für Essen, Trinken, Wohnen und Freizeit weitere rund 3,5 Millionen Euro in der Region ließen. Insgesamt gingen, so Quick, Jahr für Jahr über 100 Millionen Euro direkt über Löhne und Gehälter von Mitarbeitern und Fremdpersonal sowie von Aufträgen und Abgaben des Kernkraftwerkes in das Umfeld.

Region profitiert

2008 betrug das Bestell- und Auftragsvolumen aus dem Kernkraftwerk Gundremmingen an Fachfirmen für kontinuierliche Optimierungen, vorbeugende Instandhaltungs- und vorausschauende Erneuerungsmaßnahmen fast 150 Millionen Euro. Daneben waren 14 Millionen Euro erforderlich für Ausbaumaßnahmen wie das Technologiezentrum, Sicherheitsüberprüfungen und Modernisierungsprojekte. Insgesamt gab es hierfür über 51 Millionen Euro, die der Region zugute kamen.

Für das Jahr 2009 kündigte Quick Ausgaben des Kernkraftwerkes Gundremmingen von deutlich über 200 Millionen Euro an, davon allein rund 55 Millionen Euro für die Revisionen der Blöcke B und C sowie knapp 17 Millionen Euro für Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen. ❐

Bürgermeister Schantin (l.) und LEW-Monteur Lischinski setzen neue energiesparende Lampen ein. Bild: Zöpf/LEW

Umrüstung der Straßenbeleuchtung in Gersthofen:

Lechwerke setzen moderne Energiesparlampen ein

Förderung mit Mitteln aus LEW-Energieeffizienzprogramm

Die Lechwerke (LEW) tauschen in den nächsten Wochen 895 der noch vorhandenen alten Leuchtmittel in Gersthofen gegen moderne Energiesparlampen aus. Die neuen Leuchtmittel arbeiten etwa doppelt so effizient. Damit reduziert sich der Stromverbrauch für die Straßenbeleuchtung in Gersthofen pro Jahr um rund 200.000 Kilowattstunden. Dies entspricht mehr als 110 Tonnen klimaschädlichen Kohlendioxids, die in der Erzeugung vermieden werden.

„Durch den deutlich reduzierten Stromverbrauch wird außerdem der Haushalt von Gersthofen entlastet“, sagte Gersthofens Bürgermeister Jürgen Schantin bei einem Pressegespräch anlässlich des Starts der Umrüstarbeiten. Zusätzlich fördert LEW die Modernisierung der Straßenbeleuchtung mit Mitteln aus dem Energieeffizienzprogramm.

Investitionen machen sich bezahlt

Für die Stadt Gersthofen machen sich damit die Investitionen in die neue Technik in kurzer Zeit bezahlt. Neu installiert werden zum einen Natriumdampf-Hochdrucklampen. Sie sind am warmen, gelben Licht zu erkennen, das sie ausstrahlen.

Die Technik der bisher verwendeten Quecksilberdampf-Hochdrucklampen hat sich seit den Anfängen der elektrischen Straßenbeleuchtung kaum weiter entwickelt. Hinsichtlich ihrer Energieeffizienz entsprechen sie deshalb nicht mehr den heutigen Anforderungen.

Ausgetauscht werden auch Leuchtstoffröhren: Die neu installierten Lampen sind zusätzlich isoliert und erzielen gerade bei niedrigen Außentemperaturen eine wesentlich höhere Lichtausbeute. Eine Leuchtstoffröhre der neuen Generation kann deshalb zwei alte ersetzen. Alle ausrangierten Leuchten werden vollständig recycelt.

Enorme Stromeinsparung

LEW hat seit Mitte vergangenen Jahres in ihrem Netzgebiet die Straßenbeleuchtung von mehr als 115 Kommunen modernisiert: Durch die Umrüstung von bis dato 19.000 Straßenleuchten sparen die Kommunen insgesamt 4,6 Mio. kWh Strom pro Jahr ein. Dies entspricht 2.600 Tonnen Kohlendioxid. Im Rahmen des Energieeffizienz-Programms unterstützt LEW Kommunen unter anderem bei der Durchführung von Energiespar-Checks für öffentliche Gebäude und der Erstellung von Energieausweisen. ❐

Energiesparmesse in Schrobenhausen:

Intelligente Lösungen

Das Thema Energie ist aktueller denn je. Einen weiteren Beweis dafür lieferte die vierte Energiesparmesse der Aktion „Energie effizient einsetzen“. Rund 4500 Besucher kamen an einem Februarwochenende nach Schrobenhausen – ein neuer Besucherrekord.

Die Messe bot eine gute Gelegenheit, zu Themen wie Neubau, Modernisierung oder Sanierung von Altbeständen fachkundige Informationen von Energieberatern zu erhalten.

Die Aktion „Energie effizient einsetzen“ wurde in den vergangenen drei Jahren mit Fördermitteln der Europäischen Union aus Leader plus erfolgreich unterstützt. Die Weiterführung des Projekts ist jetzt durch das starke gemeinsame Engagement des Landkreises, der Städte Neuburg und Schrobenhausen sowie nicht zuletzt der mehr als 50 Partnerbetriebe aus der Wirtschaft für die nächsten zwei Jahre gesichert.

Katja Hessel, Staatssekretärin im bayerischen Wirtschaftsministerium, betonte bei ihrem Messebesuch, dass das Gebot der Stunde „erstens Energie einsparen, zweitens erneuerbare Energien ausbauen und drittens die Abhängigkeit von externen Energien abbauen“ heiße. Zwar habe Bayern bei der Nutzung von Biomasse, Wasserkraft, Sonnenenergie und Geothermie deutschlandweit bereits die Spitzenposition inne, jedoch „wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent des Verbrauchs steigern“. Der Anteil an der Stromerzeugung solle wiederum auf 30 Prozent steigen.

Dass Bayern mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem richtigen Weg ist, zeigt sich Hessel zufolge zunächst daran, dass die weltweiten Vorräte an Kohle, Erdöl und Gas begrenzt sind. Alternative Energiequellen seien lebensnotwendig. Zum anderen sei das Verbrennen fossiler Brennstoffe klimaschädlich. Zum Schutz der Umwelt und des Klimas müsse man auf belastungsfreie Energieträger umsteigen. Zudem böten neue Technologien große Chancen: Mit Innovationen, die auf bayerischem und deutschem Erfindergeist beruhen, könne der weltweite Energiehunger gestillt werden. Hier öffneten sich neue Märkte, was wiederum neue zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffe.

Hessel sprach sich dagegen aus, „dass Deutschland sich aus ideologischen Gründen in die Abhängigkeit von Strom aus dem Ausland begibt“. Auch in Zukunft gelte es, unabhängig zu bleiben. Es gehe darum, die Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen und für neue hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke zu sorgen. Im Gasbereich seien entsprechende Speicherkapazitäten zu schaffen. Geplante Projekte müssten beschleunigt umgesetzt werden. Insbesondere plädierte die Staatssekretärin dafür, „unsere modernen, sehr leistungsfähigen und sicheren Kernkraftwerke entsprechend ihrer technischen Nutzungsdauer länger am Netz zu lassen“. „Wir brauchen die Kernenergie im Bereich der Grundlast und als CO2-freie Brücke in ein neues Energiezeitalter, das maßgeblich auf neue Technologien und erneuerbare Energien setzt“, so Hessel.

Der Schirmherr der Energiesparmesse, Neuburg-Schrobenhausens Landrat Roland Weigert, verwies seinerseits auf die Entwicklung des Heizölpreises: „Das größte Potenzial steckt im Gebäudebestand. Wärmeschutz und effiziente Heizungs- und Warmwassersysteme sind die Grundbausteine für rationale Energienutzung, die dann auch noch regenerativ gedeckt werden kann.“ **DK**

Investitionen in die Kernkompetenz

Klinikum Nastätten kann dank Contracting mehr in krankenhaus- und pflegespezifische Technologien investieren

Das Stiftungsklinikum Mittelrhein besteht aus drei Kliniken und verfügt als Akademisches Lehrkrankenhaus der Johannes Gutenberg Universität Mainz über mehr als 600 Betten. Jährlich werden 17.500 Patienten stationär und 28.000 ambulant versorgt. Im dazu gehörenden Klinikum in Nastätten freut man sich seit Jahresmitte über frei gewordene Mittel für neue Investitionen in neue Technologien, weil man sich die Investitionskosten für eine neue Heizung gespart hatte.

Die alte Gasheizung war in die Jahre gekommen und musste ausgetauscht werden. Möglich war dies durch den Abschluss eines Energie-Contracting Vertrages mit der Südwärme AG, bei dem die Südwärme die gesamten Investitionskosten für die neue Heizungsanlage übernahm. Der Vertrag läuft über 15 Jahre und umfasst neben Finanzierung, Planung und Installation der Anlage, den eigenverantwortlichen Betrieb, inklusive Instandhaltung, Vollgarantiewartung und 24 Stunden-Fernüberwachung durch die Südwärme.

Das Klinikum bezahlt seit Inbetriebnahme im August nun einen vereinbarten Wärmepreis je abgenommene Kilowattstunde Wärme und ist das Risiko für die Heizungsanlage los. Dem wachsenden Kostendruck im Gesundheitswesen kann durch Energie-Contracting zumindest im Bereich der Wärmeerzeugung, erfolgreich Paroli geboten werden. Die Nutzfläche des Klinikums von 11.000 qm wird nun in der Grundlast durch eine Biomasseheizanlage (Holz-Hackschnitzel) und in Spitzenlast durch einen Öl-Niedertemperaturkessel beheizt. Dabei wird die Wärme zu 90 % aus Biomasse erzeugt. Die Holzhackschnitzel stammen aus heimischen Wäldern, so dass neben der deutlichen Einsparung an Heizkosten noch zusätzlich Arbeitsplätze in der Region gesichert werden können.

Partner des Klinikums

Die zuverlässige Lieferung des Brennstoffs erfolgt über das BiomasseEnergieNetzwerk eG, bei dem die Südwärme AG Mitglied ist. Partner des Klinikums ist das vor Ort bestens bekannte Südwärme Kompetenzzentrum, die Firma Maxeiner GmbH. Ein erfreulicher Nebeneffekt dieser neuen Heizungsanlage liegt in der drastischen Einsparung an CO2-Emissionen: Gegenüber der Altanlage wurden satte 92 % eingespart. In diesem Fall entsprechen die Einsparungen einem CO2-Austoß von 258 PKW mit einer jährlichen Fahrleistung von 15.000 km. ❐

Bundesverband Wärmepumpe:

Paul Waning weiterhin Vorstandsvorsitzender

Nach drei Jahren im Vorstand des Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V. wurde Paul Waning für eine weitere Amtszeit bis Ende 2011 als Vorsitzender des Vorstands bestätigt. Waning, der seit 2003 Vorstandsmitglied der Lechwerke AG (LEW) ist, wird weiterhin den bisher sehr erfolgreichen Ausbau von Marktanteilen für die Wärmepumpe vorantreiben.

Innerhalb der vergangenen drei Jahre ist die Zahl von Wärmepumpen im Netzgebiet der Lechwerke stark gestiegen und hat die angepeilten Ziele deutlich übertroffen: Allein 2008 wurden mehr als 1.000 Wärmepumpen neu installiert.

Absatz verfünffacht

„Der Absatz der Wärmepumpe hat sich bundesweit innerhalb von fünf Jahren verfünffacht“, so Waning. „Wir rechnen damit, dass sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Hohe Energiepreise, die geplante Verschärfung der Energieeinsparverordnung und das Marktanreizprogramm der Bundesregierung spielen dabei eine entscheidende Rolle.“ Europaweit werden jährlich knapp 400.000 Wärmepumpen abgesetzt.

Der Bundesverband Wärmepumpe e.V. hat seinen Sitz in Berlin. Im BWP sind Handwerker, Planer und Architekten, Hersteller und Energieversorgungsunternehmen organisiert, die sich für den verstärkten effizienten Einsatz von Wärmepumpen engagieren. ❐

Paul Waning. ❐

Heimische Energieversorgung als Vorzeigeprojekt

Fernwärme-Anschluss der Chambtal-Volksschule Weiding an Biogasanlage Dalking
Offizielle Inbetriebnahme mit Landrat Theo Zellner

Weiding. Sichtlich beeindruckt zeigten sich die Verantwortlichen sowie die Ehrengäste bei der offiziellen Inbetriebnahme des Fernwärme-Anschlusses der Chambtal-Volksschule Weiding an die Biogasanlage der Familie Weingärtner in Dalking. Zu dieser kleinen Feier- und Besichtigungsstunde konnte Bürgermeister und Schulverbands-Vorsitzender Holmeier neben Landrat Theo Zellner auch den Leiter der Kreiswerke, Herrn Thomas Knoll sowie Herrn Franz-Xaver Zollner vom Zukunftsbüro des Landkreises Cham begrüßen. In diesem Zusammenhang sprach Holmeier der Kreisbehörde für die Mithilfe bei der Abwicklung dieses in der Oberpfalz einmaligen Projektes seinen besonderen Dank aus.

Gekommen waren auch die beiden beteiligten Firmen, Tobias Scherner aus Dalking und Reinhold Trinkerl aus Obergoßzell. Der Bau der Fernwärmeleitung zur Schule erfolgte durch die Baufirma Helmut Müller aus Döbersing.

Der eigentliche Startschuss für die Inbetriebnahme der Fernwärmeleitung erfolgte bereits am 1. Dezember des vergangenen Jahres. Seither wurden bereits 113 MW/h Wärme in der Schule sowie in der Sporthalle verbraucht. Die Anlage laufe dank der guten Zusammenarbeit mit den Betreibern der Biogasanlage, der Familie Weingärtner aus Dalking und dem Hausmeister der Weidinger Schule, Stefan Spindler hervorragend und störungsfrei. Nur an wenigen Tagen im Januar war die Zuschaltung der Ölheizung aufgrund der frostigen Witterung notwendig.

Auch die Biogasanlage in Dalking war Ziel bei der offiziellen Inbetriebnahme der Fernwärmeleitung. V. l.: Bürgermeister Karl Holmeier, die beiden Unternehmer Tobias Scherner und Reinhold Trinkerl, Landrat Theo Zellner, 2. Bürgermeister Andreas Ascherl, Roland und Hans Weingärtner, Kreiswerke-Chef Thomas Knoll, 3. Bürgermeister Xaver Rädlinger und Franz-Xaver Zollner vom Zukunftsbüro des Landkreises Cham). Text und Bild: Daniel Paul

Vertrag auf 12 Jahre

Der Vertrag mit der Familie Weingärtner wurde auf 12 Jahre abgeschlossen, das Geld bleibe somit in der Gemeinde, stellte Holmeier zufrieden fest. Der bisherige jährliche Heizölverbrauch von bis zu 30.000 Litern könne künftig extrem reduziert werden.

Bauzeit und Entstehung

Franz-Xaver Zollner vom Zukunftsbüro des Landkreises ging kurz auf die Bauzeit und Entstehung der Biogasanlage der Familie Weingärtner ein. Durch die Ansiedlung der Anlage außerhalb der Ortschaft Dalking sei die Errichtung einer Fernwärmeleitung zur Weidinger Schule in greifbare Nähe gerückt. Dieses Nahwärmenetz in der Gemeinde Weiding habe Vorbildcharakter über die Landkreisgrenze hinaus.

Funktionsweise der Fernwärmeversorgung

Anschließend wurde der Heizraum im Untergeschoss der Schule in Augenschein genommen. Landrat Theo Zellner zeigte sich sichtlich beeindruckt von diesem einfachen Aufbau der umgebauten Heizungsanlage. Tobias Scherner von der gleichnamigen Firma aus Dalking erläuterte zusammen mit seinem Kollegen Reinhold Trinkerl aus Obergoßzell die Funktionsweise der Fernwärmeversorgung.

Eingriff vermieden

Anstatt aufwendiger Umbauarbeiten sei es hier in einfachster Weise gelungen, durch einen Plattenwärmeaustauscher die Temperatur im Ölkessel dauerhaft auf 80 °C zu halten. Somit konnte im bestehenden Heizungskreislauf ein Eingriff vermieden werden. Der Ölbrenner werde hier – in einfacher Weise erklärt – nur ausgetrickst. Erst bei einem Absinken der Vorlauftemperatur unter 65 °C schalte sich automatisch der Brenner dazu, so der junge Unternehmer aus Dalking. Dies sei jedoch der Ausnahmefall, beispielsweise an extrem frostigen Wintertagen. Auf eine neue Steuerungstechnik konnte sogar komplett verzichtet werden.

Garantierte Unabhängigkeit

Im Anschluss ging es weiter zur unweit entfernten Biogasanlage nach Dalking. Der Landkreis Cham sei voller Energie, mit diesen Worten unterstrich Landrat Theo Zellner die Wichtigkeit solcher Biogasanlagen. Diese garantieren eine Unabhängigkeit im Energiebereich. Der Landkreis Cham spreche sich für die Versorgung durch erneuerbare Energien aus, daher lege man auch besonderen Wert auf das Zukunftsbüro des Landkreises. Die Anlage in Dalking, besonders aber der Anschluss an die Chambtal-Volksschule Weiding seinen vorbildlich und der richtige Weg in die Zukunft, so die klare Aussage des Landkreischefs.

Steuerungstechnik

Reinhold Trinkerl erklärte im Betriebsraum der Biogasanlage kurz die Steuerungstechnik. Mit 85 °C fließe das Warmwasser zur Schule, 20 °C kälter komme es wieder zur Biogasanlage zurück. Der Verlust in der 500-Meter langen Leitungsstrecke sei überraschend gering (nur 2 °C). Die Schule habe absolut Vorrang, denn an der Anlage hänge auch das Wohnhaus der Familie Weingärtner in Dalking. Seit vierzehn Tagen laufe nun alles vollautomatisch und man sei sehr zufrieden, so Trinkerl auch namens der Familie Weingärtner. ❐

„Neue Energien für Landshut“

Regen Anklang hat das Symposium „Neue Energien für Landshut“ im Neuen Plenarsaal des Rathauses gefunden. Bei der vom Energie-Forum der Stadt veranstalteten Sitzung lautete die Devise „Informieren, diskutieren und miteinander ins Gespräch kommen“.

Ambitioniertes Konzept

„Die Frage nach einer sicheren, bezahlbaren und zukunftsfähigen Energieversorgung, die auch den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht wird, bewegt die Menschen heute mehr denn je“, führte Oberbürgermeister Hans Rampf eingangs aus. Deshalb habe die Stadt vor eineinhalb Jahren ein ambitioniertes Energie- und Klimaschutzkonzept beschlossen, das Leitbilder, Ziele und Maßnahmenvorschläge liefert. Deren Umsetzung wird gesteuert vom Energie-Forum, bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung und des Stadtrates.

Alle Kräfte bündeln

„Die derzeitigen weltweiten Trends von Energiebereitstellung und –verbrauch sind eindeutig nicht zukunftsfähig, weder in ökologischer noch in wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht“, informierte der Leiter des Amts für öffentliche Ordnung und Umwelt, Fritz van Bracht. „Wir müssen alle Kräfte bündeln, um die an uns gestellten energie- und klimapolitischen Herausforderungen, beispielsweise eine verlässliche und erschwingliche Energieversorgung zu sichern, zu bewältigen“, forderte Rampf. Das Symposium bezeichnete er dazu als Zündfunke und dankte den vielen Akteuren und Vortragenden für ihr Engagement und ihre wertvollen Anregungen.

Zu den Teilnehmern des Energie-Symposiums gehörten neben Oberbürgermeister Rampf und Regierungspräsident Heinz Grunwald auch Bürgermeister Dr. Thomas Keyßner, die Gemeindebürgermeister aus Altdorf und Kumhausen, zahlreiche Stadtratsmitglieder sowie Vertreter der Stadt, der Lokalen Agenda 21, des Bund Naturschutz, des Landshuter Umweltzentrums, des Klinikums und der Stadtwerke. **DK**

Was sind Ideale ohne Taten?

Wie viel Unterstützung brauchen Unterstützer?

In einer Gemeinschaft gibt man seine Energie an andere.

Alle 120 Partner des Thüga-Netzwerks engagieren sich in ihrer Region für eine zuverlässige Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder Wärme. Doch die 21.200 Mitarbeiter leisten noch mehr: Viele von ihnen investieren ihre persönliche Energie in ein soziales Projekt in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben. Das unterstützen wir mit der Initiative „EFA – Energie für andere“. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.thuega.de

thüga
DIE ENERGIEGRUPPE

Warmes Wasser statt heißer Dampf

WVV bastelt an neuem Konzept für Würzburgs Heizkraftwerk

Würzburg. Ab 2010 soll das Fernwärmenetz des Würzburger Heizkraftwerks von Dampf auf Heißwasser umgestellt werden. Am Mittwoch wurde das seit 2006 erarbeitete Umstellungskonzept bei einem bayernweiten Treffen des Clusters Energietechnik in Würzburg vorgestellt. Am selben Tag informierte die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) ihre Aufsichtsräte über die Vorteile der Umrüstung.

Die endgültige Entscheidung des Aufsichtsrats erwartet WVV-Geschäftsführer Professor Dr. Norbert Menke für März: „Danach können wir mit den Vorbereitungen für die Umstellung beginnen." Umgerüstet werden sollen zunächst Würzburgs Innenstadt sowie die Stadtteile Sanderau und Zellerau. Eine erste Umstellungsphase ist für die Jahre 2010 bis 2015 geplant. Die Umstellung selbst ist Bestandteil des neuen Energie- und Klimaprogramms der WVV, das in Kürze veröffentlicht wird.

Erhebliche C02-Einsparung

Derzeit wabert durchschnittlich 170 Grad heißer Dampf als Transportmedium durch die Fernwärmerohre des Würzburger Heizkraftwerks. In Zukunft soll heißes Wasser mit einer deutlich niedrigeren Temperatur als Wärmeträgermedium zu den Kunden gepumpt werden. Das neue System, hieß es, werde erhebliche Mengen an Kohlendioxid einsparen.

„Asymmetrisches" System

Die Umstellung ist alles andere als einfach. Problematisch ist etwa, dass das derzeitige System „asymmetrisch" ist, wie der Leimener Ingenieur Dr. Stephan Richter erklärte. Die teilweise aus den 50er Jahren stammenden Rohre, in denen der Dampf zu den mit Fernwärme versorgten Haushalten und Betrieben transportiert wird, sind wesentlich größer als jene Rohre, in denen das Kondensat zurückläuft. Bis vor wenigen Jahren wurde die Umrüstung eines Fernwärmenetzes von Dampf zu Heißwasser im bestehenden Rohrleitungsnetz aus diesem Grund nicht für möglich gehalten.

Vorreiterstädte

München und Salzburg gelten als Vorreiterstädte, in denen inzwischen erfolgreich demonstriert werden konnte, dass eine Umstellung bei weit gehender Nutzung des vorhandenen Netzes möglich ist. Richter untersuchte daraufhin das Fernwärmenetz Würzburg und stellte fest, dass auch dieses Netz umgestellt werden kann.

Allerdings: Die Übergabestationen in den Häusern der Endverbraucher müssen ausgetauscht werden. Dem Umstellungskonzept zufolge soll es dafür von der WVV Zuschüsse geben - wobei die Zuschusshöhe abhängig sein wird vom Alter der Station und der abgenommenen Menge an Fernwärme.

Sinnvolle Umstellung

Derzeit setzt die WVV jährlich rund 300 Millionen Kilowattstunden Fernwärme ab. Der Anteil der Fernwärme am Würzburger Wärmemarkt beträgt 22 Prozent. Die voraussichtlich 20 Millionen Euro teure Umstellung macht für den Konzern Sinn, weil die Transportkapazitäten des bestehenden Dampfnetzes restlos ausgeschöpft sind. Was das Ziel des Konzerns, die Fernwärme auszubauen, konterkariert.

Beitrag zum Klimaschutz

So soll der Stadtteil Zellerau, der bisher nur partiell ans Fernwärmenetz angebunden ist, für die Idee der Fernwärmeversorgung gewonnen werden. Außerdem hofft der Konzern, auch die Konversionsflächen auf dem ehemaligen Gelände der Leighton Barracks für Fernwärme zu erschließen.

Würden die Kapazitäten des künftigen Heißwasser-Fernwärmenetzes zu hundert Prozent ausgenutzt, so Heizkraftwerksgeschäftsführer Peter Saam, könnten jährlich 25.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart werden. Den Berechnungen der WVV zufolge hieße dies, dass sich der Kohlendioxidausstoß des Konzerns im Jahr 2020 bezogen auf das Jahr 1990 in der Gesamtbilanz nahezu halbiert haben wird. Saam: „Das Fernwärmenetz ist unser Beitrag zum Klimaschutz."

Gas effizienter nutzbar

Aktuellen Prognosen zufolge werden die Einsparungen durch die Umrüstung in sechs Jahren die Investitionen überwiegen. Dies deshalb, weil durch die Umstellung auf Heißwasser die Primärenergie Gas wesentlich effizienter genutzt werden kann. Außerdem hätten die aus den 1950er und 1960er Jahren stammenden Rohre für die Fernwärme ohnehin in Kürze saniert werden müssen. Rohre für den Transport von Heißwasser sind ein Drittel billiger als Rohre für den Dampftransport.

Erhöhter Wirkungsgrad

Auch die Erweiterung des Fernwärmenetzes in der Zellerau und auf dem Areal der Leighton Barracks wird mit dem Transportmedium Heißwasser also günstiger. Schließlich erhöht die Umstellung auf Heißwasser den Wirkungsgrad der modernen Würzburger Kraftwerkstechnik. Gleichzeitig werden bei der Wärmeverteilung im Netz die Wärmeverluste deutlich reduziert. In Salzburg war es außerdem so, dass die Umrüstung auf Heißwasser einen Nachfrageboom nach Fernwärme auslöste. **Pat Christ**

Europäisches Glühbirnenverbot:

Europaabgeordnete Niebler kritisiert Entscheidung

Der entschlossene Widerstand der CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament konnte das europäische Glühbirnenverbot nicht verhindern, das nun nicht mehr dem Plenum des Europaparlaments zur Befassung vorgelegt wird. Der Umweltausschuss lehnte heute eine Initiative der CDU/CSU-Gruppe ab, die das Verfahren in die Gesetzgebung zurückholen wollte, um damit eine Befassung im Plenum des Europäischen Parlaments ermöglicht hätte. Jetzt bleibt es es bei der so genannten Durchführungsmaßnahme eines Regelungsausschusses der EU-Kommission.

„Diese Entscheidung ist Ausdruck einer Beglückungsgesetzgebung und geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei. Die Bürger in unserem Land sollen frei wählen dürfen, ob sie eine herkömmliche Glühbirne oder eine Energiesparlampe kaufen. Dazu brauchen wir keine gesetzlichen Regelungen", kritisiert die oberbayerische Europaabgeordnete Angelika Niebler das Abstimmungsergebnis. Sie sehe keinen Grund, weshalb diese Frage europaweit geregelt werden musste, und schon gar nicht durch ein hinter verschlossenen Türen tagendes Beamtengremium.

„Hinterzimmermentalität"

Für das Glühbirnenverbot müssten nach Nieblers Meinung die Parlamentarier, die sich dafür ausgesprochen haben, persönlich Verantwortung übernehmen, anstatt sich hinter einem anonymen Verwaltungsausschuss der Kommission zu verstecken. „Es wäre ein richtiges Signal gewesen, wenn der Umweltausschuss dieser Hinterzimmermentalität einen Riegel vorgeschoben hätte", so Niebler weiter. Sie sieht darin ein Beispiel für die Regulierungswut der europäischen Bürokratie. „Genau das kritisieren wir im Namen der Bürgerinnen und Bürger und werden als bayerische Europaabgeordnete auch zukünftig mit aller Entschlossenheit dagegen."

2012 soll Schluss sein

Im Dezember hat eine mit Experten aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten besetzte Arbeitsgruppe unter Federführung der EU-Kommission die Abschaffung der Glühbirne beschlossen. Bis zum Jahr 2012 sollen in Europa keine Glühbirnen mehr verkauft werden dürfen. ❐

Sozialstrom für Bedürftige: Das Modell von E.ON Bayern, Caritas und Diakonie könnte jetzt nach dem erfolgreichen Start im Freistaat bundesweit seinen Siegeszug antreten. Die Wohlfahrtsverbände wollen bei anderen Anbietern ähnliche Angebote durchsetzen. Foto: obx-news

Strom mit „Sozialrabatt":

Ein bayerisches Modell auf Erfolgskurs

Seit drei Jahren bietet E.ON Bayern sozial schwachen Menschen einen Rabatt auf die Stromrechnung – nach einem erfolgreichen Start haben mehrere andere Energieversorger das bayerische Erfolgsmodell bereits übernommen. Bei E.ON Bayern läuft das Projekt auch 2009 weiter.

Regensburg (obx) – Vor drei Jahren hat E.ON Bayern, der größte regionale Stromversorger im Freistaat, ein bundesweit einmaliges und in Branchenkreisen nicht unumstrittenes Modell eingeführt: Sozial schwache Menschen bekommen den Strom billiger. Ein Nachweis über die Befreiung von den Rundfunkgebühren genügt. Inzwischen hat sich das Modell durchgesetzt: Drei Jahre nach dem Start ist das Modell zu einer echten Erfolgsgeschichte geworden. Mehr als 5.000 bayerische Haushalte nutzen bereits das Angebot. In diesem Jahr will E.ON Bayern sein Angebot nochmals ausweiten: Bis zu 12.500 Anträge nimmt der Energieversorger in diesem Jahr entgegen. Mehrere E.ON-Töchter in anderen Bundesländern haben das bayerische Modell jetzt übernommen.

Funktionsweise

Das Modell funktioniert so: Wer bei den Beratungsstellen der Diakonie oder der Caritas nachweist, dass er von den GEZ-Gebühren befreit ist, dem räumt E.ON Bayern einen monatlichen Rabatt von neun Euro auf seine Stromrechnung ein. Für viele keine große Summe, doch für einige ein Betrag, der im Portmonee bereits weh tut, wie Bayerns Diakoniedirektor Ludwig Markert festgestellt hat: „Die große Zahl der Anträge zeigt, dass das für manche Menschen eine große Ersparnis ist."

E.ON Bayern will seinen Sozialtarif 2009 zunächst bis zu 10.000 Menschen gewähren, erklärte Pressesprecher Josef Schönhammer. Auch diejenigen Kunden, die bereits seit Anfang an den verbilligten Strom beziehen, könnten weiter dabei sein – wenn sie einen entsprechenden Verlängerungsantrag stellen. Gerade jetzt in der wirtschaftlich schwierigen Zeit sei es wichtig, Kunden mit geringem Einkommen zu entlasten, sagte E.ON-Bayern-Vertriebsgeschäftsführer Otmar Zisler bei der Vorstellung des Modells. „Für unser Angebot haben wir viel Zuspruch erhalten, auch von Kunden, die nicht von dem Angebot profitieren", erklärte der Geschäftsführer.

Bundesweiter Siegeszug

Das Modell von E.ON Bayern hat inzwischen sogar bundesweit seinen Siegeszug angetreten: Diakonie und Caritas haben festgestellt, dass das neue Angebot auch bei anderen Stromanbietern ein Umdenken ausgelöst hat. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände hatten in den vergangenen Jahren intensiv bei anderen Stromanbietern geworben, für deren Kundschaft ähnliche Modelle durchzusetzen.

Konkrete Planungen

Vorreiter sind nun die anderen regionalen E.ON-Töchter in Deutschland. Dort laufen zum Teil bereits ganz konkrete Planungen, einen Sozialtarif nach bayerischem Vorbild einzuführen. So können unter anderem auch Kunden in Schleswig-Holstein (E.ON Hanse), in Hessen (E.ON Mitte) und in Brandenburg (E.ON edis) gegen Nachweis verbilligten Strom beziehen. ❐

LEW
Lechwerke

NATÜRLICH: WÄRMEPUMPE

Die Umwelt-Heizung, die Kosten einspart! Eine Wärmepumpe beheizt Ihr Haus und erwärmt das Brauchwasser über Jahrzehnte. Dabei reduziert sie die jährlichen Kosten erheblich und schont auch noch die Umwelt. Sie ist eine Investition, die sich in jeder Hinsicht lohnt. Wir beraten Sie gerne.

Weitere Infos erhalten Sie unter **www.lew.de** oder unter der **kostenfreien Telefonnummer 0800 539 539 1**.

VORWEG GEHEN

Für eine sichere Straßenbeleuchtung

Turnusmäßige Auswechslung der Leuchtmittel in Heßdorf

Die Firma EVUS hat im Auftrag der E.ON Bayern AG in der Gemeinde Heßdorf sowie in den Ortsteilen Dannberg, Hannberg, Hesselberg, Klebheim, Mittelmembach, Niederlindach, Obermembach, Röhrach und Untermembach die Leuchtmittel der Straßenbeleuchtung erneuert.

Die zwischen vier und acht Meter hohen Leuchten wurden hierfür mit neuen Natriumdampflampen und Leuchtstoffröhren bestückt. Diese Auswechslung erfolgt alle fünf Jahre, um eine gleichmäßige Ausleuchtung der Straßen zu gewährleisten, Ausfälle zu vermindern und somit die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen.

Routinearbeiten bis Ende Februar

Die anschließende Kontrolle der Arbeiten wurde bei eingeschalteter Straßenbeleuchtung durchgeführt. Insgesamt wurden 507 Leuchtmittel ausgewechselt. Die Routinearbeiten waren Ende Februar abgeschlossen. ❐

Kommunale Unternehmen im Gasfördergeschäft:

Bayerngas Norge kauft PA Resources Norway AS

Bayerngas Norge AS, Oslo, hat die PA Resources Norway, Oslo, von PA Resources AB (Schweden) einschließlich aller Vermögenswerte in Norwegen übernommen. Die Gas- und Ölreserven der Bayerngas Norge erhöhen sich damit um 6 Milliarden Kubikmeter (Mrd. m³) Gasäquivalent auf rund 14 Mrd. m³. Das Gasförderunternehmen der kommunalen Bayerngas hat seine Position in Norwegen damit deutlich gestärkt.

Die norwegischen Behörden haben die Transaktion bereits genehmigt. Bayerngas Norge übernimmt mit PA Resources Norway eine 30 %-Beteiligung am Fund Oselvar, eine 15 %-Beteiligung am Fund Draupne sowie eine 10 %-Beteiligung am produzierenden Ölfeld Volve.

„Ab sofort verfügt Bayerngas Norge über eine eigene Produktion und einen eigenen Cash-Flow. Unsere bisherigen Investitionen in Explorationslizenzen waren Zukunftsinvestitionen, aus denen ab 2010 das erste Gas fließen wird. Mit der Übernahme von Volve haben wir den Produktionsstart vorgezogen“, sagt Marc Hall, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH. Die Anteile an Oselvar und Draupne spiegeln mit den bestehenden Beteiligungen an den Gasfeldern Vega South (25 %), Trym (50 %) und Sigrid/Natalia (30 %) die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten für Bayerngas Norge wider. Hinzu kommt die Beteiligung der Bayerngas Danmark ApS, Kopenhagen, am Gasfeld Hejre (15 %) in der dänischen Nordsee.

Bayerngas Danmark ist eine 100-Prozent-Tochter des norwegischen Unternehmens. Arne Westeng, Geschäftsführer der Bayerngas Norge: „Wir demonstrieren mit dieser Transaktion erneut, dass wir ein aktiver Marktteilnehmer auf dem Norwegischen Kontinentalschelf (NCS) sind und auf ein langfristiges, messbares Engagement in Norwegen setzen. Bayerngas Norge wird weiterhin eine aktive Rolle im andauernden Konsolidierungsprozess auf dem NCS spielen“.

Mit dem Kauf von PA Resources Norway und der Integration ihrer Mitarbeiter erhält Bayerngas Norge zusätzliche Kapazitäten und Kompetenzen. Damit wurde die Basis für ein weiteres Wachstum in Norwegen und die umgebende Region gelegt. Bayerngas Norge hat 18 Mitarbeiter und PA Resources Norway bringt 23 Mitarbeiter ein. PA Resources Norway AS wurde mit Wirkung zum 7. Januar 2009 in Bayerngas Norge Produksjon AS umbenannt. ❐

Stadtwerke:

Kooperationen sichern die Zukunft

PwC-Studie: Stadtwerke-Markt steht vor dem Umbruch

Frankfurt am Main. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bezieht Strom und Gas über die örtlichen Stadtwerke. Der Markt der Stadtwerke steht vor großen Veränderungen. Ein Großteil der Unternehmen rechnet damit, noch in diesem Jahr eine Kooperation einzugehen. Diese reichen von Dienstleistungsmodellen über gemeinsame Tochterfirmen bis hin zur Extremform der Kooperation, der Fusion. Das ist das Ergebnis der Studie „Kooperation von Stadtwerken - ein Erfolgsmodell?“ der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC), für die 322 Geschäftsführer und Aufsichtsratsvorsitzende von 278 Stadtwerken befragt wurden.

„Der steigende Kostendruck und die Marktdynamik nach der Liberalisierung gehen an den Stadtwerken nicht spurlos vorbei. Sie werden stärker zusammenarbeiten müssen“, sagt Ralf Kurtz, Partner im Bereich Energy Consulting bei PwC.

Wie wichtig das Thema ist, zeigt die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit (72 Prozent) der Stadtwerke Kooperationen noch in diesem Jahr für „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“ hält. Dabei sehen die Unternehmen als wichtigste treibende Faktoren den Kostendruck auf die Netzentgelte (85 Prozent), die steigende Komplexität und Dynamik der Marktes (77 Prozent), aber auch die Wechselbereitschaft der Kunden (51 Prozent). 64 Prozent der Unternehmen geben an, dass „Kooperationen die Stadtwerkelandschaft künftig prägen werden“.

Bisher verfolgen die Stadtwerke eine Unternehmensstrategie der weitgehenden Unabhängigkeit – sieht man von der Energieerzeugung ab, sind mehr als 60 Prozent in allen Wertschöpfungsstufen tätig. Zwar haben knapp drei Viertel der befragten Unternehmen bereits Erfahrungen mit Kooperationen, allerdings sehen nur 15 Prozent diese Kooperationen auch als erfolgreich an – 41 Prozent wiederum geben an, die Ziele eher nicht erreicht zu haben. „Die Unternehmen müssen zueinander passen – ebenso wie ihre Strategien“, betont Kurtz. „Ohne eine ehrliche Analyse der Stärken und Schwächen im Vorfeld wird eine solche Kooperation unter Stadtwerken zum Glücksspiel.“

Mit Kernkompetenzen punkten

Mögliche Kooperationsfelder zeigt ein Blick auf die Kernkompetenzen: Stadtwerke sind zwar in vielen Feldern aktiv, aber nicht immer liegt hier ihre Kernkompetenz. 99 Prozent der befragten Unternehmen haben einen eigenen Vertrieb – mit 89 Prozent sieht auch der größte Teil diesen als eine Kernkompetenz an. Anders stellt es sich beim Mess- und Zählwesen dar: Auch dies gehört mit 94 Prozent bei fast allen Unternehmen zum eigenen Tätigkeitsfeld. Allerdings sieht gerade mal die Hälfte (51 Prozent) dieses als Kernkompetenz. „Hier können sich Kooperationen anbieten, doch auch die vermeintlichen Kernkompetenzen sollten kritisch auf ihr Kooperationspotenzial geprüft werden“, sagt Kurtz. Weitere Wertschöpfungsstufen, in denen sich die Stadtwerke horizontale Kooperationen vorstellen können, sind Shared Services wie das Personal- oder Rechnungswesen (68 Prozent), Asset Services – Aufgaben rund um Netz und Anlagen der Versorger wie Planung, Bau, Instandhaltung und Betrieb – (57 Prozent) und der Handel (56 Prozent).

Eignerstruktur nicht unterschätzen

Die meist kommunale Eignerstruktur der Stadtwerke und die tiefgehenden Einschnitte, die eine Kooperation mit sich bringt, stehen in großem Widerspruch. Während Kooperationen mit vielen Veränderungen verbunden sind, pochen gerade die stark politisch geprägten Eigner auf weitgehende Stabilität. So legen Geschäftsführer und Aufsichtsräte großen Wert darauf, dass die Lasten im Rahmen einer Kooperation gleich verteilt sind (87 / 91 Prozent). Für die Aufsichtsräte als Vertreter der Eigner hat auch die Wahrung der eigenen Identität der Unternehmen einen besonders hohen Stellenwert (91 Prozent).

Für eine Kooperation muss allerdings auch die Bereitschaft da sein, „in einigen Wertschöpfungsstufen von Kompetenz und Verantwortung loszulassen“, erläutert Kurtz. „Zu starkes Festhalten an der eigenen Identität verhindert, dass sich das volle Potenzial einer Kooperation entfalten kann.“ Entsprechend geben die befragten Aufsichtsräte häufig auch politische Faktoren als Gründe für gescheiterte Kooperationen an.

Welche Faktoren über Erfolg oder Scheitern einer Kooperation entscheiden, zeigt ein Blick auf erfolgreiche Kooperationen (Champions). Strategische, technische, kulturelle und persönliche Übereinstimmungen sind Voraussetzungen für den Erfolg. So halten nahezu alle Geschäftsführer (91 Prozent) vergleichbare strategische Zielvorstellungen für wichtig, eine tatsächliche Übereinstimmung ist aber nur bei den Champions (81 Prozent) gegeben.

Champions zeigen wie es geht

Bei den erfolglosen Kooperationen hatten nur 57 Prozent die gleiche strategische Ausrichtung. Auch zeigt sich, dass 57 Prozent der Champions über die gleiche technische Ausstattung verfügen, bei den erfolglosen Kooperationen galt dies bei lediglich 20 Prozent. Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist das Vertrauensverhältnis unter den Geschäftsführungen, welches nahezu alle Befragten (97 Prozent) als wichtig erachten. Bei 86 Prozent der Champions herrschte unter den Geschäftsführern Vertrauen – bei erfolglosen Kooperationen traf dies nur bei der Hälfte zu. Auch ist auffallend, dass im Erfolgsfall häufig die Unternehmensgröße gleich war. „Es sind es gerade die kleineren Stadtwerke, die auf vergleichbare Unternehmensgrößen achten“, ergänzt Kurtz.

Keine Schnellschüsse

Kooperationen können für Stadtwerke ein Erfolgsmodell sein, allerdings sind die strategische Analyse und die Auswahl des Partners von entscheidender Bedeutung. „Der erste Schritt ist eine klare Kooperationsstrategie, die das Unternehmen schon vor der Partnersuche entwickeln sollte“, erläutert Kurtz. Hierbei gilt es, die Entwicklungschancen ebenso zu ermitteln wie die Nachteile im Falle eines Misserfolgs. „Nicht zu unterschätzen ist zudem die Unternehmenskultur der Partner“, betont Kurtz. Bei den erfolgreichen Kooperationen verfügten 70 Prozent der Stadtwerke über vergleichbare Kulturen, bei den erfolglosen Kooperationen waren es lediglich 30 Prozent. „Wer dann noch offen mit den Mitarbeitern kommuniziert kann aus einer Stadtwerkekooperation wirklich ein Erfolgsmodell machen.“ ❐

IHK-Schienengüterkonferenz Nürnberg:

Vorrang für oberfränkische Projekte

Die fünf Industrie- und Handelskammern der Metropolregion Nürnberg haben im Rahmen einer gemeinsamen Schienengüterkonferenz einen zügigen Ausbau der Schieneninfrastruktur gefordert. Wie Markus Lötzsch, Hauptgeschäftsführer der IHK Nürnberg für Mittelfranken, bemerkte, „ist es den Industrie- und Handelskammern der Metropolregion Nürnberg ein wichtiges Anliegen, dass die Wirtschaft alle zur Verfügung stehenden Alternativen im Auge behält und bedarfsgerecht nutzt, um auch in Zukunft ihre Güter schnell, flexibel, preisgünstig und ökologisch transportieren zu können".

„95 Prozent des Warenverkehrs erfolgen über das Wasser. Und selbst beim Schiffbau kommen 40 Prozent der Zulieferungen aus Bayern und Baden-Württemberg", erläuterte Dagmar Wöhrl, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und offizielle „Koordinatorin der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft". Wie gut es um die maritime Logistik in Deutschland bestellt ist, hob Dr. Bernard Brons, Vizepräsident der IHK für Ostfriesland und Papenburg, hervor: Die deutsche Handelsflotte sei Nummer Drei auf den Weltmeeren, die Containerflotte deutscher Eigner sei weltweit führend. Allerdings würden die Hinterlandverkehre zu den Seehäfen verstärkt zum Engpass für die Logistik. Auf die Bahn als wichtiges Transportmittel könne die deutsche Volkswirtschaft dabei nicht verzichten.

Aktueller Stand

Rund 17 Prozent aller Güter werden inzwischen auf der Schiene transportiert. Vor diesem Hintergrund erinnerte Hauptgeschäftsführer Lötzsch an die Schienenprojekte aus dem 12-Punkte-Programm „Verkehr" der Industrie- und Handelskammern in der Metropolregion. Oberste Priorität haben dabei Projekte in Oberfranken: Der Aus- und Neubau der ICE Hochgeschwindigkeitstrasse Nürnberg – Bamberg – Coburg – Erfurt als Teil des TEN 1 Palermo – Stockholm sowie die Verbesserung der Schienenverbindung Nürnberg – Marktredwitz – Prag/Dresden als Teil der „Franken-Sachsen-Magistrale" Nürnberg-Hof-Dresden.

Mit dem aktuellen Stand der Projekte zeigen sich die IHKs der Metropolregion allerdings nicht zufrieden. Bei der Verbesserung der Schienenverbindung in Richtung Tschechien stehe der Durchbruch noch aus, erklärte Wolfram Brehm, Bereichsleiter Standortpolitik der IHK für Oberfranken Bayreuth. Während die Tschechen die Achse Prag – Pilsen – Cheb für den Schienenverkehr bereits ausbauten, herrsche auf deutscher Seite Stillstand. „Tschechien wird die Strecke Pilsen - Cheb bis 2016 ausbauen und erwartet, dass die deutsche Seite die Vereinbarung laut Staatsvertrag einhält", mahnte Brehm. Die zügige Realisierung der A6 auf tschechischer Seite habe gezeigt, wie schnell die Tschechen ihre Verkehrsverbindungen meistern könnten. „Hier können wir Deutschen noch Einiges von den Tschechen lernen. Man muss zumindest mit der konkreten Planung beginnen, um die Projekte bei künftigen Konjunkturprogrammen vorlegen zu können."

Regionale Maßnahmen

Nach Angaben von Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der Deutsche Bahn AG für den Freistaat Bayern, wurden von 2003 bis 2007 rund 4,8 Milliarden Euro in die Schieneninfrastruktur in Bayern investiert. Das Konjunkturprogramm sehe die Finanzierung weiterer Infrastrukturmaßnahmen vor. Als regionale Maßnahmen nannte Josel unter anderem die Elektrifizierung der Strecke Regensburg – Hof, um einen neuen Nord-Süd-Güterverkehrskorridor zu entwickeln. Aus Sicht der IHKs darf dieses Projekt allerdings nicht zulasten der Elektrifizierung der „Franken-Sachsen-Magistrale" gehen, die seit Jahren im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist. Erreichen will man Wolfram Brehm zufolge zunächst eine Elektrifizierung zwischen Reichenbach/Sachsen, Hof und Marktredwitz, die für beide Verbindungen Voraussetzung sei. **DK**

agilis-Geschäftsführer Dietmar Knerr, Fritz Czeschka, Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft und Hochbahn-Vorstandsvorsitzender Günter Elste (von links) präsentieren ein Modell der 26 fabrikneuen Triebfahrzeuge, die im Raum Regensburg verkehren werden. Bild: osr

Ein gelber Spatz auf Bayerns Schienen

agilis übernimmt Regionalbahnnetz Regensburg und die Donautalbahn

Regensburg. (osr) Ein frecher gelber Spatz steht für agilis, das neue Schienenverkehrsunternehmen für Süddeutschland. Es sorgt ab Dezember 2010 im Regionalbahnnetz Regensburg und auf der Donautalbahn für noch mehr Mobilität in der Region. Dazu werden 26 fabrikneue, komfortable Triebfahrzeuge mit einem frischen Design und einem deutlich höheren Leistungsangebot in Betrieb genommen. Dafür und für die notwendigen Instandhaltungsanlagen sind Investitionen von rund 100 Millionen Euro geplant. Im Raum Regensburg wird agilis etwa 140 Mitarbeiter beschäftigen.

Ende Mai 2008 hatte die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG), die den Schienenpersonennahverkehr in Bayern plant, bestellt und überwacht, der Hamburger Hochbahn AG nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren den Zuschlag für den Betrieb des Regionalbahnnetzes Regensburg und der Donautalbahn erteilt. Die Hamburger Hochbahn hatte das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Der Vertrag läuft bis zum Jahr 2022. Als Betreibergesellschaft wurde inzwischen das Tochterunternehmen agilis gegründet. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2010 nimmt es den Betrieb auf den Strecken Neumarkt – Regensburg – Plattling und Landshut – Regensburg – Ingolstadt auf. Auf den insgesamt 450 Kilometer Streckenlänge rechnet das Unternehmen mit sieben Millionen Fahrgästen pro Jahr. Ende 2011 folgt zusätzlich die Strecke Ulm – Donauwörth – Ingolstadt und am Wochenende wird zudem die Strecke Plattling – Passau bedient.

Verbessertes Angebot

„Das Zugangebot im Raum Regensburg wird sich deutlich verbessern", gab sich Fritz Czeschka, Geschäftsführer der BEG überzeugt. Die Fahrgäste würden von deutlichen qualitativen und quantitativen Verbesserungen profitieren, wie z. B. schnellere Fahrzeuge und ein besserer Takt. „Insgesamt wird das Angebot an Zügen um etwa 30 Prozent steigen." Die Züge würden mindestens im Stundentakt, im engeren Einzugsbereich von Regensburg in der Hauptverkehrszeit sogar im 30-Minuten-Rhythmus verkehren, außerdem werde das Angebot bis Mitternacht ausgedehnt. Die neuen schnelleren Fahrzeuge bringen noch einen zusätzlichen Vorteil. Czeschka: „2011 reduziert sich die Fahrzeit auf der Donautalbahn zwischen Regensburg und Ulm um bis zu 60 Minuten."

Die Hochbahn, die an vier Eisenbahngesellschaften in Deutschland beteiligt ist, plant nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Günter Elste die Fahrgastzahlen deutlich zu steigern. Betriebliche Entscheidungen würden in Regensburg künftig direkt vor Ort getroffen, denn: „kurze Entscheidungswege nutzen dem Fahrgast".

Elste im Pressegespräch weiter: „Wir arbeiten ständig daran, unseren Service zu verbessern und damit noch mehr Fahrgäste von unserem Angebot zu überzeugen. Modernste Fahrzeuge, zusätzliches Servicepersonal und ein kundenfreundliches Reservierungssystem sind nur einige Verbesserungen, die wir anbieten werden." Für die Sicherheit der Fahrgäste wird in den Zügen ein Videobeobachtungssystem installiert. Zum Einsatz kommen nagelneue, niederflurige und klimatisierte Fahrzeuge, die beschleunigungsstark sind und eine Höchstgeschwindigkeit von 160 Stundenkilometer erreichen.

Geschäftsführer der Betreibergesellschaft agilis ist Dietmar Knerr (48). Zusätzlich zum Regensburger Regionalbahnnetz und der Donautalbahn ist er ab Mitte 2011 auch für den Betrieb des Dieselnetzes Oberfranken verantwortlich, das die Hamburger in einem Ausschreibungsverfahren im vergangenen Jahr ebenfalls gewinnen konnten. ❒

Bieterkonsortium „Energieallianz Bayern":

Stadtwerke Freising bekunden Interesse an Wasserkraft

Die Stadtwerke Freising wollen sich am Bieterkonsortium „Energieallianz Bayern" beteiligen. Ziel ist es, ein konkurrenzfähiges Angebot zum Kauf von 312 Megawatt Wasserkraft abgeben zu können. Hintergrund ist die EU-weite Liberalisierung des Strommarktes, für die sich die E.ON AG unter anderem auch von seinen zwölf Laufwasserkraftwerken am Inn trennen muss.

Stadtwerkedirektor Gerhard Schmid zeigte sich zufrieden, dass er seinen Beitrag dazu leisten konnte, eine kommunale bayerische Allianz zu schmieden, die für einen Erwerb dieser Wasserkraftwerke in der Lage ist.

Über 100 Interessenten

Im Bieterkonsortium „Energieallianz Bayern" haben sich über hundert Interessenten zusammengefunden, die an dem Erwerb der Wasserkraftwerke interessiert sind. Es handelt sich dabei um verschiedene bayerische kommunale Kooperationsgesellschaften, darunter die Kooperationsgesellschaft mbH Oberbayern/Schwaben (KOS), an der die Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH beteiligt ist, die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e. V. (VWB), dazu verschiedene kommunale Stadtwerke sowie die Landkreise Rosenheim, Altötting und Mühldorf am Inn.

Gemeinsame Freude

Wie die Geschäftsführer der KOS, der Kommunalen Energie Allianz Bayern GmbH (KEA), der Einkaufsgemeinschaft Energieversorgungsunternehmen e.G. (EGEVU e. G.) und der Kooperationsgesellschaft Ostbayerischer Versorgungsunternehmen mbH (KOV) in einer gemeinsamen Erklärung mitteilten, freuen sie sich, „dass es in so kurzer Zeit gelungen ist, ein solches Konsortium zusammenzuführen, das einerseits einen besonderen örtlichen Bezug zu den Wasserkraftwerken aufweist, andererseits über langjährige Erfahrungen in der Energiewirtschaft verfügt". Wettbewerbern im Verfahren dürfte es schwer fallen, sich ähnlich gut in dem Bieterverfahren zu positionieren.

Wichtiges Ziel

Gerhard Schmid, Geschäftsführer der KOS und der Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH betonte, dass es ein wichtiges Ziel der Freisinger Stadtwerke sei, Hochwasserschutz für die Region mit regenerativer Energieerzeugung zu verknüpfen. Die Beteiligung an den Kraftwerken stärke überdies die Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung. Mit dem Kauf von Wasserkraftwerken durch bayerische kommunale Unternehmen soll zugleich der ökologische Ausbau dieser Kraftwerke sichergestellt werden. Dabei ist den Beteiligten an der Energieallianz auch der Erhalt der betroffenen Arbeitsplätze ein wichtiges Anliegen.

Die E.ON AG hatte sich 2008 gegenüber der EU-Kommission dazu verpflichtet, ihr Übertragungsnetz zu veräußern sowie insgesamt 4.800 Megawatt ihrer Kraftwerkskapazität in Deutschland abzugeben. Wie E.ON Mitte Oktober selbst erklärt hatte, stehen dabei nun auch jene zwölf Wasserkraftwerke am Inn mit ihrer Gesamteistung von 312 Megawatt zum Verkauf: Aubach, Feldkirchen, Gars, Jettenbach, Jettenbach 2, Neuötting, Perach, Rosenheim, Stammham, Teufelsbruck, Töging und Wasserburg.

Konsequenter Einsatz

Die Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH setzt sich schon immer konsequent für die Stärkung der kommunalen Energieversorgung ein. Dabei sind ihr gerade auch die erneuerbaren Energien schon lange ein Anliegen. Ihre 2002 eigens hierfür gegründeten Töchter – die Freisinger Stadtwerke Forschungs- und Projekt GmbH und die Bürger-Solar KG – sowie die Versorgungs-GmbH haben starken Anteil am Zuwachs der erneuerbaren Energien in Freising.

Autarke Versorgung

Die Versorgungs-GmbH hat zwei Blockheizkraftwerke gebaut und die Projektierung und Installierung von mehreren Biomasseanlagen unterstützt. Alle großen Photovoltaikanlagen Freisings wurden von den Stadtwerketöchtern gebaut, darunter als Modellprojekt an der Autobahn A 92 die größte Solarschallschutzanlage ihrer Art. Der Aufbau einer regionalen und umweltfreundlichen Energieerzeugung, die eine in autarken und sicheren Energieversorgung gewährleistet, ist für die Freisinger Stadtwerke Versorgungs-GmbH als regionales Infrastrukturunternehmen ein zentrales Unternehmensziel. **DO**

Leiser Schienenverkehr:

Arbeiten am Sound-Management von Bahnen

Die Bahntechnikhersteller und die Eisenbahnverkehrsunternehmen in Deutschland engagieren sich weiter für den Lärmschutz im Schienenverkehr. In einem vom Verband der Bahnindustrie in Deutschland (VDB) e.V. und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in Berlin veranstalteten Symposium bilanzierte die Branche die aktuellen Ergebnisse zum Lärmschutz im urbanen Raum.

Dafür berichteten unter dem Titel „Leise Bahnen in Stadt und Regionen – wie Innovationen den Schienenverkehr beruhigen'" zahlreiche Experten über aktuelle Entwicklungen, zentrale Umsetzungen und zukünftige Innovationen zur effektiven Lärmbekämpfung auf der Schiene.

„Schienenverkehrslärm ist für Menschen in der Nähe von Schienenstrecken störend und kann sogar zur Belastung werden. Deshalb hat der Anwohnerschutz für Bahntechnikhersteller und für die Verkehrsunternehmen höchste Priorität", erklärte Axel Schuppe, VDB-Geschäftsführer und Mitveranstalter des Symposiums. Wichtigstes Instrument, um die Umweltqualität durch Lärmschutzmaßnahmen sicherzustellen, sind die veröffentlichten Ergebnisse der europäischen Lärmkartierungsverordnung. Danach sind Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, durch Verkehr verursachte Lärmbelastungen zu erfassen, darunter auch die durch die Schiene. „Diese systematischen Kartierungen von Lärmzonen an Schienenwegen haben auch wesentlich dazu beigetragen, vorrangige Lärmschutzmaßnahmen auf besonders betroffenen Streckenabschnitten zu identifizieren und die Umsetzung konkret anzugehen", betonte Uta Maria Pfeiffer, Leiterin des Fachbereichs Nachhaltigkeitsstrategien im VDV, die das Symposium mit veranstaltete.

Die Entwickler verfolgen auf dem Weg zur leisen Bahn zwei Strategien: Einerseits reduzieren sie weiter den Lärmpegel. Außerdem modifizieren sie die Zuggeräusche in einer Form, die als weniger störend empfunden wird. Dieses intelligente Sound-Management wird in der Bahntechnik als „Tonhaltigkeit" bezeichnet und ist inzwischen neben dem Schalldruck einer der zentralen Forschungsgegenstände bei der Lärmbekämpfung in der Bahntechnik.

Eine weitere gemeinsame Initiative zum Lärmschutz ist das Projekt „Leiser Zug auf realem Gleis" (LZarG) zwischen Bahntechnikherstellern, Deutscher Bahn und Forschungseinrichtungen. Experten referierten auf dem Berliner Symposium über das Hauptuntersuchungsfeld dieser Forschungskooperation: der Lärmreduzierung am Ort seiner Entstehung – dem Gleis-Schiene-Kontakt. Durch die Ergebnisse des Projekts eröffnen sich inzwischen aber auch neue Entwicklungsgebiete: Dazu gehören rechnerisch ermittelte Prognosen zur Lärmentstehung. Sie ermöglichen Simulationsverfahren, mit denen sich feststellen lässt, welche Lärmschutzmaßnahmen an welchem Ort am effizientesten sind. „Angesichts der großen Fortschritte in der Entwicklung und der Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen sind Industrie und Verkehrsunternehmen zuversichtlich, auch künftig die Lärmbelastung an Schienenwegen weiter spürbar senken zu können", erklärte Schuppe. ❒

Deutscher Klimapreis für bayerische Schulen

Die Klasse 9a der Werner-von-Siemens-Realschule in Erlangen und das Gymnasium Neutraubling (Landkreis Regensburg) sind in Berlin mit dem Deutschen Klimapreis der Allianz Umweltstiftung ausgezeichnet worden. Beide Gewinner durften sich über ein Preisgeld von je 10.000 Euro und einen festlichen Empfang bei Bundespräsident Prof. Horst Köhler im Schloss Bellevue freuen. Weitere Sieger sind Bildungsstätten aus Berlin, Bonn und Marburg. Insgesamt hatten sich mehr als 100 Schulen aus ganz Deutschland beworben.

Die Schülerinnen und Schüler aus Erlangen entwickelten die Internet-Plattform www.co2maus.de mit Tipps, wie man den Kohlendioxid-Ausstoß verringern kann. Dort gibt es auch einen Wettbewerb für Schulklassen, die miteinander um die größten Kohlendioxid-Einsparungen wetteifern.

Am Gymnasium in Neutraubling werden in jeder Klasse „Energiemanager" ernannt: Sie sollen dafür sorgen, dass nach dem Verlassen der Klassenzimmer das Licht ausgeschaltet, die Heizung zurückgedreht und die Fenster geschlossen werden. An der Schule gibt es einen eigenen Klimaschutzverein.

Die Preise wurden von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und dem Kuratoriumsvorsitzenden der Allianz Umweltstiftung, Prof. Dr. Dieter Stolte, verliehen. Mit dem Klimapreis will die Allianz Umweltstiftung das Engagement von Schülern und Schulen auszeichnen (Internet: www.co2maus.de; www.gymnasium-neutraubling.de). **DK**

Spitzengespräch zwischen Verkehrsminister Zeil und Bahnchef Mehdorn:

„Weiterhin enge Zusammenarbeit zwischen Bayern und DB“

Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil und Bahnchef Hartmut Mehdorn haben sich in einem Spitzengespräch über die Entwicklung der bayerischen Infrastruktur und die Qualität im Personennahverkehr ausgetauscht. Zeil: „Wir haben heute einen Grundstein für eine noch intensivere Zusammenarbeit legen können, und ich erwarte mir für die Zukunft weitere Qualitätssteigerungen im Netz und beim Personenverkehr.“ Mehdorn fügte hinzu: „Der Freistaat Bayern ist einer unser wichtigsten Partner. Wir möchten die enge Zusammenarbeit weiter ausbauen.“

Im Zentrum des Gesprächs stand die Umsetzung der wichtigsten Infrastrukturvorhaben in Bayern. „Hier besteht in den nächsten Jahren ein erheblicher Handlungsbedarf. Es zeigt sich immer wieder dasselbe Grundproblem: Eine Unterfinanzierung auf Bundesebene verhindert und bremst wichtige Neu- und Ausbauvorhaben“, so Zeil. Er verdeutlichte in dem Spitzengespräch mit dem Bahnchef, dass er ein noch stärkeres Engagement für die Vorhaben im Freistaat erwarte. Von den Bundesmitteln müsse ein höherer Anteil als gegenwärtig in das bayerische Schienennetz fließen.

Zeil: „Für den Freistaat hat höchste Priorität, dass insbesondere der bayerische Teil der TEN-Strecke Paris – Bratislava/Budapest mit den Ausbauabschnitten München – Mühldorf – Freilassing und Neu-Ulm – Augsburg ausgebaut wird.“ Auch Mehdorn hob die Bedeutung des Streckenausbaus zwischen München und Mühldorf und dem Bayerischen Chemiedreieck hervor: „Der Ausbau dieser Strecke steht auch bei der DB ganz oben auf der Agenda. Wir freuen uns, dass wir hier durch Mittel aus den Konjunkturprogrammen des Bundes den schrittweisen Ausbau weiter vorantreiben können“.

Benötigtes Baurecht

Zeil ergänzte: „Ich erwarte, dass die Verhandlungen zwischen Bahn und Bund über die Aufnahme der Planungen für die ABS 38 nach dem heutigen Gespräch unverzüglich aufgenommen werden. Wir brauchen schnellstmöglich Baurecht für den Abschnitt Markt Schwaben – Dorfen und die vorgezogene Elektrifizierung bis Burghausen. Aber auch für den Ausbau der Gesamtstrecke sollten jetzt zumindest Vorplanungen eingeleitet werden. Im Zusammenhang mit den Konjunkturpaketen habe ich mich mehrfach gegenüber Bundesverkehrsminister Tiefensee für ein Planungskostenbudget für Neu- und Ausbaumaßnahmen auf Bundesebene eingesetzt. Ich hoffe sehr, dass sich der Bund hier noch bewegt.“

S-Bahn München und Nürnberg

Auch die S-Bahn-Systeme in München und Nürnberg waren Gegenstand des Gesprächs. Zeil: „Wir freuen uns, dass der Ausbau der Nürnberger S-Bahn mit den neuen Asten nach Forchheim, Ansbach, Neumarkt und der Verlängerung bis Hartmannshof zügig voranschreitet. In München sind wir uns mit der DB einig, dass für die langfristige Entwicklung die 2. Stammstreckentunnel ohne Alternative ist.“ Deshalb werden die DB und wir alles Erforderliche tun, um so schnell wie möglich Baurecht herzustellen und - gemeinsam mit dem Bund - die Grundlagen für die Finanzierung zu schaffen.“ Die Grundlagen für eine Realisierungsentscheidung sollen bis Ende 2009 erarbeitet werden.

Die DB erklärte sich bereit, die im Auftrag des Freistaats Bayern erarbeiteten Planungen für den Erdinger Ringschluss schrittweise zu übernehmen und die notwendigen Planfeststellungsverfahren zeitnah einzuleiten. Staatsminister Zeil: „Ich begrüße, dass die DB die Bauherrenverantwortung für den Erdinger Ringschluss übernimmt und die notwendigen Schritte zur Baurechtserlangung einleitet.“

Nahverkehrsprojekte

Bahn und Freistaat streben ein geschlossenes Vorgehen im Hinblick auf die Investitionen für den Neu- und Ausbau von Schieneninfrastruktur an. Sie werden gemeinsam auf eine ausreichende Mittelausstattung durch den zuständigen Bund hinwirken. Trotz der knappen Mittel steht die Bahn zu den Nahverkehrsprojekten in Bayern: „Die zwischen Bahn und Freistaat abgestimmten Nahverkehrsprojekte nach § 8 Abs. 2 Bundesschienenwegeausbaugesetz werden wir in den nächsten fünf Jahren umsetzen“, erklärte Mehdorn. „Bei der Infrastruktur darf nicht gespart werden. Ich begrüße daher sehr, dass die Bahn uneingeschränkt zu diesen Projekten steht. Dennoch werden wir weiterhin gemeinsam beim Bund dafür eintreten, die Mittel dafür aufzustocken“, betonte Zeil.

Bundesverkehrswegeplan

Künftig wollen Freistaat und Bahn die Abstimmung über Infrastrukturmaßnahmen auch über den Nahverkehrsbereich hinaus intensivieren. Das betrifft in erster Linie die Umsetzung der Vorhaben des Bundesverkehrswegeplans und dessen anstehende Fortschreibung. „Wir sind uns unter anderem einig, dass die Strecke Regensburg – Hof als zusätzliches Projekt in den vordringlichen Bedarf aufgenommen werden muss. Bei der Bedarfsplanüberprüfung und auch bei der Dotierung muss der Bund mehr als bisher dringliche verkehrliche Erfordernisse berücksichtigen. Wir wollen eine verlässliche langfristige Infrastrukturplanung auf Bundesebene. Und wir wollen als Hauptnutzer des Netzes dabei eingebunden werden“, so Zeil. Bahnchef Mehdorn sieht die DB hier gut gerüstet: „Mit dem Masterplan Bayern 2030 geht die Bahn in Bayern die Herausforderung einer langfristigen, verkehrlich orientierten Infrastrukturstrategie an“.

Frage der Qualität

Die Qualität von Schienenpersonennahverkehr und Fernverkehr war ebenfalls ein wichtiges Thema der Gespräche. „Wir nehmen die gegenwärtigen Beschwerden unserer Kunden sehr ernst“, erklärte Mehdorn. „Die aktuellen Probleme hängen mit neuen Fahrplankonzepten sowie neuen Fahrzeugen in Nürnberg und Augsburg zusammen – bei Letzterem sehen wir die Fahrzeugindustrie in der Pflicht. Um die Qualität der Verkehrsleistungen und der Reisendeninformation auch in dieser schwierigen betrieblichen Situation in der entsprechenden Qualität sicherzustellen, haben wir bereits ein Maßnahmenpaket geschnürt. Handlungsbedarf besteht zum Beispiel bei der Kapazität im neuen Nürnberger Dieselnetz.“ Zeil erwiderte: „Wir begrüßen die Anstrengungen der Bahn, hier schnelle Verbesserungen herbeizuführen und werden sie dabei unterstützen.“

Fernverkehr

Im Fernverkehr sei für den Freistaat die attraktive Anbindung aller Landesteile das zentrale Anliegen. Konkret mahnte Zeil eine bessere Nordanbindung für Augsburg und die mittelfristige Wiederaufnahme des Fernverkehrs nach Tschechien an. Für den Fernverkehr sei nach dem Grundgesetz ausschließlich der Bund zuständig, der eine angemessene Anbindung auch dort sicherstellen müsse, wo es für die DB nicht wirtschaftlich ist. ❐

Verbände-Appell zum Konjunkturprogramm II:

Kein Ausschluss von Bus und Bahn bei Zukunftsinvestitionen!

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo), der Verband der Bahnindustrie in Deutschland (VDB), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), die Allianz pro Schiene, der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Pro Bahn, der ACE Auto Club Europa und der BUND appellieren gemeinsam an Bund und Länder, den Ausschluss des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Regierungsentwurf „Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder“ zurück zu nehmen. Die Verbände fordern, das Gesetz flexibel zu gestalten und so zusätzliche Investitionen in den ÖPNV zu ermöglichen.

Die Verbände begrüßen, dass die Bundesregierung ein zweites Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht hat, das zusätzliche Investitionen für die Förderung von nachhaltiger Mobilität ermöglicht. Gleichzeitig kritisieren die Verbände, dass der Öffentliche Personennahverkehr bei den kommunalen Investitionen explizit ausgeschlossen werden soll. Dies sei aus mehreren Gründen komplett paradox:

1. Busse und Bahnen sichern Arbeitsplätze in Deutschland. Investitionen der ÖPNV-Branche gehen zu 90 Prozent in die lokale – meist mittelständische – Wirtschaft. So sichert der ÖPNV hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland, die nicht ins Ausland verlagerbar sind.

2. Die international hoch angesehene Infrastruktur von Bussen und Bahnen in Deutschland ist vielerorts in die Jahre gekommen. Viele Anlagen stammen aus den 1960er und 70er Jahren. Hier besteht großer Erneuerungsbedarf, der bislang von keinem Finanzierungsinstrument abgedeckt wird. Allein in den Jahren 2009 und 2010 sind zusätzliche Investitionen von weit über einer Milliarde Euro im ÖPNV umsetzbar.

3. Busse und Bahnen sind unverzichtbar für Bund und Länder, um die völkerrechtlich bereits festgelegten und die aktuellen Klimaziele der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Sie erbringen die gleiche Leistung wie ein Pkw im Durchschnitt für nur ein Drittel des Kohlendioxids. Dazu vermeiden die Kunden des ÖPNV täglich 18 Millionen Autofahrten.

Die Verbände fordern daher, dass Bundestag und Bundesrat den im Regierungsentwurf vorgesehenen Ausschluss des ÖPNV im „Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder“ zurücknehmen und so zusätzliche Investitionen in den ÖPNV ermöglichen. ❐

Augsburger Buskonferenz:

Westlicher Landkreis profitiert

Die Suche nach gemeinsamen Lösungen für die nach dem Fahrplanwechsel im Dezember aufgetretenen Probleme im öffentlichen Personennahverkehr stand im Blickpunkt einer Buskonferenz im Augsburger Landratsamt. Auf Einladung von Landrat Martin Sailer trafen sich Vertreter des Augsburger Verkehrsverbundes (AVV), der Regionalbus Augsburg GmbH (RBA) und Bürgermeister aus dem westlichen Landkreis zum angeregten Meinungsaustausch.

Das Treffen - bereits das zweite innerhalb einer Woche - hatte Sailer nach dem missglückten Start des Regio-Schienen-Taktes auf den Bahnlinien R6 und R4 Richtung Dinkelscherben und Meitingen vorgeschlagen. Zuvor schon hatten Vertreter der Bahn und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mit Bürgermeistern aus dem Landkreis um Verbesserungen gerungen. Nach dem anfänglichen Chaos aufgrund des Fahrplanwechsels waren zahlreiche Beschwerden und Hilferufe verärgerter Bürger auch im Landratsamt eingegangen.

Anregungen und Beschwerden

Auch die Vertreter der Gemeinden hatten eine Reihe von Anregungen, Beschwerden und Vorschlägen für die Verkehrsunternehmer im Gepäck. Markus Egger, Leiter des RBA-Betriebs in Augsburg, meinte, der Leitgedanke bei der Fahrplangestaltung sei es gewesen, immer Anschluss an Züge herzustellen, die nach Augsburg und dann weiter nach München fahren. RBA und AVV hatten bereits im Vorfeld der Sitzung nach Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Insbesondere bei den Schülerverbindungen sollen nun Maßnahmen getroffen werden, die die aufgetretenen Probleme beseitigen. Für Schüler, die durch den immer vielfältiger werdenden Nachmittagsunterricht insbesondere an den Gymnasien derzeit am Bahnhof längere Wartezeiten auf den nächsten Anschlussbus haben, liegt ein Lösungsvorschlag auf dem Tisch. Bei einer Kostenbeteiligung von Landkreis und Kommunen können am Nachmittag zwei zusätzliche Fahrten ab Gessertshausen Bahnhof eingerichtet werden, so dass im 30-Minuten-Rhythmus Abfahrten der Linie 604 umgesetzt werden können.

Die Berufspendler äußerten zahlreiche Wünsche für das Fahrplanangebot im Neufnachtal. Durch die veränderten Abfahrzeiten der Züge mussten morgens einige Busse um bis zu 20 Minuten verlegt werden. Gleichzeitig entstanden dadurch zahlreiche neue Anschlussverbindungen an die Züge des Fugger-Express Richtung München. Markus Egger unterbreitete das Angebot, einen bisher in Fischach beginnenden Bus (6.22 Uhr) bereits in Langenneufnach (6.11 Uhr) einzusetzen und damit eine Lücke im Fahrplan zu schließen.

Kostenbeteiligung

Nach Berechnungen des AVV summieren sich die Kosten für die Verbesserungen auf 42.000 Euro für 2009. Den Betrag müssten sich der Landkreis (60 Prozent) und die begünstigten Gemeinden (40 Prozent) teilen. Die Entscheidung hierüber steht aber noch aus.

Egger machte aber auch deutlich, dass sich die Fahrgastzahlen positiv entwickeln müssten, um das derzeit gerade im Berufsverkehr schon gute Fahrplanangebot sowie die geplanten zusätzlichen Fahrten dauerhaft anbieten zu können.

Offensichtlich entstehen aber auch Probleme beim Umstieg von Bus und Bahn auf die Straßenbahn. Einige Bürgermeister klagten, ihnen sei berichtet worden, dass in den Hauptverkehrszeiten die Straßenbahnen übervoll seien und die Kapazitäten nicht ausreichten. Sailer sagte zu, hier das Gespräch mit den Stadtwerken zu suchen, um zu einer Lösung zu kommen. **KI**

Das neue Dienstfahrzeug mit Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Europäischen Metropolregion Nürnberg und dem Sponsor, Eugen Wexler jun., EuWe Eugen Wexler GmbH, Lauf a. d. Pegnitz. Bild: Stadt Nürnberg/Ralf Schedlbauer

Metropolregion Nürnberg:

Umweltfreundlich mobil

Vor kurzem übergab Eugen Wexler jun. den neuen Dienstwagen der Metropolregion Nürnberg. EuWe Eugen Wexler ist ein mittelständischer Automobilzulieferer aus Lauf, der den umweltfreundlichen BMW finanziert. Das Auto verbraucht mit 4,7 Litern wenig Benzin und zeigt auch beim CO2-Ausstoß mit 123g einen guten Wert.

„Der Erfolg unseres Familienunternehmens ist eng mit der Region verbunden, in der es sich von einer Handvoll Beschäftigten in 40 Jahren zu einem der großen inhabergeführten Unternehmen entwickelt hat. Für uns ist es wichtig, dass sich der Standort für die Zukunft fit macht. Dazu leistet die Metropolregion einen wichtigen Beitrag“, so Firmenchef Eugen Wexler jun., zu den Gründen für das Engagement seines Unternehmens.

Dabei zeigten sich vor allem Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Metropolregion, und ihr Team erfreut. Die Metropolregion ist häufig unterwegs. Dies entspricht dem Prinzip der gleichen Augenhöhe, das in der Praxis bedeutet, dass die Sitzungen überall bei den Mitgliedskörperschaften in der Region stattfinden und nicht etwa alle in Nürnberg.

EuWe gehört zu den „Heimlichen Weltmeistern“ in der Metropolregion, die wenig bekannt, aber sehr erfolgreich im Wettbewerb sind. Das Familienunternehmen fertigt und entwickelt mit weltweit 1.500 Mitarbeitern – davon 800 in Lauf - Hightech-Kunststoffprodukte für den Autoinnenraum. Es ist besonders für Handschuhkästen und Kofferraumverkleidungen bekannt. ❐

Landkreise Kitzingen und Schweinfurt:

Gemeinsame Wege bei der Radtourismus-Vermarktung

Erstmals werden die Radwanderwege in den Landkreisen Kitzingen und Schweinfurt gemeinsam beworben. Die beiden Nachbarlandkreise haben sich zusammengetan und werben gemeinsam im Pocketguide „Deutschland per Rad entdecken“, der von der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. herausgegeben wird. Schließlich macht ein radelnder Urlauber nicht an Landkreisgrenzen halt.

Es gibt viele gute Gründe für diese Kooperation. Allen voran stehen natürlich die Schlagworte Wein, Main und Steigerwald: Beide Regionen sind landschaftlich geprägt durch den Main und den Steigerwald, und auch der beliebte Frankenwein gedeiht sowohl im Kitzinger als auch im Schweinfurter Land hervorragend. Diese Komponenten sind für den Fahrradtourismus von großer Bedeutung und lassen den Urlaub unvergesslich werden.

Rad fahren liegt nach wie vor im Trend: Mehr als 22 Millionen Deutsche steigen für einige Urlaubstage oder gar -wochen auf ihre Drahtesel. Franken ist hier bundesweit die drittbeliebteste Region für Fahrradurlauber. Und gerade in dem Landstrich zwischen Main und Steigerwald erfreut sich das Radfahren immer größerer Beliebtheit; zumal das Radwanderwegenetz hervorragend ausgebaut ist.

Durch die gemeinsame Werbung der Landkreise Schweinfurt und Kitzingen sollen die Gäste nicht nur in die Region um Main und Steigerwald gelockt, sondern anschließend auch hier gehalten werden. Deshalb wird auch im Internet der jeweilige Nachbarlandkreis verlinkt, um auch digitalen Urlaubsplaner die Landkreise vorzustellen. ❐

Kommunaler Winterdienst:

Schnee und Eis im Griff

Mit zum Teil heftigen Schneefällen hat der Winter Deutschland seit Monaten flächendeckend im Griff. „Der kommunale Winterdienst hat den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit in seinem Zuständigkeitsbereich souverän gewährleistet", stellte jetzt Dr. Rüdiger Siechau, Vorstandsvorsitzender des VKS im VKU, fest.

In vielen Städten seien die kommunalen Dienstleister aufgrund der guten Leistung inzwischen sogar von Unternehmen gefragt worden, ob sie auch den Winterdienst im Auftrag für Privatunternehmen auf deren Flächen und Plätzen durchführen wollen. Selbst für rathausnahe Flächen mussten sich zuständige Facility-Management-Unternehmen in Einzelfällen für den Winterdienst Unterstützung beim kommunalen Stadtreinigungsbetrieb holen.

Beschwerdemanagement

Einige schlecht vorbereitete private Dienstleister, die z.B. für den Winterdienst auf Gehwegflächen ohne Anlieger, Brücken, Radwegen und Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs von Kommunen eingesetzt werden, lieferten in der diesjährigen Wintersaison zum Teil unzureichende bzw. keine Leistung zum vereinbarten Winterdienst ab, so Siechau. Ein funktionierendes Beschwerdemanagement, wie bei Kommunen inzwischen Standard, war bei diesen Vertragspartnern ebenfalls meist nicht vorhanden. Also mussten mancherorts wieder kommunale Unternehmen einspringen und die Aufgaben der Privatfirmen übernehmen, um die Verkehrssicherheit auf Straßen und Plätzen herzustellen.

Unkenntnis der Bürger

Viele Beschwerden über fehlenden Winterdienst beruhen allerdings auch auf der Unkenntnis der Bürger und Verkehrsteilnehmer darüber, wer wann und wo verpflichtet ist, Winterdienst durchzuführen und wer nicht. Die Pflicht zum Winterdienst haben die Kommunen Siechau zufolge nur auf gefährlichen und verkehrswichtigen Straßenabschnitten und auch nur während der Tageszeit. Dazu sind die Stadtreinigungsbetriebe meist zwischen 3 und 6 Uhr morgens unbemerkt im Einsatz, um schon vor Beginn des Berufsverkehrs die Hauptverkehrswege und gefährlichen Stellen im städtischen Straßennetz von Schnee zu räumen und gegen Glätte abzustreuen.

Anlieger sind zuständig

Nebenstraßen und Plätze werden quasi als Kür nur bei anhaltendem Schneefall passierbar gemacht, wenn dafür noch Kapazitäten bestehen. Für Winterdienst auf Gehwegen ist jeweils der Anlieger/Anwohner zuständig - ohne Wenn und Aber. Leider gibt es laut Siechau noch zu oft Versäumnisse beim Winterdienst der Anlieger auf Gehwegen, denn im Schadensfall haftet der winterdienstpflichtige Bürger gegenüber dem Unfallopfer.

Professioneller Einsatz

„Profis und Bürger müssen sich gleichermaßen sorgfältig auf den Einsatz im Winter durch geeignete Auswahl von Räumwerkzeugen und Streumitteln und die Sicherstellung von Einsatzhelfern für den Winterdienst vorbereiten", fasste der VKS-Vorstandsvorsitzende zusammen. "Der kommunale Winterdienst hat seinen Teil dazu beigetragen und dem Bürger und Verkehrsteilnehmer gut vorbereitet und professionell die weniger angenehmen Seiten des Winters so erträglich wie möglich gestaltet." **DK**

Die Auswahl der Vorsatzgeräte allein für die Unimog-Baureihen trägt jedem individuellen Bedürfnis Rechnung. Deshalb ist es besonders wichtig, mit großer Sorgfalt eigene Notwendigkeiten zu recherchieren und zu formulieren. ❐

IFAT zukünftig alle zwei Jahre

Die weltgrößte Umweltmesse IFAT geht vom Drei- in den Zwei-Jahres-Turnus

Die Umweltmesse IFAT, die 16. Internationale Fachmesse für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling, wird nicht im Frühjahr 2011, sondern bereits vom 13. bis 17. September 2010 stattfinden. Ab 2012 kehrt die IFAT zum Frühjahrstermin zurück.

Der Termin 7. bis 11. Mai 2012 steht ebenfalls bereits fest. Ab dann findet die IFAT alle zwei Jahre im Frühjahr statt. Mit dem Turnuswechsel trägt die Messe München dem wachsenden Umweltmarkt und Wünschen aus der Industrie nach einem weiteren Ausbau der internationalen Führungsposition der IFAT Rechnung. Die IFAT ist nicht nur ein bedeutender Marktplatz für die stark exportorientierten Unternehmen mit Umwelttechnologien und Umweltdienstleistungen aus Deutschland. Vor allem aus dem Ausland registriert die IFAT seit Jahren ein wachsendes Interesse und verbuchte bei der jüngsten Veranstaltung 2008 eine Rekordbeteiligung mit Ausstellern aus 44 Ländern und einem kräftig gestiegenen Fachbesuch aus 163 Ländern.

Weltweit wachsendes Marktvolumen für Umwelttechnik

„Der Bedarf an Informationen und in der Folge an Investitionen beschleunigt sich weltweit, wie das wachsende Marktvolumen für Umwelttechnik zeigt. Durch die Verkürzung des Messe-Turnus tragen wir dieser zunehmenden Nachfrage Rechnung. Gleichzeitig stärken wir damit die IFAT als internationale Leitmesse für die Branche im Konzert der steigenden Anzahl von Umweltmessen in zahlreichen Ländern", sagt Eugen Egetenmeir, Mitglied der Geschäftsführung der Messe München.

Pflichttermin

„Die IFAT ist die entscheidende Drehscheibe auf dem internationalen Markt. Die Verkürzung auf einen Zwei-Jahres-Turnus ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sie - im Interesse der ausstellenden Unternehmen und deren Kunden - die Kundenbeziehungen intensiviert und noch stärker zum internationalen Pflichttermin für die Entscheider auch in Politik und Wirtschaft wird", erklärt Dr. Johannes F. Kirchhoff, Vorsitzender des IFAT Fachbeirats.

Auch die ideellen Träger der IFAT, namentlich die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA), der Verband Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im Verband Kommunaler Unternehmen e.V. (VKS im VKU), der Verband der Arbeitsgeräte- und Kommunalfahrzeug-Industrie e.V. (VAK) und der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) mit seinen Fachverbänden Verfahrenstechnische Maschinen und Apparate, Armaturen, Pumpen und Systeme sowie Kompressoren, Druckluft- und Vakuumtechnik unterstützen die Entscheidung zum Turnuswechsel. ❐

Gründung Akademie für Kommunalfahrzeugtechnik:

Wissenspartner für Entsorgungsunternehmen

Im Februar wurde die Akademie für Kommunalfahrzeugtechnik GmbH (AKT) gegründet. Sitz der Gesellschaft ist Berlin und als Geschäftsführer wurden zwei Kenner der Branche, Dr. Hans-Peter Obladen sowie Burkard Oppmann, berufen. Ziel der Akademie ist, fachgerechte Weiterbildungsprogramme für die Entsorgungsbranche anzubieten.

Zur Umsetzung des Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetzes liegt bereits ein praxisnahes Konzept vor. Mit Schulungen, Seminaren und Qualifizierungsmaßnahmen sollen Mitarbeiter der Entsorgungsbranche gezielt geschult werden. Die Akademie vermittelt sofort anwendbares Wissen und Ideen zur Optimierung rund um die Kommunalfahrzeugtechnik. Gerade die Spezialisierung auf die Kommunalfahrzeuge unterscheidet die Schulungen, Seminare und Qualifizierungsmaßnahmen der Akademie von anderen Angeboten zur Erfüllung des Gesetzes. „Fähiges Fachpersonal für unsere Branche zu finden, die sehr speziell ist und der immens viel Verantwortung inne wohnt, wird immer schwieriger. Mit der Akademie für Kommunalfahrzeugtechnik geben wir Unternehmen die Möglichkeit, ihr eigenes Personal fundiert und „kommunalfahrzeugnah" weiterzubilden." So Burkard Oppmann zu den Intentionen. Obladen sieht darüber hinaus wichtige Kriterien: „Unsere Trainingsprogramme sollen die Motivation der Mitarbeiter sowie die Identifikation mit dem Unternehmen fördern." Mit regelmäßigen Terminen für Schulungen ist die Akademie der Wissenspartner der Entsorger.

Kontakt:
office@kommunalfahrzeuge.biz
www.kommunalfahrzeuge.biz.

Demopark 2009 in Eisenach:

Breites Spektrum an Baumaschinen

Frankfurt am Main, 16.02.2009 - Kompakte Baumaschinen sind neben Rasen- und Arealpflegegeräten das dritte große Standbein der demopark und demogolf, Europas größter „grüner" Freilandausstellung. Das 25 Hektar große Gelände auf dem Areal des Flughafens Eisenach bietet exzellente Vorführbedingungen für Mini- und Mobilbagger, Rad-, Kompakt- und Raupenlader sowie Dumper, Teleskopen, etc. Der Charme dieser bei Landschaftsgärtnern, Kommunalvertretern und Greenkeepern gleichermaßen beliebten Messe im Herzen Deutschlands besteht darin, dass sämtliche Maschinen im praktischen Einsatz vorgeführt werden können. Die Besucher erleben die Produktrange der Aussteller hautnah und können sich dabei in lockerer Atmosphäre direkt mit den Herstellern austauschen.

Die Baumaschinenbranche steht derzeit vor großen Herausforderungen. Herrschte bis Herbst vergangenen Jahres vielfach noch Euphorie nach Zeiten des Booms, so hat die Finanzkrise inzwischen zu herben Auftragsrückgängen geführt. Ob die staatlichen Konjunkturpakete ausreichen werden, den Markt wieder anzukurbeln, bleibt abzuwarten. Dennoch steht schon jetzt fest, dass wieder eine große Anzahl renommierter Hersteller ihre aktuellen Baumaschinen und Anbaugeräte auf der demopark präsentieren wird.

Trends bei Rad- und Kompaktladern

Der kompakte Radlader ist das Erfolgsmodell unter den Baumaschinen in Deutschland. In keinem Land der Erde werden so viele Radlader eingesetzt wie hierzulande. Dank der zahlreichen, unterschiedlichen Anbaugeräte hat sich diese beliebte Baumaschinengattung inzwischen zum flexiblen Allrounder entwickelt. Da insbesondere kompakte Radlader häufig von wechselnden Bedienern gefahren werden, verfügen sie durchweg über eine robuste Technik, weisen eine gute Rundumsicht auf und sind intuitiv bedienbar. Ihre Joysticksteuerung umfasst teilweise bereits den dritten Steuerkreis für die Zusatzhydraulik oder sogar für den Schnellwechsler. Klappschaufel oder Mulchgreifer lassen sich damit bequem mit einer Hand steuern. Zweikreishydraulikanlagen gewährleisten durch getrennt voneinander arbeitende Ölpumpen, dass bei der Betätigung der Lenkung die Geschwindigkeit des Hubgerüstes unbeeinflusst bleibt. So lässt sich noch produktiver arbeiten.

Einsatz auf sensiblen Böden

Auf der demopark werden auch die neuesten Kompaktraupenlader zu sehen sein. Diese gerade für den Einsatz auf sensiblen Böden äußerst interessante Maschinengattung zeichnet sich durch große Motor- und Hydraulikleistungen sowie hohe Schubkräfte aus. Aufgrund ihrer breiten Gummiketten haben Kompaktraupenlader einen sehr geringen Bodendruck. Die hohe Traktion ermöglicht ihren Einsatz auf nassen und feuchten Untergründen sowie das Arbeiten am Hang.

Mini- und Kompaktbagger

Der Trend zu mehr Motor- und Hydraulikleistung und größerer Schubkraft hält auch bei Mini- und Kompaktbaggern an. Dank optimiertem Maschinendesign und neuen Dieselmotoren wird ihr Gewicht immer kleiner, während sich die Leistungswerte weiter verbessern. Die „flexiblen Kraftzwerge" punkten daher auch auf beengten Baustellen und kommen selbst durch schmale Gartenpforten. Als sogenannte Nullheckbagger drehen sie sich ohne jeglichen Hecküberstand innerhalb ihrer Kettenbreite und ziehen beispielsweise problemlos Gräben dicht entlang von Wänden.

Minibagger und Radlader sind nach wie vor die Schlüsselmaschinen auf vielen Baustellen – auf der demopark können die brandneuen Modelle eingehend getestet werden. Foto: Volvo

Sparsamer Verbrauch. längere Lebensdauer

Durch abgas- und geräuschreduzierte Direkteinspritzer-Dieselmotoren haben sich bei den neuen Modellen nicht nur die Wartungsintervalle verlängert, sondern es lässt sich auch Kraftstoff einsparen. Die Motoren schalten teilweise automatisch in den Leerlauf, wenn einige Sekunden kein Steuerelement betätigt wird. Das führt zu weiterer Kraftstoffeinsparung und verlängert die Lebensdauer des Motors. Verminderte Lärmemissionen tragen zum entspannten Arbeiten bei.

Moderne Kompaktbagger verfügen heute in der Regel serienmäßig über einen zusätzlichen doppelt wirkenden Hydraulikkreislauf, der mit dem Joystick feinfühlig angesteuert werden kann. Aufgrund dieser Proportionalsteuerung lassen sich sämtliche Anbauwerkzeuge millimetergenau positionieren.

Mehr Produktivität durch Tiltrotatoren

Durch den Anbau von Tiltrotatoren können Bagger noch rentabler eingesetzt werden. Bei einigen neuen Kompaktbaggern, die auf der demopark gezeigt werden, werden diese effizienten Schwenkeinrichtungen bereits serienmäßig angeboten. Damit lassen sich die ansonsten starr angebauten Tieflöffel und andere Werkzeuge nach rechts und links schwenken und sogar um 360 Grad drehen. So können etwa Fundamente, Rohre und andere Hindernisse unterschachtet werden. Bei harten Böden wird durch das seitliche Anstellen des Löffels die Brechkraft gesteigert. Der versierte Bediener kann somit noch präziser und schneller arbeiten. Mit Zusatzgeräten wie Verdichterplatte, Stein- und Sortiergreifer, Asphaltschneider und Aufreißzahn erweitert sich das Einsatzspektrum der Geräte.

Werkzeugwechsel

Schnellwechsler mit automatischen Ölkupplungen ermöglichen den Wechsel der Werkzeuge, ohne dass der Fahrer dabei die Kabine verlassen muss. In Schweden wird kein Bagger mehr ohne Tiltrotator ausgeliefert. Interessierte Besucher der demopark haben die Möglichkeit, die pfiffigen Geräte selbst auszuprobieren. ❐

Sonderschau Rasen auf der demopark

demopark und demogolf 2009, die vom 21.-23. Juni in Eisenach stattfinden, präsentiern eine eigenständige Sonderschau zum Thema Sport-, Golf- und Gebrauchsrasen.

Die kompetente Unterstützung der Deutschen Rasengesellschaft, DRG, stelle eine umfassende Information und Beratung während der Messe sicher, teilt der VDMA Landtechnik als ideeller Träger der Veranstaltung mit.

Die Sonderschau bietet Fachbesuchern alles Wissenswerte rund um das Thema Rasen. So werden beispielsweise nach einer Vorführung von Lockerungsgeräten direkte Messungen auf der Rasenfläche durchgeführt und interpretiert. Zu dem Praxisangebot auf der in diesem Jahr erweiterten Rasenfläche zählen Themenbereiche wie „Vom Saatgut zum Rasen", „Effiziente Rasenberegnung", „Einsatz von Wetting Agents" oder „Objektive digitale Narbenerfassung".

Informationen zu Sorten- und Mischungsversuchen mit den wichtigsten Gräserarten oder zu Mess- und Bewertungstechniken zur Beurteilung von Rasenqualitäten werden Experten der DRG. zusammen mit Züchtern und Vertriebsfirmen auf der Sonderschau vorstellen. ❐

„Kraftstoffsparer“ Unimog

Zwei Tests, durchgeführt im Juli dieses Jahres im Testzentrum Technik und Betriebsmittel der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) im hessischen Groß-Umstadt brachten den Beweis an den Tag: Der Mercedes-Benz Unimog U 400 ist im Kraftstoffverbrauch bei Transportfahrten und beim Mähen von Straßenbegleitgrün deutlich sparsamer als vergleichbare Ackerschlepper.

Viele Anwender wissen es schon lange: Der Unimog ist im Vergleich zu seinen Wettbewerbern deutlich günstiger im Kraftstoffverbrauch. Ein wesentliches Argument bei den Schwankungen der Erdölpreisen. Längst nehmen die Lohnkosten nicht mehr den größten Einzelposten in der wirtschaftlichen Rechnung ein. Vielmehr sind mittlerweile die Kraftstoff- bzw. Energiekosten an die erste Stelle gerückt. Diese Entwicklung und die positiven Rückmeldungen aus der Praxis haben waren Anlass für die Daimler AG, ein unabhängiges Gutachten zum Kraftstoffverbrauch des Unimog erstellen zu lassen. Die Ergebnisse der Tests sind ausgesprochen gut.

DLG-Testzentrum

Das DLG-Testzentrum für Technik und Betriebsmittel zählt mit ca. 800 Tests jährlich zu den bedeutendsten Dienstleistern auf diesem Gebiet in Europa. Vor dem Test legen die DLG-Ingenieure die Testkriterien und -ziele fest. Getestet wird nach modernen Messmethoden, nationalen und internationalen Normen und Vorschriften. Die Bewertung der Produktleistung wird anhand festgelegter Bewertungsstandards vorgenommen. Der Vorteil dieses Testverfahrens liegt darin, dass Fragestellungen aus der Praxis durch individuelle Prüfkonzepte beantwortet werden. Die detaillierten Prüfberichte der FokusTests 5810F für die Transportfahrt und für den Mäheinsatz mit dem Mercedes-Benz Unimog U 400 können kostenlos unter: www.dlg-tesLde heruntergeladen werden.

Anschaffungspreis wird durch Minderverbrauch egalisiert

Der Unimog, so lässt sich errechnen, verbraucht im Einsatz als Transport- und Zugmaschine für Anhänger auf der Straße bis zu 40 Prozent weniger Kraftstoff bei gleichzeitig entsprechend geringerem CO2-Ausstoß als Ackerschlepper. Die DLG-Studie weist einen durchschnittlichen Mehrverbrauch von 13 l/h der Traktoren bei gleicher Fahrgeschwindigkeit aus.

Rechnet man dies auf etwa 10.000 Betriebsstunden eines Fahrzeuglebens hoch, so ergibt sich eine Betriebskostendifferenz von 195.000 Euro (13 l/h x 10.000 h x 1,50 €/l Diesel) zugunsten des Unimog. Eine gewaltige Summe. die auch eindrucksvoll bleibt, wenn nur die Hälfte der Zeit im Transporteinsatz gefahren wird. Kurz gesagt, der Unimog egalisiert seinen kompletten Anschaffungspreis durch Minderverbrauch.

Berücksichtigt man darüber hinaus die heute allseits prognostizierte weitere Verteuerung der Kraftstoffpreise, dann wird der Unimog zum wahrhaften Wirtschaftswunder.

Dieser enorme Energiespar-Vorteil beruht unter anderem auch auf den zahlreichen technischen Detaillösungen des Unimog. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet das Leichtlaufgetriebe UG 100/8, da es über geringe Ölmengen verfügt und einen hohen Wirkungsgrad durch schräg verzahnte, gehärtete und geschliffene Zahnräder besitzt.

Technische Details

Die Klauenkupplungen zur Schaltung von Allradantrieb und Differenzialsperren laufen extrem verlustarm im Gegensatz zu den nassen Lamellenkupplungen vieler Wettbewerbsprodukte. Eine praxisgerechte Getriebeabstufung mit 24 Gängen von 100 m/h bis 90 km/h sowie die extrem reduzierte Motordrehzahl von 1.200 U/min im Bereich von 60 bis 80 km/h wirkt sich ebenfalls verbrauchsreduzierend aus.

BlueTec-Motortechnologie

Im Zusammenhang mit dem Kraftstoffverbrauch schließt sich die Frage nach der Abgasemission an. Auch hier kann der Unimog seine Vorteile durch die BlueTec-Motorentechnologie im Vergleich zu seinen Wettbewerbern voll nutzen. Sie reduziert nicht nur den Kraftstoffverbrauch, sondern auch den NOx- und Rußpartikelausstoß (Feinstaub). Das macht ihn zum umweltfreundlichsten Geräteträger seiner Klasse. Der Unimog mit Euro 4 erhält die grüne Feinstaubplakette, die freie Fahrt in Umweltzonen erlaubt.

Off Road Award: Mercedes-Benz Unimog ist Geländewagen des Jahres 2009: Bereits zum fünften Mal in Folge ist der Mercedes-Benz Unimog von den Lesern der Fachzeitschrift OFF ROAD zum besten Geländewagen des Jahres in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“ gekürt worden. ❐

Zusammenfassung DLG Fokus-Test

Kraftstoffverbrauch bei Transportfahrt *

Inhalt des Tests war die Ermittlung des Kraftstoffverbrauchs eines Mercedes-Benz Unimog U 400 bei Transportarbeiten mit 21 t Anhängelast auf einem Tandem-Starrdeichselanhänger. Der Verbrauch wurde bei zwei verschiedenen Fahrgeschwindigkeiten bei Fahrten im öffentlichen Straßenverkehr ermittelt. Die gefahrenen Strecken waren 19 km in der Ebene und etwa 5 km am Berg. Zum Vergleich wurden die Messergebnisse anderer Schlepper herangezogen, die mit demselben Anhänger auf denselben Strecken gefahren wurden.

Bei den Straßenfahrten wurde über die jeweiligen Gesamtstrecken der gesamte Zeitbedarf und der Kraftstoffverbrauch für die Gesamtstrecke ermittelt. Zusätzlich wurden sechs Einzelmessungen im Konstantbetrieb während der Fahrt mit einer Messstrecke von jeweils 200 m Länge durchgeführt. Dabei wurde auch die Motordrehzahl gemessen. Der Verbrauch wurde mit einem Pierburg-Messgerät PLU 116 im kurzen Kreislauf ermittelt. Zur Messung von Strecke und Fahrgeschwindigkeit diente ein Wegmessrad. Mit dem Unimog U 400 mit Euro 3-Motor/Euromot 3A und 205 kW Leistung bei 2.200/min, 7.940 kg Leergewicht und einer Anhängelast von 21.000 kg, wurden zwei Fahrten auf Bundesstraßen mit einer für diese Fahrzeugklasse zu lässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h und zwei Fahrten mit reduzierter Motordrehzahl bei etwa 50 km/h gemessen. Die Messfahrten mit 50 km/h dienten hauptsächlich zum Vergleich mit Schleppern mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h, die häufig für Transporte in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen. Die Angabe des Verbrauchs in Liter pro Stunde (l/h) ist ein Maß für die mittlere Auslastung des Motors während der Messfahrt. Die Angabe des Verbrauchs in Liter auf 100 km (l/100 km) wurde errechnet aus dem Gesamtverbrauch und der Strecke für die gesamte Messung.

Verbrauchsvorteil

In der abschließenden Zusammenfassung und Beurteilung zum Transporteinsatz heißt es im DLG-Prüfbericht zum Unimog U 400 wörtlich: „Bei den Transportmessungen auf ebener Straße war der Kraftstoffverbrauch bezogen auf vergleichbare Ackerschlepper wesentlich geringer. Beim Fahren mit 60 km/h auf Bundes- und Landstraßen kann die Motordrehzahl im schnellsten Gang sehr weit reduziert werden, so dass sich ein erheblicher Verbrauchsvorteil ohne Einbuße an Fahrgeschwindigkeit ergibt. Auch bei Bergfahrten lässt sich mit dem Fahrzeug Kraftstoff sparen. Diese Ergebnisse werden mit sehr gut bewertet.

Gute Ergebnisse auch heim Mähen

Der Kraftstoffverbrauch bei Mäharbeiten wurde im Powermixverfahren des DLG-Testzentrums mit dem Zugleistungsmesswagen simuliert. Für die Simulation der Mäharbeiten wurde ein U 400 mit automatisiertem Schaltgetriebe (EAS) und hydrostatischem Zusatz-Fahrantrieb eingesetzt. Die Beurteilung des Unimog U 400 mit Euro 4-Motor und 175 kW Leistung bei 2.200/min ergibt bezogen auf die Referenzschlepper beim Kraftstoffverbrauch:

- im Gang 6 der Arbeitsgruppe ein „sehr gut“
- mit hydrostatischem Antrieb im Gang Straße 2 ein „befriedigend“ und
- mit hydrostatischem Antrieb im Gang Straße 3 ein „gut“

Zum Mäheinsatz schreiben die DLG-Testingenieure: „Die Simulation der Mäharbeiten im DLG-Powermix ergab für den Unimog im Vergleich zu unter gleichen Bedingungen gemessenen Ackerschleppern einen Kraftstoffverbrauch, der je nach Getriebeeinstellung unter, beziehungsweise nur wenig über dem eines sparsamen Schleppers und unter dem eines weniger sparsamen Schleppers lag.“ ❐

* Auszugsweise den Prüfungsberichten 5810F und 5811F der DLG e.V. entnommen.

Bester Geländewagen des Jahres

Stuttgart/München – Bereits zum fünften Mal in Folge ist der Mercedes-Benz Unimog von den Lesern der Fachzeitschrift OFF ROAD zum besten Geländewagen des Jahres in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“ gekürt worden. Der Unimog belegt bei den Sonderfahrzeugen mit überragenden 42,3 % der Leserstimmen den ersten Platz.

Gewählt wurde in den Kategorien „Geländewagen“, „Luxus-Geländewagen“, „Sports Utility Vehicles (SUV)“, „Luxus-SUV“, „Klassiker“, „Pick-up“, „Sonderfahrzeuge“ und „Crossover“. Bei den Sonderfahrzeugen - geländegängige Fahrzeuge, die zum Transport von Lasten und Gütern in entlegene Gebiete bzw. als Basis für Sonderaufbauten wie Feuerwehr-, Expeditions- und Militärfahrzeuge dienen - hatte eindeutig der Unimog die Nase vorn. Gelobt wurden seine charakteristischen Produktmerkmale wie das Konzept überragender Geländegängigkeit mit Portalachsen und enormer Verwindungsfähigkeit in Kombination mit höchster Robustheit und Solidität.

Kommunaleinsatz

Die seit Herbst 2002 in Wörth produzierte hochgeländegängige Unimog-Baureihe U 3000 bis U 5000 ist für schwierige Einsätze im Gelände abseits aller Straßen und Wege prädestiniert. Ihre Haupt-Einsatzgebiete finden sich bei der Feuerwehr, insbesondere bei der Waldbrand-Bekämpfung, im Katastrophenschutz, im Expeditionseinsatz sowie bei Service- und Wartungsarbeiten in schwer zugänglichen Gebieten.

Damit sind die Unimog-Typen U 3000, U 4000 und U 5000 die ideale Ergänzung zu den Fahrzeugen der Baureihe U 300 bis U 500, die als geländegängige Geräteträger hauptsächlich im Arbeitseinsatz bei Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes, bei kommunalen Lohnunternehmen, in der Bau- und Energiewirtschaft sowie im innerbetrieblichen Transport und im 2-Wege-Einsatz (Straße/Schiene) anzutreffen sind. Jüngster Spross der Unimog-Familie ist der 2008 in den Markt eingeführte kompakte Unimog U 20.

Die Zeitschrift OFF-ROAD veranstaltet die Leserwahl zum Geländewagen des Jahres bereits seit 1982. ❐

Herrmann startet Betrieb der VIB

Verkehrsinformationsagentur Bayern nimmt Dienst auf

„Schneller, einfacher und umweltschonender ans Ziel.“ So beschreiben Innenminister Joachim Herrmann und Dr. Hans-Jörg Grundmann von Siemens Mobility das neue Verkehrsinformationsangebot. Die privatwirtschaftlich organisierte, aber vom Freistaat unterstützte VIB stellt eine Informationsplattform bereit, die 140.000 Straßen- und Schienenkilometer mit der aktuellen und prognostizierten Verkehrslage, dem Straßenwetter und Fahrradrouten verknüpft. Das Filetstück des Angebots ist die Reiseauskunft auf www.bayerninfo.de.

„Für uns ist die VIB ein gelungenes Beispiel für die Vernetzung der Verkehrsträger und die Bündelung von Verkehrsinformationen im Sinne von Complete mobility“, sagte Dr. Hans-Jörg Grundmann, CEO von Siemens Mobility. „Siemens Mobility ist der Spezialist für Lösungen zur Mobilität von Menschen und Gütern. ❐

Verbraucht bis zu 40 % weniger als ein Traktor: der Unimog U 400.

Vergleichen lohnt sich. Denn der Unimog macht sich schon an der Zapfsäule bezahlt: Mit bis zu 40 % weniger Kraftstoffverbrauch und bis zu 40 % weniger Emissionen als ein Ackerschlepper. Laut DLG-Vergleichsstudie beträgt die Kraftstoffersparnis dabei durchschnittlich 13 Liter pro Betriebsstunde. Mehr Informationen bei Ihrem Unimog-Partner oder unter: **www.mercedes-benz.de/unimog**

Mercedes-Benz

Beutlhauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29 – 33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beutlhauser.de

Von links: Regierungsvizepräsident Dr. Eugen Ehmann, Regierungsdirektorin Karin Wirsching für Präsident Bernd Linstädt, Leitender Baudirektor Reinhold Geistmann für Leitenden Baudirektor Friedrich-Wilhelm Brumberg, erster Bürgermeister Franz Winter, Gabriele Sörgel (Vorsitzende BAG Mittelfranken), Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer, Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Landrat Herbert Eckstein, stellvertretende Bezirkstagspräsidentin Karin Knorr). ❐

Konjunkturpaket II:

Mittelfranken-Team zu erster Sitzung zusammengetreten

Erstmals ist das so genannte „Mittelfranken -Team Konjunkturpaket II“ zusammengetreten. Der Beirat soll von Anfang an bei der Auswahl der konkreten Projekte durch die Regierung von Mittelfranken – in Mittelfranken stehen rund 195 Millionen Euro für kommunale Projekte zur Verfügung – beteiligt werden.

Unter dem Vorsitz von Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer gehören dem „Mittelfranken – Team“ an: Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Bezirk Mittelfranken, Landrat Herbert Eckstein, Landkreis Roth, Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken des Bayer. Landkreistages, Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Stadt Fürth, Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken des Bayer. Städtetages, Erster Bürgermeister Franz Winter, Markt Dürrwangen, Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken des Bayer. Gemeindetages, Präsident Bernd Linstädt, Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayreuth, Leitender Baudirektor Friedrich-Wilhelm Brumberg, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Mittelfranken, Ansbach und Gabriele Sörgel, Stadtmission Nürnberg e.V., Vorsitzende der Bezirksarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Mittelfranken (BAG Mittelfranken).

Mögliche Förderprojekte

Zentraler Tagesordnungspunkt war die Erörterung der Ergebnisse einer ersten Abfrage bei den mittelfränkischen Kommunen über mögliche Förderprojekte. Danach ist derzeit von mehr als 1200 Anträgen mit einem Gesamtvolumen von über 650 Mio Euro auszugehen. Der Schwerpunkt der unverbindlichen Voranmeldungen liegt bei der energetischen Sanierung von Schulgebäuden und sonstigen kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, z. B. Krankenhäuser oder Lärmschutzmaßnahmen an Straßen. Erörtert wurden auch erste Überlegungen über eine ausgewogene und gerechte Verteilung der Fördergelder.

Projektmanagement eingesetzt

Zur zügigen Umsetzung der Aufgaben im Rahmen des „Konjunkturpakets II“ wurde in der Regierung von Mittelfranken ein Projektmanagement „Konjunkturpaket II“ eingesetzt. Projektmanager und Leiter ist Regierungsvizepräsident Dr. Eugen Ehmann. Zu seiner Unterstützung wurde eine „Geschäftsstelle Konjunkturpaket II“ unter Leitung von Regierungsamtsrat Karl Weeger eingerichtet. Bewerbungen für eine Aufnahme in die Projektliste sollen bis Ende März bei der Regierung von Mittelfranken eingereicht werden. Das Nachreichen von Bewerbungsunterlagen im April ist möglich. Ende April wird die Regierung von Mittelfranken die Projektliste festlegen. ❐

Niederbayerisches Landrätetreffen in Landshut:

„Wir stehen Gewehr bei Fuß“

Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung, aktuelle Fragen zur bayerischen Schulpolitik sowie beabsichtigte Neuregelungen beim Finanzausgleich standen im Mittelpunkt eines Treffens der niederbayerischen Landräte in Landshut.

„Wir stehen Gewehr bei Fuß, jeder Landrat erwartet sich aus dem Konjunkturpaket II einen Schub für seinen Landkreis, jeder will profitieren“, brachte der Vorsitzende der niederbayerischen Landräte, Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter, die derzeitige Stimmung auf den Punkt. Allerdings werfe das Konjunkturpaket II in punkto Vergabekriterien noch viele Fragen auf.

Hohe Investitionen

Nach der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung könnten ausschließlich zusätzliche Maßnahmen, die von 2009 bis 2011 realisiert werden müssten, gefördert werden. In vielen Landkreisen seien freilich in den vergangenen Jahren hohe Investitionen vorgenommen worden, gab Bernreiter zu bedenken. Er nannte als Beispiel den Landkreis Deggendorf, in dem eine neue Realschule gebaut und eine andere Schule generalsaniert worden ist. Bernreiter: „Das kostet genauso viel wie ein Neubau.“

Es könne nun nicht so sein, „dass die, die fleißig waren, bei der Förderung durch das Konjunkturpaket nicht zum Zug kommen, während andere, die nichts investiert haben, in den Genuss der Förderung kommen“, warnte der Vorsitzende vor einer Verzerrung durch Vergabe-Richtlinien, wie sie manche wohl nicht zu Unrecht befürchteten. Für die Verteilung der Mittel aus Berlin müsse ein gerechter Schlüssel gefunden werden, mahnte er an.

Noch nicht bekannt sei auch, wie die Fördersätze aussehen. Es könne nicht angehen, dass die Fördersätze für Investitionen nur geringfügig erhöht werden, „zum Beispiel von einem Fördersatz von 48 auf 50 Prozent“. Die Förderung müsse schon einen deutlichen Anreiz bieten, unterstrich Bernreiter und sprach einer Erhöhung von „mindestens 20 Prozent“ das Wort.

Klare Aussagen aus München erwarten die niederbayerischen Landräte auch zum Thema Entwicklung der Schullandschaft, für die derzeit die verschiedensten Vorstellungen und Vorschläge die Runde machen. Einer davon ist, in den Landkreisen „Runde Tische“ zu installieren. Bernreiter verwahrte sich im Namen aller niederbayerischen Landräte, dass nun die Landkreise über die Hauptschulen diskutieren sollten, wie es das Kultusministerium wünsche – denn für die Hauptschulen seien die Gemeinden und nicht die Landkreise zuständig, anders als im Fall von Realschulen und Gymnasien.

Bei einer Ausweitung der Grundschule auf fünf Jahre sehen die Landkreischefs die Gefahr, dass die für viel Geld nach der Einführung der R 6 neu errichteten oder ausgebauten Realschulen teilweise leer stehen. Mit der „Reformitis“ müsse endlich Schluss sein; Eltern und Schüler bräuchten Klarheit. Das bestehende Bildungssystem sei aufgrund der hohen Durchlässigkeit und vielfältiger Bildungschancen hervorragend und jeder Landkreis dabei, seine Hausaufgaben zu machen. Nach den tief greifenden Reformen – siehe R6 und G8 – sei eine Konsolidierung in der Schulpolitik das Gebot der Stunde.

Finanzausgleich

Einig waren sich die niederbayerischen Landräte auch beim Thema geplante Änderungen im Finanzausgleich des Freistaats, wie sie von den Bezirken Schwaben und Oberbayern gefordert werden und gegen die der Bezirk Niederbayern Einspruch erhebt. Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein habe hier die Rückdeckung durch Niederbayerns Landräte und könne auf ihre volle Unterstützung zählen, machte Bernreiter abschließend deutlich. **DK**

Viele Wünsche an Europa

Europäisches Bürgerforum formuliert Visionen zu Sozialstandards sowie Chancengleichheit und Umwelt

Würzburg. Die Bundesregierung veranstaltet gemeinsam mit der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament eine Reihe von Bürgerforen. Dabei geht es um die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas. Kürzlich erarbeiteten 80 Würzburger eine Bürgererklärung und übergaben ihre Visionen an den Oberbürgermeister, der das Papier sogleich an mehrere anwesende Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie den Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Günter Gloser, weiterleitete.

Neben Würzburg wurden Potsdam, Haldensleben, Mönchengladbach, Suhl, Neu-Isenburg, Bremen, Heidelberg und Berlin als Städte für die Europäischen Bürgerforen ausgewählt. In Würzburg trafen sich 80 Bürger im Ratssaal. Ihnen sollte Europa vor Ort erfahrbar gemacht werden. Einen Bezug zwischen dem Begriff Europa und der Lebenswirklichkeit der Menschen herzustellen sowie den Austausch zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern zu intensivieren war die Absicht dieser Veranstaltung der „European Academy Berlin“. Die Bürgerforen sollen Teil eines deutschland- und europaweiten Bürgerbeteiligungsprozesses zur Zukunft Europas darstellen. Die Arbeitsergebnisse aus den deutschen Städten sollen direkt in einen europaweiten Dialogprozess einfließen.

Podiumsdiskussion

Gäste einer Podiumsdiskussion im Würzburger Rathaus waren Günter Gloser, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, MdB Walter Kolbow und die Landtagsabgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Oliver Jörg und Simone Tolle.

Am Ende stand eine Bürgererklärung zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas, angereichert mit Visionen Würzburger Bürger zu Sozialstandards, Migration und Chancengleichheit sowie Klima und Umwelt.

Bürgererklärung

Dabei wurde schwerpunktmäßig festgehalten, dass soziale Standards stets vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen sein sollten, Grundbedürfnisse befriedigt werden, Bildung unabhängig von sozialer Herkunft gewährleistet und Bildungssysteme aufeinander abgestimmt werden sollten. Steuergerechtigkeit soll hergestellt und Steuermittel intelligent eingesetzt werden. Bürgerschaftliches Engagement soll verstärkt, gesellschaftlich anerkannt und finanziell gefördert werden. Nationalstaatlich erreichte Sozialstandards sollen nicht einem europäischen Minimalkonsens zum Opfer fallen; Gesundheitsversorgung unter Schaffung vergleichbarer Sicherungsstrukturen auf hohem Niveau vereinheitlicht werden. Die Sozialforderungen enthalten auch Arbeitsplatzsicherheit für alle Beschäftigten sowie die Verhinderung von Lohndumping. Auch wird eine Kontrolle der Marktwirtschaft mit einer Begrenzung von Managergehältern gefordert sowie der Einsatz von Gewinnen für die Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Mehrsprachigkeit fördern

Um Migration und Chancengleichheit herzustellen, soll die Mehrsprachigkeit gefördert und eine gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik sowie die Beseitigung bestehender Diskriminierungen erreicht werden. Auch geschlechtsspezifische Benachteiligungen müssten vollständig abgebaut und Kindertagesstätten in ausreichender Zahl zur kostenfreien Nutzung verfügbar sein. Gefordert wird Erziehung zu Toleranz sowie der Zugang zu allen Chancen und Ressourcen der Gesellschaft für alle Europäer. Eine gemeinsame Entwicklungspolitik, die ausschließlich auf europäischer Ebene anzusiedeln sei, sollte sich an den Interessen der Entwicklungsländer orientieren.

Für erneuerbare Energien

Klar entschieden sich die Würzburger Bürger innerhalb des Themenkomplexes Klima und Umwelt gegen die Atomkraft und für erneuerbare Energien. Güter und Dienstleistungen sollten unmissverständlich nach einheitlichen ökologischen und nachhaltigen Kriterien gekennzeichnet werden. Güterverkehr soll auf die Bahn verlagert werden. Müllexport in Drittländer soll verhindert werden. Die Kosten des Kohlendioxidausstoßes sollen die Verursacher treffen.

Daraus folgerten die Würzburger eine Kerosinsteuer (Flugbenzin) und die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer zugunsten einer Benzin- und Dieselsteuer. Bis 2020 sollen alle Kraftfahrzeuge ohne Kohlendioxidbelastung verkehren. Alle Anreize zur Verminderung von Abfall und Schadstoffausstoß sollen verstärkt werden. Die Energieeffizienz soll überall massiv optimiert werden. Landwirtschaftsprodukte sollen Bio-Standards entsprechen. Massentierhaltung und Monokulturen sollen kontrolliert werden. Durch eine Verminderung des Fleischverzehrs soll ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Gefordert wird eine Umwelterziehung für Kinder und das Unterrichtsfach „Europa“ sowie eine stärkere Hinwendung auf eine wissenschaftliche Erforschung erneuerbarer Energien und eine Höherbewertung aller Berufe im Bereich des Umweltschutzes.

Gespannt darf man sein, an welchen Punkten sich die Wünsche aus anderen Städten von den Visionen Würzburger Bürger unterscheiden.

Unter www.buergerforen.de kann man die Diskussion verfolgen und sogar online seine Meinung sagen. **wkn**

Oberfranken-Genossenschaftspräsident Manfred Nüssel:

Zentrale Absatzförderung für Landwirtschaft bleibt unverzichtbar

Bayreuth/Forchheim (fpo) - Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang Februar die Verfassungswidrigkeit wesentlicher Teile des Absatzfondsgesetzes festgestellt. Damit scheidet das bisherige Gesetz als Rechtsgrundlage für die zentrale Absatzförderung aus.

Dies bedauert der Präsident des Genossenschaftsverbands in Oberfranken, Manfred Nüsssel, sehr, „denn die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft braucht dringender denn je eine starke gemeinsame Absatzförderung sowie eine effiziente Markt- und Preisberichterstattung durch die ZMP“. Als Konsequenz des Urteils befürchtet Nüssel spürbare Wettbewerbsnachteile auf den europäischen und internationalen Märkten.

Für die genossenschaftlichen Unternehmen als wichtiger Teil der Wertschöpfungskette Lebensmittel sei die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) als Türöffner unverzichtbar, um weiterhin erfolgreich Absatzpotenziale auf EU- und Drittländermärkten erschließen zu können, so der Landwirt aus Oberfranken. Nüssel betont: Politik und Wirtschaft müssen unverzüglich eine neue tragfähige Rechtsgrundlage entwickeln, damit der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft keine Wettbewerbsnachteile erwachsen. Manfred Nüssel ist auch der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes. Vizepräsident des Genossenschaftsverbandes Oberfranken ist der Vorstandsvorsitzende der Volksbank Forchheim Gregor Scheller. **fpo**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherieble (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 43 vom 01.01.2009
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Pressedruck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bayerischer Städtetag/Oberbayern:

Bezirksumlage und Hartz IV

Der Städtetags-Vorsitzende für den Regierungsbezirk Oberbayern, Mühldorfs Bürgermeister Günther Knoblauch, zeigte sich enttäuscht: Mit der Entscheidung, die Bezirksumlage 2009 um 0,8 Prozent auf 19,6 Prozent zu erhöhen, liegt der Bezirkstag von Oberbayern an der Spitze aller sieben Bezirkstage. Während Niederbayern und Oberfranken in ihrer Umlage stabil geblieben seien, hätten vier Bezirke ihre Umlage sogar gesenkt, stellte Knoblauch bei der Bezirksversammlung in Aschheim fest.

Am niedrigsten liegt die Bezirksumlage in der Oberpfalz und in Oberfranken, jeweils mit 14,0 Prozent. In Mittelfranken wurde die Bezirksumlage um 1 Prozent auf 18,9 Prozent gesenkt, in Unterfranken um 0,5 Prozent auf 15,5 Prozent. Stabil blieb die Bezirksumlage im Bezirk Niederbayern mit 16,6 Prozent. Der Bezirkstag von Schwaben, wo bislang die Bezirksumlage die höchsten Vergleichswerte in Bayern aufzuweisen hatte, hat die Bezirksumlage um 0,3 Prozent auf 18,9 Prozent verringert.

Enttäuschter Vorsitzender

„Wir sind enttäuscht, denn eigentlich haben wir mit einer Absenkung der Bezirksumlage gerechnet“, monierte Knoblauch: „Die Umlagekraft ist doch stark gestiegen. Und bei den Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich hat sich die kommunale Familie solidarisch mit den Bezirken gezeigt: Städte, Gemeinden und Landkreise haben eine Kürzung der Mittel für den Sozialhilfeausgleich an die Bezirke nach Art. 15 FAG verhindern können.“ Die Bezirke erhalten somit wieder 580 Millionen Euro aus dem gemeinschaftlichen Topf.

Lastesel Oberbayern

„Beim Finanzausgleich haben die Bezirke der kommunalen Familie versprochen, dass alle Bezirke sich ernsthaft um eine Senkung der Hebesätze der Bezirksumlagen bemühen. Daran haben sich die meisten Bezirke gehalten, aber ausgerechnet Oberbayern ist als einziger Bezirk ausgeschert. Damit bleiben die oberbayerischen Städte und Landkreise auf den Kosten sitzen. So kann es nicht laufen, dass wir die Lastesel sind, auf die immer neue Lasten einfach drauf gepackt werden“, fuhr der Bezirksvorsitzende fort.

Trotz der steigenden Steuerkraft hat laut Bezirkstag von Oberbayern die bisherige Umlagenhöhe von 18,8 Prozent nicht genügt, um den Etat des Bezirks mit 1,2 Milliarden Euro zu decken. Über 90 Prozent des Etats fließen in Sozialausgaben. Der Bezirk verweist auf steigende Fallzahlen, auf Tarifsteigerungen und auf die verlagerte Zuständigkeit für die ambulante Eingliederungshilfe für Behinderte. Dies alles treibt die Kosten nach oben.

Verteilungsschlüssel

Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer forderte bei den Etatberatungen einen anderen Verteilungsschlüssel: Die staatlichen Ausgleichsmittel nach Art. 15 des Kommuna-

Günther Knoblauch. ❐

len Finanzausgleichsgesetzes müssten innerhalb der 7 Bezirke anders aufgeteilt werden. Aus dem Finanztopf von 580 Millionen Euro erhalte Oberbayern, das etwa ein Drittel der Einwohner Bayerns zähle, nach dem derzeitigen Verteilungsverfahren nur 11 Prozent (65 Millionen Euro). Auch der Bezirkstag von Schwaben hat gefordert, bei den Bezirken mit Ballungsräumen (Schwaben, Oberbayern und Mittelfranken), wo mit weiter steigenden Fallzahlen für Sozialausgaben zu rechnen ist, für einen gerechteren Ausgleich zwischen den Bezirken zu sorgen.

Unklare Situation

Die Zeit drängt indes beim Thema Hartz IV. „Wenn man sich in Berlin nicht bald auf eine Neuregelung einigt, wird es keine Lösung geben“, meinte Reiner Knäusl, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags. Für rund 5 Millionen Hilfeempfänger werde sich die Situation verschlechtern, weil die derzeit bestehenden Arbeitsgemeinschaften aufgelöst werden müssen. „Wir fordern deshalb Bund und Länder auf, sich umgehend auf die schon einmal getroffene Einigung festzulegen und durch eine Grundgesetzänderung die Arbeitsgemeinschaften verfassungsfest zu machen, bevor es zu spät ist“, so Knäusl.

Sowohl Kommunen als auch Bundesagentur fürchten, dass das Jahr, das nach der Bundestagswahl zur Verfügung steht, nicht ausreichen wird, um eine neue Organisation auf die Beine zu stellen. Viele Mitarbeiter orientieren sich derzeit schon um, weil ihnen die unklare Situation keine Zukunft verspricht. Die Kommunen müssen ihre Mitarbeiter wieder in die Kernverwaltung zurücknehmen. Die Bundesagentur muss bis Ende 2010 neue Fachkräfte einstellen und ausbilden. Für diese Maßnahmen wird mit einer Vorlaufzeit von eineinhalb bis zwei Jahren gerechnet.

Schnelle Einigung nötig

Kommt keine Einigung zustande, müssen die Arbeitsgemeinschaften von Bund und Kommunen zum 31. Dezember 2010 aufgelöst werden. Dann sind die Kommunen verpflichtet, ihr Personal aus den Arbeitsgemeinschaften abzuziehen; das Personal der Bundesagentur muss die Arbeit für die Beratung und die Bearbeitung der Anträge alleine bewältigen. Bei getrennten Trägern müsste jeder Träger eigenständig Anträge, Unterhaltsfeststellungen, Widerspruchsverfahren, Klageverfahren, Strafanzeigen oder Ordnungswidrigkeiten bearbeiten.

Der richtige Weg

Knäusl: „Wenn wir uns nicht schnell einigen, lassen wir die Arbeitsgemeinschaften, die ja gut funktionieren, an die Wand fahren. Was vor fünf Jahren unter großem Kraftaufwand mit den Arbeitsgemeinschaften zwischen kommunalen Sozialverwaltungen und Bundesagentur geschaffen wurde, wird nun wieder zerschlagen: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger müssen von einem Amt zum nächsten laufen. Wir dürfen nicht zertrümmern, was wir gemeinsam erreicht haben, nämlich Hilfe aus einer Hand. Das war Konsens und bleibt der richtige Weg.“ **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Das war ja wirklich das effektvollste und dabei unaufwändigste Kostüm, das ich je hatte. Danke Sabrina!“ Mein Chef, der Bürgermeister, freut sich noch eine Woche nach Aschermittwoch über die Resonanz auf sein Kostüm beim Festball unserer Faschingsgesellschaft.

Natürlich kann kein Kostüm das Werk toppen, mit dem unserer früherer Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein den Veitshöchheimer Fasching bereicherte. In unübertroffener und hochsympathischer Selbstironie verkleidete er sich da als „Zenzi“ im Brutalo-Dirndl und seine Frau, die 2008 den Münchner Wiesn-Dirndl-Dresscode missachtete, machte auf Wildschütz Jennerwein mit wildem Schnauzbart, wie ihn kein Alpenländischer-Heimatabend-Organisator hätte schöner ausstaffieren können.

Mein Chef ging auf meinen Rat hin als

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser?

„Johnny Controlletti“ – schwarzer zweireihiger Anzug mit drei Zentimeter breiten Nadelstreifen, weißes Hemd samt blutroter Krawatte, Lackschuhe mit Gamaschen wie aus einem Dreißiger-Jahre-Gangsterfilm - er sah im doppelten Sinn des Wortes zum Fürchten aus.

Das sollte natürlich auf die diversen Spitzel- und Kontroll-Affären anspielen, die in den letzten Wochen in immer kürzerer Taktung ans Licht gezerrt wurden. Ob Discounter, die ihr Personal beim Griff in die Kasse oder beim diskreten Einsacken des exquisiten Warensortiments beobachten wollten, ob ehemalige und noch real-existierende Staatsmonopolisten, die systematisch Beschäftigte bis in die höchsten Etagen ausgespäht haben oder eben auch Kommunen, die etwa Kontoabgleiche bei Bediensteten vorgenommen haben, die in betrugsanfälligen Bereichen wie der Sozialverwaltung arbeiten – alle wurden sie durch die Gazetten rauf und runter gezogen. Sogar die Phantasie von Fernseh-Drehbuchautoren wurde durch solche Schnüffeleien zu spannenden Plots angeregt, wobei die Phantasie natürlich auch zu ihrem Recht kam.

Der Spruch „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, wird ja allgemein Lenin zugeordnet. Tatsächlich hat die Sucht, umfassend Kontrolle auszuüben, wenig mit dem grundsätzlichen Primat der Freiheit zu tun. Je weniger eine Organisation sich der Loyalität ihrer Mitglieder sicher sein kann, desto mehr Kontrolle muss sie ausüben. Und wer sich der Loyalität seiner Mitarbeiter nicht sicher sein kann, der sollte mal in sich gehen und fragen, warum das so ist.

Klar, Missbrauch, Korruption am Arbeitsplatz, Betrügereien, Wirtschaftsspionage – all das muss verhindert bzw. aufgedeckt werden. Aber muss man dazu massenweise eMails lesen oder den Sachbearbeiter im Sozialamt durch Kontoabgleich unter Generalverdacht stellen? Die Balance und Transparenz, kurz: die Verhältnismäßigkeit der Mittel ist es, die ein klares, einsehbares und unbestreitbares Interesse des Arbeitgebers durchsetzen hilft. Da muss man sich nicht selbst ein Gschmäckle geben und klandestine Methoden anwenden, deren rechtliche Zulässigkeit von einem dicken Grauschleier umgeben ist.

Mein Chef, der Bürgermeister, setzt auf Vertrauen zu den Mitarbeitern im Rathaus. Als Aufhänger für diese Botschaft diente das Faschingskostüm: Durch die Verkleidung als fieser Schnüffler hat er sich auf satirische Weise sichtbar von solchen Kontrollpraktiken distanziert. Klar, wer vertraut, kann enttäuscht werden. Davor sind wir in unserem Städtchen auch nicht gefeit. Und raus kommt eh jede Sauerei, jeder macht früher oder später einen Fehler. Aber für das Arbeitsklima in der Stadtverwaltung ist es allemal besser und motivierender, wenn die Mitarbeiter nicht das Gefühl haben müssen, jede eMail wird gelesen oder Big Brother registriert, wenn man sich sein Urlaubshotel mal während der Arbeitszeit im Internet anschaut. Der französische Dichter Paul Claudel hat es auf dem heutigen Kalenderblatt so ausgedrückt: „Nichts kann den Menschen mehr stärken, als das Vertrauen, das man ihm entgegen bringt.“

Ihre Sabrina

Bezirk Unterfranken:

Maßgeschneiderte Unterstützung

Nach einer einjährigen Übergangsfrist sind nun die Aufgaben der ambulanten Eingliederungshilfe fest beim Bezirk Unterfranken etabliert. Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel informierte sich kürzlich in den neu geschaffenen Räumlichkeiten über die reibungslose Umsetzung dieses Aufgabenbereichs. Auf Grund der demographischen Entwicklung werde der Hilfebedarf außerhalb der Familien immer größer, betonte Dotzel.

Bis zum 1. Januar vergangenen Jahres waren die bayerischen Bezirke lediglich für die stationäre Eingliederungshilfe zuständig, während die ambulante Eingliederungshilfe Sache der örtlichen Sozialhilfeträger war. „Durch die nun einheitliche Zuständigkeit für alle Leistungen der Eingliederungshilfe schafft der Bezirk Unterfranken durchlässige Strukturen im ambulanten und im stationären Hilfebereich“, betonte der Bezirkstagspräsident.

Um den Übergang des ambulanten Bereichs möglichst nahtlos zu gestalten, habe der Bezirk Unterfranken während des vergangenen Jahres diese Aufgabe auf die unterfränkischen Städte und Landkreise delegiert. Seit 1. Januar sei nun ein eigenes Team der Bezirksverwaltung mit dieser wichtigen Aufgabe betraut. Untergebracht ist das Referat im Bereich der Sozialverwaltung.

Als überörtlicher Sozialhilfeträger sei der Bezirk Unterfranken zuständig für Hilfeleistungen in besonderen Lebenslagen, betonte der Bezirkstagspräsident. Dies gelte insbesondere dafür, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gemeinschaft zu gewährleisten, ihre Integration zu fördern und ihnen eine selbst bestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Durch den Ausbau der ambulanten Hilfen könne diese Unterstützung auf die individuelle Lebenssituation des einzelnen zugeschnitten und eine stationäre Betreuung oft vermieden werden.

Vernetzte Strukturen und maßgeschneiderte Hilfen bezeichnete der Bezirkstagspräsident als „eine Chance, den betroffenen Menschen möglichst lange eine selbstständige Lebensführung zu erhalten“. Zudem fördere die ambulante Hilfe die soziale Integration. ❐

Rosenheimer Stadt-Umland-Bürgermeister:

Neue Projekte im Fokus

Bei einer Sitzung der Bürgermeister der Rosenheimer Stadt-Umland-Gemeinden standen die Themen Bürgerberatung und Radweg im Fokus des Interesses. Vor dem Hintergrund hoher Energiepreise und der gewaltigen Vielfalt der Angebote und Technologien stellt sich für den Bürger oftmals die Frage, welche Möglichkeiten für seine Immobilie und sein Portemonnaie bestehen.

Die Bürgermeister der Stadt-Umland-Gemeinden nahmen dies zum Anlass, eine eigene Bürgerberatung zum Thema Energie zu initiieren. Gemeinsam mit dem Landkreis Rosenheim sowie den Stadtwerken Rosenheim wollen die Gemeinden für ihre Bürger Beratertage einführen. Fragen zu aktuellen Energiethemen wie Wärmepumpen, Pelletheizungen, Solarkollektoren oder Wärmedämmung können dann geklärt werden.

Ziel ist es, dass die Bürger kompetent und schnell eine erste allgemeine Beratung erhalten und mit diesen Informationen dann weitere Beratungsschritte unternehmen können. Als erste Gemeinde hat sich Stephanskirchen zur Verfügung gestellt. Noch im ersten Halbjahr 2009 soll ein gemeinsamer Energieberatertag stattfinden.

Reizvoller Radweg

Beim Thema Radweg rund um Rosenheim durch die SUR (Stadt- und Umlandregion)-Gemeinden wurde darauf hingewiesen, dass die Planungen abgeschlossen sind, die fehlenden Teilstrecken ergänzt und die noch vorhandenen baulichen Mängel beseitigt werden. Ab April 2010 können Bürger und Gäste rund um Rosenheim radeln. Zur besseren Übersicht und Orientierung dürfen dabei Wegweiser und ein Radkarte nicht fehlen. Dafür hat das Landratsamt Rosenheim die Federführung übernommen. Bis zum Beginn der Landesgartenschau werden die Hinweisschilder und Wegmarkierungen aufgestellt, die Radkarte gedruckt und der Radweg ordentlich „herausgeputzt“.

Den Radfahrern stehen dann auf insgesamt 102 Kilometern drei landschaftlich reizvolle Wege durch die SUR-Gemeinden zur Verfügung, die alle ihren Knotenpunkt in der Landesgartenschau haben. Der Radweg soll auch nach der Landesgartenschau 2010 den Radlern die landschaftlichen Schönheiten der Rosenheimer Region näher bringen. **DO**

Jungwirth ist „Altbezirkstagspräsident“

Der langjährige Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth darf in Zukunft den Ehrentitel „Altbezirkstagspräsident“ führen. Dies hat der Bezirkstag von Oberbayern beschlossen. Damit werden die vielfältigen Leistungen und der großen Einsatz von Jungwirth in den acht Jahren seiner Präsidentschaft gewürdigt. In der Begründung wird u. a. das inhaltliche und zeitliche Engagement des Kommunalpolitikers angeführt, der sein Ehrenamt de facto als „Vollzeitberufung“ verstanden und ausgeübt habe.

Unter seiner Präsidentschaft sei der erfolgreiche Übergang der bisherigen Bezirkskrankenhäuser in zukunftsträchtige Organisationsformen erfolgt, die Kulturarbeit des Bezirks neu ausgerichtet und erheblich ausgeweitet worden und nicht zuletzt die Verwaltung dienstleistungsorientiert umgestaltet worden. Bezirkstagspräsident Josef Mederer (l.) gratulierte seinem Vorgänger, der aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wiederwahl angetreten war, zum vom Bezirkstag erstmalig verliehenen Ehrentitel. (sb)

Freilichtmuseum Glentleiten:

Termine und Höhepunkte im Museumsjahr 2009

Aktuelles Jahresthema: „Landleben vom Feinsten“

Pünktlich zu Josefi am 19. März öffnet das Freilichtmuseum Glentleiten wieder seine Pforten und lädt ein zum Frühlingsspaziergang hoch über dem Kochelsee. Für die Museumssaison sind neben dem täglichen Handwerkerprogramm über 70 Veranstaltungen geplant, darunter Feste & Märkte, Lesungen, Kinderprogramm in den Ferien, Kurse für Erwachsene und Thementage. Der Veranstaltungskalender steht ab sofort im Internet unter www.glentleiten.de in der Rubrik Aktuelles zur Verfügung.

Auch das Jahresthema verspricht viel: „Landleben vom Feinsten“. Dabei wird es nicht nur um das alltägliche Leben und Arbeiten der Menschen in der ländlichen Region gehen, sondern auch um die Frage: Wie zelebrierte die Landbevölkerung einst Luxus?

In der diesjährigen Sonderausstellung dreht sich alles um Glanz, Erfolgs- und Statussymbole im ländlichen Bayern. Herausgeputzte Häuser, prächtige Stubenausstattungen, ein üppig gedeckter Tisch oder Festtagstracht - wer sich etwas leisten konnte, zeigte es auch.

Die Sonderausstellung „Pracht, Prunk, Protz - Luxus auf dem Land“ (17. Mai bis 11. November) ist reich an Beispielen. Zu sehen sind Brautmöbel, feine Geschmeide, verzierte Gebrauchsgegenstände (z. B. Spinnräder, Getreidekasten) sowie edle Tischkultur und künstlerische Holz-Dekorationen für Haus und Hof. In diesem Rahmen wird auch das Phänomen der Sommerfrischler und der so genannten Bohème näher betrachtet: Großbürgertum, Wohlhabende und Künstler, die im 19. Jahrhundert den Luxus Landleben für sich (neu) entdeckten und Landidylle auf ihre eigene Weise inszenierten. In Anlehnung an das Thema der Ausstellung liest der Schauspieler Dieter Fischer, alias „Kaiser von Schexing“, aus Werken bayerischer Autoren. Die Lesung „Pracht und Prunk auf dem Land“ beginnt am 5. April um 11.00 Uhr und wird musikalisch vom Marlene Eberwein Trio begleitet.

Gesundes vom Klostermarkt

Der Pfaffenwinkel ist weithin als Land der Klöster bekannt. Auf dem zweiten Glentleitener Klostermarkt am 25./26. April bieten oberbayerische Klöster ihre Erzeugnisse aus Garten, Küche und Werkstatt an. Gesund, traditionsbewusst und naturbelassen - mit diesen Qualitäten liegen Klosterprodukte heute im Trend.

Einen Höhepunkt im Sommer stellt die Neueröffnung der Baugruppe Almen am 28. Juni mit einem Almfest dar. Ein neues audio-visuelles Besucherinformationskonzept führt dann durch 500 Jahre oberbayerische Almwirtschaft: Vom alltäglichen Wohnen und Wirtschaften der Sennerinnen, Hirten und Hütejungen über mystische Berg- und Almsagen bis hin zur Wilderei wird dem Besucher das Leben auf der Alm jenseits gängiger Klischees nahe gebracht. Am 28. Juni lädt die Glentleiten zum ersten Almfest mit Livemusik und Vorführungen zu Buttern und Käsen.

Fleißig wird übers Jahr auch an der Restaurierung eines Bienenhauses aus Hohenpeißenberg im Landkreis Weilheim gearbeitet. Dieses neue Exponat stammt aus dem Jahr 1910 und wird im Rahmen eines herbstlichen Hoffestes am 19./20. September offiziell eingeweiht. ❐

Das Museum Glentleiten hoch über dem Kochelsee. ❐

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 19. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunalfinanzen**
- **Wasserversorgung . Wasserentsorgung**
- **Kommunale Baupolitik**
- **Sicherheitstechnik . Brand- und Katastrophenschutz**

Bad Staffelstein feiert 450. Todestag von Adam Riese

Bad Staffelstein (fpo) - „Das macht nach Adam Ries(e)...“, heißt es noch heute, 450 Jahre nach seinem Tod, wenn es um die Lösung einer Rechenaufgabe geht. Im Adam Riese-Jubiläumsjahr setzt die Stadt Bad Staffelstein dem Rechenmeister ein lebensgroßes Denkmal. Am 27. März wird es in der neu gestalteten Bahnhofstrasse feierlich enthüllt.

Die Stadt Bad Staffelstein hat ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, mit dem drei Tage lang des großen Rechenmeister Adam Riese gedacht wird. Die Adam Riese-Schule feiert ihren Namensgeber am 26. März mit einem Projekttag, außerdem gibt es eine Ausstellung in der Adam Riese-Halle und eine Abendveranstaltung, bei der die Kinder Szenen aus dem Leben Rieses darstellen.

Junge Musiker der Musikschule Bad Staffelstein begleiten den Abend. Am Freitagabend geht es in der Adam Riese-Halle mit Vorträgen zu den Themen „Staffelstein zur Zeit von Adam Riese“, „Rechenmeister Adam Riese“ und „So rechnete Adam Riese“ weiter. Am 28. März eröffnet im Stadtmuseum die Ausstellung „Alles um die Zahl“, die bis Ende April zu sehen ist. Eine weitere Premiere ist am Samstag die Themenführung „Auf den Spuren von Adam Riese“ (Treffpunkt 11 und 14 Uhr vor dem neuen Denkmal).

Infos und Programm: Kur und Tourismus Service Bad Staffelstein, Telefon 09573/33120 (www.bad-staffelstein.de). ❐

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Euregio Preis für ROSIK

Auszeichnung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Bereits zum 4. Mal zeichnete die Euregio Inntal Privatpersonen und Institutionen aus, die sich um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens wie Tourismus und Kultur, Katastrophenschutz, Soziales, Jugendarbeit oder Umwelt verdient gemacht haben. Zwar seien die Binnengrenzen gefallen, doch noch immer existierten diese Grenzen in so manchen Köpfen, meinte Gastgeber Franz X. Heinritzi, Bürgermeister von Bruckmühl und Präsident der Euregio Inntal, in seinen Grußworten.

Heinritzi und seine Kollegen setzen alles daran, die Gebiete Inntal, Chiemsee, Kaisergebirge und Mangfalltal zu einer Region, zu einem gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum zu verbinden. „Wenn man mit dem Nachbarn spricht, so ist auch ein gutes Auskommen“ so Heinritzi.

Seit ihrer Gründung 1999 mit den Nachbarn gesprochen und gemeinsame Projekte verwirklicht, hat die Rosenheimer Initiative zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnik, ROSIK e.V. Fast genau zum 10. Geburtstag des Vereins ROSIK durften der Geschäftsführer Alexander Dalzio und der 2. Vorstand von ROSIK, Alois Zacher, den Euregio Preis 2009 „für Verdienste in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb der Eurergio Region Inntal“ entgegen nehmen.

Laudator und Gründungsmitglied Prof. Roland Feindor betonte: „Der Verein hat diese Auszeichnung wirklich verdient“ und verwies auf die zahlreichen gemeinsamen Projekte mit Tirol und dem Salzburger Land. „ROSIK hat von Anfang an die Grenzen zu Österreich bewusst ignoriert“, so Feindor. Neben großen EU-Projekten wie „IT-Region Salzburg-Rosenheim-Kufstein“ oder „netIT“ haben gemeinsame Messebesuche, Kooperationsbörsen, IT-Foren für den Mittelstand wie „Barrierefreies Internet“ oder „IT-Lösungen für den Mittelstand“ das grenzüberschreitende Netzwerk der Informations- und Kommunikationsbranche gefestigt und vergrößert. Die rund 130 ROSIK Mitglieder aus dem Bereich der Anbieter und Anwender der IUK Technik arbeiten mit Vertretern von Verbänden, Kommunen und Hochschulen eng zusammen, um „in der gesamten grenzüberschreitenden Region die IT-Branche und den IT- Einsatz in allen Bereichen zu fördern.“, erklärte Feindor.

Netzwerkkontakte

Stets gut besucht sind auch die Unternehmensbesuche im Rahmen von ´IT-Region vor Ort` , die ´Kufsteiner Hochschulreihen`, oder das ´Business Breakfast`. „Zu allen Veranstaltungen wird grenzüberschreitend eingeladen. Man besucht sich gegenseitig, man kennt sich und man nutzt die Kontakte des Netzwerkes“, so der Informatikprofessor.

Neben ROSIK wurden der „Theatermensch“ Horst Rankl, Vorsitzender des Theatervereins Rosenheim, die freiwilligen Feuerwehren Kiefersfelden und Kufstein, Schlechings Alt-Bürgermeister Fritz Irlacher und der Gründer des Tiroler Musikvereins, Sepp Landmann, mit dem Euregio Preis 2009 ausgezeichnet. ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256+82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen ORION
www.orion-bausysteme.de

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de
smart in solutions